Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. Juni 1977
Jg. 5 Nr. 23

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 · Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Abfuhr für Genscher

In der letzten Maiwoche besuchte der Außenminister von Ghana, Oberst G.R.A. Felli, die Bundesrepublik. Das Außenministerium erklärte zum Besuch: „Der Außenminister Ghanas zeigte lebhaftes Interesse an der deutschen Position gegenüber dem südlichen Afrika, besonders gegenüber Zimbabwe und Namibia. Er bewertete die Haltung der BRD positiv. (. . . .) Das Konzept der Unabhängigkeit afrikanischer Länder sei der Leitfaden der deutschen Außenpolitik."

Die Version der Einmütigkeit ist jedoch nur die *offizielle* Version. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" dagegen mußte berichten: „Bei den Gesprächen sind die unterschiedlichen Einschätzungen und Bewertungen zu der Entwicklung im südlichen Teil Afrikas deutlich zutage getreten." „Der Außenminister von Ghana korrigierte diese Leitlinie der deutschen Außenpolitik, indem er nachdrücklich herausstellte, eine friedliche Entwicklung in Afrika werde von innenpolitischen Kriterien bestimmt und nicht durch äußere Ereignisse." Er erklärte, „die Geschichte hat bewiesen, daß Kolonialisten und Rassisten ihre Liquidation nicht freiwillig betreiben. Sie müssen dazu gezwungen werden, die Szene zu verlassen. Vor allem dort, wo sie wie im südlichen Afrika bis an die Zähne bewaffnet sind." Felli griff die Heuchelei „einiger Westmächte" an, die das Regime in Südafrika durch wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit stärken, aber vor den Vereinten Nationen die Politik der Apartheid kritisieren und sich als Vorkämpfer der Gleichberechtigung, Demokratie und Menschenrechte aufspielen.

das Regime in Südafrika durch wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit stärken, aber vor den Vereinten Nationen die Politik der Apartheid kritisieren und sich als Vorkämpfer der Gleichberechtigung, Demokratie und Menschenrechte aufspielen.

Die 7 % Lohn„erhöhung"

„. . . wir haben diese Höchstgrenze gewählt, um sicher zu sein, daß jegliche Auseinandersetzung in der chemischen Industrie damit ausgeschlossen wird", sagt Esser, Chef des Arbeitgeberrings der Chemie-Industrie am 1.6. im ZDF zu den 7 %, die in Nordrhein und Hessen tariflich vereinbart und in Rheinland-Pfalz ab Mai rückwirkend gezahlt werden. Der Kampf ist damit nicht „ausgeschlossen", sondern diese 7 % fordern die Arbeiter zum Kampf heraus:

Bei der BASF ist von 1975 auf 1976 der Umsatz je Beschäftigten von 162 241 DM auf 186 208 DM gestiegen, das sind 14,8 %. Die Erzeugerpreise in der Chemie-Industrie sind in dieser Zeit um 1,5 % gestiegen. Reale Umsatzsteigerung war also 13,3 %. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Ausgaben je Beschäftigten von 30 105 DM auf 33 819 DM im Jahr (Angaben BASF Welt). Das ist eine Steigerung von 12,2 %. Die Steigerung der Preise für die Lebenshaltungskosten betrug offiziell in dieser Zeit 6,2 %. Hinzu kommt die wachsende Ausplünderung mittels Steuern und Sozialversicherungen. Die Steigerung des realen Umsatzes, also die Steigerung der Produktion des einzelnen Arbeiters ist stärker gestiegen als der Lohn, den er dafür erhält. Und zwar um die Differenz der Umsatzsteigerung zur Lohnsteigerung. Diese Steigerung der unbezahlten Arbeit beträgt vor der 7 % „Erhöhung" 7,3 %. Sie ist mit den 7 % keineswegs abgegolten. Mittlerweile sind die Lebenshaltungskosten von Januar bis April 1977 bereits offiziell um 1,7 % gestiegen. Was von den Kapitalisten als Lohnerhöhung bezeichnet wird, ist in Wahrheit eine Lohnsenkung um 2,0 %. Und das ist noch vorsichtig gerechnet.

Ehrenbergs Kostendämpfung

Am 1. Juli soll das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz in Kraft treten: Die Verschreibung von Medikamenten soll eingeschränkt, bessere und teurere Medikamente den Volksmassen gänzlich entzogen werden; viele Arzneimittel, auch Brillen, soll es nicht mehr auf Rezept geben; zahlreiche ärztliche Leistungen werden zukünftig von „Gesundheitszentren" übernommen, die die ärztliche Behandlung kurzerhand als „nicht notwendig" verweigern können; an den Kuren der Lohnabhängigen wird ebenso gestrichen wie an Haushaltshilfen im Krankheitsfall; die Selbstbeteiligung bei Zahnersatz wird angehoben usw. usf.

Ehrenberg hat bei seinem Amtsantritt große Bereiche des „Gesundheitswesens" vom Ministerium für Familie, Gesundheit und Ernährung an sich genommen. Er hat sich in kürzester Zeit als der richtige Mann erwiesen, der jedes Loch aufspürt, durch das Versicherungsgelder der Lohnabhängigen den Kapitalisten verloren gehen könnten: Um die bereits vorhandenen Möglichkeiten zu verbessern, Lohnabhängige aus der Krankenversicherung auszusteuern, werden die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, über jeden Versicherten und seine mitversicherten Familienangehörigen ein ausführliches Verzeichnis anzulegen. Wer ernsthaft und länger erkrankt ist, wer chronische Leiden hat, ist schnell und zielstrebig erfaßt und wird, zwecks „Dämpfung der Kosten", ausgesteuert.

Carter bringt das Regime Begin auf Trab

Das zionistische Heerlager kolonialer Unterdrückung wird jetzt zum Militärzuchthaus für jüdische Arbeiter erweitert

„Die Augen der (US-)Regierung waren trockener als die Wüste, als ein persönlicher Skandal Rabin zwang, zurückzutreten", schreibt die zionistische Zeitung „The Jerusalem Post" vom 22. Mai. Aufgeflogen war, daß Rabin in den USA Bankkonten unterhielt, also offensichtlich selber nicht mehr an die Zukunft der imperialistischen Bastion Israel glaubt. Es war sicher kein Zufall, daß die Enthüllung, die die Regierung der „Arbeiterpartei" stürzte, gerade in den USA erfolgte.

Die alte Regierung der „Arbeiterpartei", die die Geschäfte seit Gründung Israels führte, hat sich verschlissen. Sie war nicht mehr in der Lage, die Verschärfung der Klassenwidersprüche in der zionistischen Siedlergesellschaft aufzuhalten und die Massen mit Hilfe der zionistischen Ideologie an die Ziele des Imperialismus zu binden. Inflationsraten zwischen 38 und 56 Prozent haben zu beständigen Streikaktionen der jüdischen Arbeiter in sämtlichen Branchen geführt. Die Schläge des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes zerstörten die zionisti-

Ziele des Imperialismus zu binden. Inflationsraten zwischen 38 und 56 Prozent haben zu beständigen Streikaktionen der jüdischen Arbeiter in sämtlichen Branchen geführt. Die Schläge des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes zerstörten die zionisti-sche Sicherheitsideologie. Die palästinensischen Arbeiter führten 1976 alleine drei Generalstreiks in den 1967 besetzten Gebieten durch, unterstützt durch die Palästinenser in den schon früher besetzten Gebieten. Sogar gegen streikende jüdische Arbeiter mußten die Zionisten wiederholt die Armee einsetzen, wie zuletzt beim Streik der Fluglotsen. In den jährlich steigenden Auswanderungszahlen drückt sich das Abbröckeln der Bastion aus.

Der US-Imperialismus hat sich mit den Wahlen zum israelischen Parlament der Zionisten, der Knesseth, neue Pferde ins Kommando des Brükkenkopfes geholt. Begin, der Führer des Likud-Blocks, ist der neue Gouverneur, Moshe Dayan soll den in der gegenwärtigen Lage besonders wichtigen Posten des Außenministers bekommen. Beide sind erprobte Kettenhunde des US-Imperialismus. Begin steht für die Gründung des Staates Israel durch den faschistischen Terror zionistischer Mordbanden gegen die palästinensische Bevölkerung und die Fortsetzung dieser Politik zur Kolonisierung des 1967 besetzten palästinensischen Bodens durch zionistische Wehrdörfer. Drei Tage nach seiner Wahl reiste er in die Westbanks und verkündete an dem Ort, wo er schon seit 1967 gegen den Widerstand der Palästinenser versucht hatte, die Wehrsiedlung Alon Moreh zu gründen: „Wir stehen auf dem Boden des befreiten Israel. Es wird noch viele Alon Morehs geben."

Steht Begin für die innere Unterdrückung, das Militärgefängnis für das palästinensische Volk, so Dayan für die Expansion des imperialistischen Brückenpfeilers. 1956 wurde er Generalstabschef und organisierte im gleichen Jahr zusammen mit den Truppen des britischen und französischen Imperialismus den Suez-Überfall. 1967 als „Verteidigungsminister" leitete er die Besetzung der Westbanks, des Gaza-Streifens und des Golan an und kommandierte 1973 den Oktoberkrieg gegen die arabischen Staaten. Weil er für die Niederlage der Zionisten verantwortlich gemacht wurde, mußte er 1974 zurücktreten. Dayan ist wie Begin entschieden gegen die Aufgabe einmal geraubten Gebietes und tritt ein für den Einsatz von taktischen und notfalls auch strategischen Atomwaffen gegen die arabischen Staaten. Den Zugang dazu verschafft sich Israel mit Hilfe des BRD-Imperialismus über Südafrika. Die BRD-Regierung ermöglichte Dayan auch 1968, damals Kriegsminister, 200 Tonnen Uran im Mittelmeer zu kapern.

Begin und Dayan garantieren dem US-Imperialismus eine Außenpolitik, die „Zugeständnisse" an die arabischen Staaten blockiert und gleichzeitig Carter Spielraum für Täuschungsmanöver sichert, andererseits die verschärfte Aufrüstung Israels als Militärzuchthaus im Innern und Aggressionsbasis nach außen. Sie haben die Unterstützung des mächtigen amerikanischen zionistischen Finanzkapitals in den USA. „. . . . die amerikanischen Juden würden Moshe Dayan als Außenminister begrüßen", „Dayan wird von den amerikanischen Juden als ein Mann angesehen, der versteht, mit dem Araberproblem umzugehen, und der mit ihnen erfolgreich umgegangen ist", erklärte Rabbi Alexander Schindler, Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten amerikanischer jüdischer Organisationen. (Jerusalem Post)

Erst in diesen Tagen hat Carter an die israelische Regierung in einem persönlichen Schreiben ganz besondere

Fortsetzung Seite 2



In ganz China erringen die Massen unter Leitung der Kommunistischen Partei große Siege im Kampf gegen die Trockenheit. Die Dorfbewohner sind in vollem Einsatz: hier Bauern in Yuehyang, Hunan, beim Terrassieren der Berghänge. Alle Fahrzeuge, Traktoren und Tiere oder Handkarren werden aufgebracht, um Wasser auf die Felder zu transportieren. Dieselmotoren und Pumpen arbeiten bis in die Nacht. In Shantung und Hunan am Unterlauf des Gelben Flusses, wo seit vergangenem Herbst kaum Regen oder Schnee gefallen ist, stellte die Bevölkerung die Losung auf: „Die Trockenheit bekämpfen, bis der Himmel unterworfen und die Ernten geschützt und eine gute Ernte eingebracht ist."

Konkurrenzschlacht um den Weltstahlmarkt:

US-Stahlmonopole fordern Einfuhrbeschränkungen / Klöckner-Arbeiter gegen Entlassungen

Bei den Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) Mitte Mai traten die US-Imperialisten mit dem Vorschlag auf, das System der „freiwilligen Selbstbeschränkungen" im internationalen Handel und die „einseitig verfügten Vergeltungsmaßnahmen" zum Schutz der eigenen Märkte zu beseitigen, wie es in einer Schutzklausel des GATT-Statuts bisher festgelegt war. Knapp zwei Wochen später haben sich die Prediger der „freien Konkurrenz" auf der Generalversammlung des American Iron Steel Institute in New York für eine Einfuhrbeschränkung von Stahl ausgesprochen. Ist die Profitrate nicht gesichert, kommen andere Konkurrenten in Vorteil, greifen die imperialistischen Monopole zu solchen Maßnahmen.

Der Stahlimport in die USA steigt ständig an. Der Importanteil macht heute 14 % aus, die amerikanische Stahlindustrie rechnet mit 30 % 1980, wenn jetzt nicht gewaltsam die Importe gestoppt werden. Stellen die amerikanischen Stahlkapitalisten erbost fest, daß die Länder der Dritten Welt zunehmend unabhängiger werden von Importen, so wollen sie wenigstens den Markt im eigenen Land beherrschen, um ihre Profite zu realisieren.

Die Länder der EG und Japan sind ihre schärfsten Konkurrenten sowohl auf dem Weltmarkt als auch im Inland. Die japanischen Stahlkapitalisten haben ihre Stahlexporte nach den USA 1976 um 30 % auf 7,62 Mio. t gegenüber 1975 erhöht (Handelsblatt, 25.5.). Insgesamt haben die japanischen Stahlkapitalisten ihren Anteil am Weltstahlhandel von 1968 auf 1974 von 22 % auf 41 % steigern können, während der Anteil der USA von 11 % auf 4 % gesunken ist und der der EG-Länder von 48 % auf 38 % (Handelsblatt, 31.5.77). Gleichzeitig ist weltweit die Stahlproduktion gesunken und sind damit Überkapazitäten vorhanden, die als tote Kosten auf die Profitrate drücken. Die japanischen Stahlmonopole haben die Produktion um 7,3 % erhöht, bei den amerikanischen ist sie um 9 % gesenkt, bei den europäischen Stahlkonzernen ist die Produktion von 1976 zu 1977 (erste zwei Monate) gleich geblieben. Die Kapazitäten sind bei den amerikanischen Stahlwerken mit 67 % ausgelastet, sonst im Durchschnitt mit 80 bis 85 %. (FAZ, 28.5.)

In ihrem Streben nach Höchstprofiten, zur Realisierung einer hohen Profitrate und zur Beherrrschung der Märkte greifen die Stahlmonopole der einzelnen Länder zu protektionistischen Maßnahmen. So wie die US-Stahlmonopole Einfuhrbeschränkungen fordern, so haben die EG-Länder Mindestpreise für Betonstahl vereinbart und streben Mindestpreise für Walzstahl an. Was als Schutz gegenüber Drittländern unterstützt wird, wird gleichzeitig im Rahmen der EG bekämpft. Die britischen und italienischen Stahlkapitalisten, die in einem neuen Verfahren das konstante Kapital bei der Stahlproduktion gesenkt haben, befürchten, daß ihnen durch die Mindestpreise Extraprofite verloren gehen. Die westdeutschen Stahlkonzerne sind gegen die Mindestpreise, weil sie fürchten, daß die europäischen Konkurrenten die Mindestpreise als Höchstpreise behandeln und sie deshalb als der größte Stahlproduzent Europas Nachteile in der Konkurrenz haben.

Diese Konkurrenzschlachten werden auf den Knochen der Stahlarbeiter ausgetragen.

Um die Konkurrenz auszuschalten, muß mehr unbezahlte Mehrarbeit aus den Stahlarbeitern gepreßt werden. Die westdeutschen Stahlkonzerne müssen erreichen, was die japanischen erreicht haben. Ruprecht Vondrah, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 31.1.77: „Während die Lohnvollkosten je geleisteter Arbeitsstunde in der Bundesrepublik Deutschland 1975 mit etwa 20 DM und je geleisteter Beschäftigtenstunde sogar noch höher zu beziffern sind, beliefen sich die vergleichbaren Kosten in Japan nur auf etwas mehr als die Hälfte dieses Betrages . . . Die unterschiedlichen Lohnnebenkosten, die weitaus höhere tatsächliche Arbeitszeit in Japan und das System der ‚Leiharbeiter', das in Deutschland kein Äquivalent hat, sichern der japanischen Industrie bei den Arbeitskosten nach wie vor einen beträchtlichen Vorsprung. Hier liegt einer der Schlüssel für ihre Expansion auf den Weltmärkten."

Die Ausbeutung der Arbeiter muß erhöht werden.

Die Klöckner-Kapitalisten haben 1976 trotz Kurzarbeit die gesamte Walzstahlerzeugung gegenüber 1975 um 0,7 % auf 2 052 Mio. t steigern können, bei gleichzeitigem geringen Abbau der Belegschaft. Nachdem im Bremer Werk Kurzarbeit war, müssen jetzt Überstunden gefahren werden.

Mit der Kurzarbeit im April wurde eine erhöhte Stahlproduktion vorbereitet. 175 000 t sollten im April produziert werden, die Kapitalisten haben die Arbeiter so angetrieben, daß 190 000 t produziert wurden. Am Hochofen ist jetzt verschiedenen Ar-

Fortsetzung Seite 2

Carter bringt das Regime Begin auf Trab

Fortsetzung von Seite 1

militärische Unterstützung zugesichert.

Wenn Carter erklärt, auch Begin würde den „Frieden im Nahen Osten nicht verhindern", so, weil er sich mit ihm einig weiß darin, daß sie gemeinsam einen imperialistischen Frieden, den eines verschärften Militärzuchthauses der Imperialisten meinen. Unter der Forderung nach einer „Heimat für die Palästinenser" soll ein KZ geschaffen werden auf den Westbanks, wo durch internationale Verträge abgesichert zusammen mit den sowjetischen Sozialimperialisten das palästinensische Volk in Ketten gelegt wird. Am 2. Juni schreibt die „Süddeutsche Zeitung": „Moskau lanciert Nahost-Plan, bemerkenswerte Ähnlichkeit mit den Vorstellungen Präsident Carters". Bereits heute befinden sich über 6000 palästinensische Patrioten in den Kerkern des Siedlerregimes, Monat für Monat kommen Hunderte hinzu. „75 Palästinenser als mutmaßliche ‚Terroristen' bei Polizeirazzia festgenommen", berichtet Ende Mai die „Jerusalem Post".

Für die jüdischen Arbeiter soll die Ausbeutung gleichfalls verschärft werden. Hin ist die Ideologie von den angeblich „freien, sozialistischen Kibbuzim", mit der die „Arbeiterpartei" und die westdeutschen Sozialdemokraten hausieren gingen. Der vorgesehene nächste Finanzminister erklärte, daß gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter vorgegangen werden müsse. Der „Vorrang dem Kampf der Inflation" bedeute „mindestens 10 000 weitere Arbeitslose"; ihre Zahl stieg im zweiten Halbjahr 1976 gegenüber dem ersten bereits um 25 Prozent. Als Wirtschaftsberater der neuen Regierung wurde von der Likud der Architekt der Ausplünderung Chiles und Berater der Junta Milton Friedman berufen. Als erstes erklärte er, „alle staatlichen Maßnahmen, die den Arbeitern Schutz gegen Entlassungen geben, seien ‚Vergeudung' und müßten beseitigt werden". Ausländische Investitionen sollen höhere Anreize und Schutz vor Abwertung bekommen, d.h. bessere Ausbeutungsbedingungen.

Die US-Imperialisten und die Sozialimperialisten haben monatliche Konsultationen über eine Nahost-Regelung vereinbart. Beide wollen auf Kosten des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker die Region unter Kontrolle bekommen. Beide haben sie in den letzten Monaten eine großangelegte Kampagne gestartet, um die PLO und die arabischen Staaten zu spalten: Die PLO sei bereit, den Staat Israel anzuerkennen, wenn sie selber ein Stück Land bekommt; arabische Staaten würden die Friedenspläne der Supermächte unterstützen. Um die Front der arabischen Staaten zu zersetzen, lud Carter zuerst Sadat, dann den saudiarabischen Prinzen Kaled nach Washington ein und verbreitete, sie würden im Nahost-Konflikt auf den Einsatz der Ölwaffe verzichten. In Wirklichkeit haben sowohl Prinz Kaled als auch der ägyptische Außenminister immer wieder erklärt, daß „der Einsatz des Öls als Waffe ‚unausweichlich' sei, wenn Fortschritte im Hinblick auf die Lösung des Nahost-Konflikts nicht erreicht würden". Der Plan der Supermächte, die OPEC zu spalten, ist zum Scheitern verurteilt. Saudi-Arabien hat sich jetzt dafür ausgesprochen, daß im Libanon die Palästinenser in den Lagern weiterhin volle Autonomie ausüben und das Recht behalten, auch frei über schwere Waffen verfügen zu können, und auf Bewegungsfreiheit im ganzen Libanon, auch im Süden. Unter der Überschrift „Nicht ‚Klein-Palästina', sondern die Vernichtung Israels" stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 27. Mai fest: „Das Kairoer Kommuniqué ruft die Palästina-Araber nicht zur Mäßigung auf, sondern fordert im Gegenteil eine Eskalierung des palästinensischen Guerillakampfes im Sinne eines totalen Krieges."

Vor wenigen Tagen hat Yassir Arafat, der Führer der PLO, die Gründung einer neuen Abteilung der palästinensischen Befreiungsarmee im Libanon bekanntgegeben. Die Zionisten registrieren erneuten Raketenbeschuß über die südlibanesische Grenze. Das palästinensische Volk weiß, daß seine Stärke in der Einheit mit den arabischen Völkern und im bewaffneten Kampf liegt.

Konkurrenzschlacht um den Weltstahlmarkt

Fortsetzung von Seite 1

beitern der Urlaub gestrichen worden. Schmelzer sind aus der Maxhütte abgezogen worden und müssen jetzt in Bremen arbeiten. Die Arbeitshetze soll weiter gesteigert werden: Der Hochofen 3, der in Reparatur war, soll angeblasen werden, dann sollen 230 000 t Stahl geschafft werden.

Bei Klöckner Osnabrück hat es nach den 271 Entlassungen im Dezember 1976 in den Monaten Februar, März, April und Mai Kurzarbeit gegeben. Für April wurde die geplante Rohstahlerzeugung von 54 000 t auf 59 000 t erhöht als „Ausgleich" für die Kurzarbeit im Mai. Im Juni ist eine Produktion von 68 000 t geplant. Wegen des Produktionsprogramms (Qualitäts- und Edelstahl) ist die Autoindustrie der Hauptabnehmer für die Stahlerzeugnisse. Die Konkurrenz ist scharf, er kommt vor, daß plötzlich Aufträge hereingenommen werden, weil ein ausländisches Stahlwerk nicht liefern kann oder die Auto-Kapitalisten drohen, bei Terminverzug den Auftrag ins Ausland zu geben. Dann müssen Sonderschichten gefahren werden. Zur Intensivierung der Arbeit kommen Lohnsenkungen hinzu. Wegen der Sonntagsarbeit war betrieblich geregelt, daß der Montag frei war. War montags ein Feiertag, wurde der bezahlt, und die Arbeiter hatten dann Dienstag frei. Die Kapitalisten haben mit dem sozialdemokratischen Betriebsrat ausgehandelt, daß zukünftig der Montag (wie Ostern und Pfingsten) nicht mehr bezahlt wird und außerdem der freie Dienstag wegfällt. Gleichzeitig wollen die Kapitalisten die Zuschläge für die Sonntagsarbeit, was Festbeträge waren, kürzen. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat haben beidem zugestimmt. Die Zuschläge für die Sonntagsarbeit werden jetzt prozentual berechnet, was für jeden Arbeiter unterschiedliche Lohneinbußen bedeutet.

Die Klöckner-Kapitalisten haben jedoch noch weitere Angriffe auf die Arbeiter in Osnabrück vor. Da die Ertragslage so schlecht sei, müßten 600 Arbeiter entlassen werden, haben sie am Donnerstag festgestellt. Der Betriebsrat gab den „Katastrophenplan" der Kapitalisten am Freitag auf Versammlungen im Betrieb bekannt. Er will den Plan „einer genauesten Prüfung" unterziehen, und wenn Entlassungen, dann aber nur mit Sozialplan. Die Arbeiter sind dagegen, sie organisieren den Kampf gegen die Entlassungen: „Wir haben den Laden aufgebaut, jetzt schießen die uns in die Füße" und „Jetzt reicht's langsam. Wir müssen mal wieder auf die Wiese gehen." Die Wiese liegt vor der Hauptverwaltung, dort hatten die Arbeiter während des Septemberstreiks 1969 die Kapitalisten unter Druck gesetzt.

Das Konzept der Sozialdemokraten, auch der führenden Sozialdemokraten in der IG Metall ist es, den Kapitalisten den Boden zu bereiten für ihr Streben nach Höchstprofiten und die Arbeiter durch Verbreitung von Sozialchauvinismus für die Interessen der Kapitalisten zu gewinnen. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat auf einer Sitzung im April in Frankfurt in einer Resolution gefordert: „Wir fordern eine weltweite Ordnung des Stahlmarktes, die im Interesse aller traditionellen und künftig Stahl produzierenden Länder ruinöse Preiskonkurrenz und Protektionismus ausschließt und ein ausgeglichenes Wachstum durch Koordination der Investitions-, Preis- und Beschäftigtenpolitik sicherstellt." Norbert Fischer vom Vorstand der IG Metall sagte auf dieser Sitzung, daß sich die IG Metall „notwendigen und langfristigen Kapazitätsstillegungen in der Stahlindustrie der Bundesrepublik keineswegs verschließen würde." (Handelsblatt, 15./16.4.77)

Die Stahlarbeiter kämpfen gegen die verstärkte Ausbeutung. Auf der IG Metall-Vertreterversammlung in Bremen wurden als Anträge an den Gewerkschaftstag u.a. beschlossen: Verbot der Nachtarbeit von 22 bis 6 Uhr. Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme.

Diebe auf gewundenen Wegen

Langes Verwirrspiel mit der Mehrwertsteuererhöhung

Nach der ursprünglichen Absicht der Finanzbourgeoisie sollte die Mehrwertsteuer bereits zum 1.1.77 erhöht werden und um 2 Punkte von 11 auf 13 Prozent. Davon blieb vorerst übrig: Eine Erhöhung auf 12 Prozent zum 1.1.78.

In einer bekannten Fabel „verzichtet" der Fuchs auf die ihm zu hoch hängenden Trauben, über die er sich hermachen wollte: sie seien ihm zu sauer. Ähnlich geben die Bourgeois ihren teilweisen Rückzug als „Großzügigkeit" aus: die Steuerbelastung der Bürger sei ohnehin schon hoch und könne nicht mehr viel zunehmen. Deshalb sei man für den Kompromiß von 1 Prozent zusätzlicher Mehrwertsteuer.

Im ersten Vierteljahr 77 sind die Lohnsteuern gegenüber dem ersten Vierteljahr 76 um fast 13,5 % gestiegen. 800 bis 900 Millionen DM zusätzlich pro Monat wurden den Lohnabhängigen abgepreßt – die mit der Steuerreform 75 aufgestellte Lohnsteuerfalle arbeitet still, aber wirkungsvoll. Außerdem wurden zum 1.1.77 die Tabak- und Branntweinsteuern erhöht, die in drei Monaten zusammen ein Mehr von über 500 Millionen DM aus den Volksmassen preßten.

Scheu ist den Kapitalisten in dieser Hinsicht völlig fremd. Im Gegenteil, über die bedeutsamen Vorzüge der Mehrwertsteuererhöhung haben sie sich schon längst verständigt:

„... die Mehrwertsteuer (ist) die vernünftigste Quelle für zusätzliche Steuereinnahmen", schrieb das „Handelsblatt" am 28.2. in der sicheren Gewißheit, daß die Lohnsteuern vorläufig auch ohne weiteres Zutun „zusätzliche Steuereinnahmen" erbrächten. „Sie trifft als Verbrauchssteuer die Investitionen kaum, verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten nicht ..."

1968 hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie die Mehrwertsteuer als wesentlichen Bestandteil der Umsatzsteuer eingeführt. Diese Steuer wird auf die Preise draufgeschlagen und deshalb fast ausschließlich *aus Lohn* gezahlt. Die Mehrwertsteuer steigt, nach der Lohnsteuer, am zweitschnellsten und hat 1976 eine Höhe von 36,56 Milliarden DM erreicht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Punkte hätte, wie sich die Bourgeois schon ausgerechnet hatten, ihnen allein 1978 über 10 Milliarden DM den Lohnabhängigen zusätzlich abgepreßte Steuern gebracht. Aber leider:

„Nach allen bisherigen Erfahrungen spielt die Preissteigerungsrate bei den Lohnverhandlungen eine wesentliche Rolle. Wenn dieser Preisauftrieb (von veranschlagten 1 bis 1,5 % bzw. 28 bis 45 DM monatlich für die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie) bei den Lohnverhandlungen einfließt, bedeutet dies in 1978 bei einer geschätzten Lohnsumme von 550 Millionen DM eine Lohnkostenerhöhung von mindestens 8 Milliarden DM", gab Strauß im „Handelsblatt" am 3.2.77 zu bedenken.

„Zudem muß unterstellt werden, daß von den Gewerkschaften bei künftigen Tarifverhandlungen auch für diesen rein steuerlich bedingten Preisanstieg ein ‚Inflationsausgleich' verlangt wird, womit dann inflationäre Wirkungen erst recht heraufbeschworen werden. Zur Begründung werden die Gewerkschaften sagen, daß eine stärkere Besteuerung des Verbrauchs unsozial sei, weil davon die Familien mit kleinen Einkommen relativ stärker betroffen seien", erwägt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das „Pro und Contra Mehrwertsteuer" (15.3.).

„Bei allen Steueränderungen sei ... zu beachten, daß diese sozial ausgewogen sein müßten, um nicht soziale Unruhen und entsprechend höhere Lohnforderungen zu provozieren", warnte der FDP-Graf von Lambsdorff Mitte Mai. Und das Institut „Finanzen und Steuern" ergänzt: „Bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer gäbe es nur diese Möglichkeiten: bei gelingender Umwälzung Rückgang der Nachfrage oder Preissteigerungen, die zum Lohnbestandteil würden. Mißlinge aber die Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung durch die Unternehmen, dann werde die Rendite und damit die Investitionsneigung noch weiter reduziert werden." („Handelsblatt", 24.5.)

Ganz offensichtlich gehen die Bourgeois davon aus, daß ihnen das „Überwälzen" nur schwerlich gelingt und die Arbeiterklasse ihnen die Freude an der Steuererhöhung leicht vergällen könnte. Deswegen begeben sich diese Diebe auf gewundene Wege: Die Mehrwertsteuer wird vorläufig um 1 Punkt erhöht, was ihnen immer noch zusätzlich runde sechs Milliarden DM allein 1978 bringen dürfte.

Eine Finte, mit der sie durchzukommen hoffen: „Die Lohnpolitik des Jahres 1978 wird von dieser Mehrwertsteuererhöhung nicht belastet werden müssen. Der steuerbedingte Teuerungseffekt dürfte allenfalls 0,5 bis 0,75 % des Preisindex betragen. Und selbst wenn die Gewerkschaften die Aufgabe der Lohnpolitik auch fälschlicherweise vielleicht darin sehen, die Neuverteilung von Steuerlasten durch den Gesetzgeber wieder zu korrigieren, so bedeutet diese Steuererhöhung in Kombination mit der Steuersenkung auch für Arbeitnehmer keine Provokation der Lohnpolitik." („Handelsblatt" 25.5.)

Das „Handelsblatt" lügt. Angesichts dessen, daß die Mehrwertsteuer, selbst ohne *jede* Erhöhung, weiter steigt, angesichts dessen, daß die Lohnsteuer progressiv steigt, daß also die Steuern *aus Lohn* immer drückender lasten, ist die „Steuersenkung auch für Arbeitnehmer" purer Hohn. Gemeint ist wohl vor allem die Kindergelderhöhung, die, wenn sie überhaupt gezahlt wird, einer vierköpfigen Arbeiterfamilie zehn DM „Erleichterung" bringt. Bei allen anderen versprochenen Steuersenkungen „auch für Arbeitnehmer" handelt es sich um Pfennigbeträge, so daß sich selbst die Bourgeois schämen, sie auszurechnen. Dafür wird mit Sicherheit die nächste Steuererhöhung vorbereitet: Die Kehrseite der Erhöhung der Mehrwertsteuer sind nämlich Steuersenkungen für die Kapitalisten, die sie im nächsten Jahr um mindestens vier Milliarden DM entlasten. „Die Wirtschaft braucht die geplanten Steuersenkungen", forderte Lambsdorff die CDU auf, sich nun nicht länger mehr zu zieren. Das „Steuerpaket" habe nur eine Schwäche, hatte kurz zuvor das Institut „Steuer und Finanzen" verlauten lassen: Sie „liege darin, daß die Anhebung der Umsatzsteuerpläne nicht auf das eigentliche Ziel der europäischen Steuerharmonisierung ausgerichtet worden war, nämlich auf den Abbau der Gewerbesteuer." („Handelsblatt") Um mindestens zwei Drittel, das wären 1977 mehr als 15,5 Milliarden DM weniger gewesen, wollen sie die Gewerbesteuer gesenkt und die Lohnsummensteuer ganz gestrichen wissen. Die Kapitalisten wollen den Lohnabhängigen die Kosten für den staatlichen Unterdrückungsapparat ganz und gar aufbürden. Ohnehin zahlen sie schon fast nichts, und das Wenige sollen die Lohnabhängigen, ginge es nach ihnen, zukünftig auch noch zahlen, doppelt und dreifach. Das lange Hin und Her um die Mehrwertsteuererhöhung zeigt, daß sich die Bourgeois ihrer Sache keineswegs sicher sind, daß sie mit der Gegenwehr der Arbeiterklasse rechnen und sie fürchten. – (Z-Red.)

Milch

„Alarmierend" sei der Rückgang des Milchverbrauchs, läßt die Bundesregierung die Professoren von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung im Ernährungsbericht 1976 schreiben. Jetzt drohe womöglich eine Mangelversorgung mit dem wichtigen Mineral Kalzium, da die Milch als Hauptlieferant kaum ersetzt werden könne. Die bürgerlichen Professoren beklagen das Fehlverhalten der Massen, die ein so wertvolles Nahrungsmittel wie die Milch nicht richtig zu schätzen wüßten.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen brauchen keine Belehrung durch die bürgerlichen Professoren über richtige Ernährung. Die Verelendung, die der Wegfall von Grundnahrungsmitteln wie Milch immer ausdrückt, ist noch nie so hingenommen worden. Freiwillig verzichten die Massen nicht auf Reproduktionsmittel, die seit langem fester Bestandteil ihrer Ernährung sind.

Doch das, was es heute als Milch im Laden zu kaufen gibt, ist eigentlich keine Milch mehr, jedenfalls nicht das, was aus der Kuh kommt. Milch wird heute in wenigen großen Molkereizentralen verarbeitet, deren Einzugsgebiete immer größer werden. Nur noch dreimal in der Woche wird im Einzugsbereich der Molkerei Breitenburg, Kreis Steinburg/Unterelbe, die Milch bei den Bauern abgeholt. Zwischen zwei oder drei Tagen wird sie dort in Kühlbehältern gelagert. Mit Transport, Verarbeitung, Auslieferung an Groß- und Einzelhandel vergeht weitere Zeit. Die Handelskapitalisten halten die Ablademengen so groß wie möglich, um Distributionskosten einzusparen. Kleinere Händler werden nur alle zwei Tage beliefert. Damit die Milch nicht schon vorher schlecht wird, wird sie in der Molkerei pasteurisiert, auf 60 Grad erhitzt, um die Milchsäurebakterien weitgehend abzutöten. „Homogenisiert" wird sie, nachdem die Molkereikapitalisten den Rahm abschöpfen lassen. Dem verbleibenden wässrigen Rest wird wieder etwas Fett zugesetzt und dann mit hohem Druck durch Düsen gepreßt, um eine feinste Verteilung der Fettkügelchen zu erzielen – das gibt der Milch dann erst wieder den nötigen „vollmundigen Geschmack". Das Ergebnis, „Vollmilch" zu 3,5 % Fett, „Fettarme Milch" (1,5 %) oder Magermilch (0,3 %) ist dann, wenn es der Käufer hat, bereits mindestens drei bis vier Tage alt und kostet zwischen 98 Pfennig und 1,08 DM (Vollmilch). Einen guten Teil muß man dann noch wegschmeißen, weil die Milch auch im Kühlschrank oft schon nach einem Tag sauer geworden ist. Weil „pasteurisiert/homogenisiert", gibt es keine natürliche Säuerung mehr, die man als Dickmilch oder Sauermilch kennt, sondern eine klumpige, übelriechende Masse.

Weil sie nicht jeden Tag einkaufen können und „Frischmilch" zu teuer ist, kaufen immer mehr Familien nur noch die „ultrahocherhitzte" H-Milch mit z.B. 0,3 % Fettgehalt zu 65 bis 70 Pfennig. Die ist zwar haltbar, schmeckt aber wie abgekocht. Während die kleinen Bauern von den Molkereikapitalisten unter dem Vorwand von Qualitätskontrollen und Androhung von Preisabzügen ständig mehr unter Druck gesetzt werden, hat das Molkereiprodukt mit der Milch, die die Bauern produzieren, nicht viel mehr als die Farbe gemein.

Wen wundert es da, daß der Milchverbrauch sinkt. Steigende Preise und Verschlechterung der Qualität schränken den Umfang der Lebensmittel für die Reproduktion der Arbeitskraft immer weiter ein. Der gesunkene Milchverbrauch sei alarmierend, heuchelt die Bundesregierung. „Warum trinken die Leute auch teure Limonade und Bier anstatt der gesunden und preiswerten Milch". „Falsche Ernährungsgewohnheiten" sollen der Grund für den sich verschlechternden Gesundheitszustand der Arbeiter sein.

Keineswegs sorgt sich die Bourgeoisie um die Gesundheit der Arbeiterklasse, sondern allein darum, wie sie deren Kampf gegen die wachsende Verelendung spalten und unterdrücken kann.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.23: 32 000

Die Imperialistenwirtschaft führt zur Verödung ganzer Regionen

„In der Landwirtschaft der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs mehr als 4 Millionen Menschen zuviel beschäftigt"

Die Europäische Kommission hatte bereits 1967 in einem „Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik" unter dem „Aufgabenbereich Regionalpolitik" festgelegt:

„Die wichtigste Aufgabe der Regionalpolitik besteht darin, in den benachteiligten Gebieten durch geeignete Maßnahmen die nötigen Voraussetzungen für die Entfaltung wirtschaftlicher Initiativen zu schaffen."

Wenn die Imperialisten von „Entfaltung wirtschaftlicher Initiative" sprechen, so meinen sie immer die Entfaltung ihres Profits. Darin besteht auch die Regionalpolitik der EG. „Die Regionalpolitik muß dafür Sorge tragen, daß die Problemgebiete der Gemeinschaft an der geographischen Neuorientierung der Produktion im Gemeinsamen Markt hinreichend beteiligt werden. Dabei soll vor allem darauf geachtet werden, daß die Maßnahmen der sektoralen Strukturpolitik insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und der Industrie mit der Regionalpolitik abgestimmt werden." Geplant wurde über die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten hinaus die Konzentration des Bodens bei gleichzeitiger Bereicherung der Kapitalisten. In den Publikationen, die Mitte der sechziger Jahre dazu erschienen sind, wurden die strukturellen Probleme der EG so dargestellt:

„In Italien gibt es also sowohl absolut als auch relativ die meisten Kleinbauern, die vorwiegend in Süditalien zu finden und ein mehr oder minder klägliches Dasein zu fristen gezwungen sind. Ihr Los zu verbessern, ihnen das Leben menschlicher und ihre schwere ertragsarme Arbeit leichter und lohnender zu gestalten, dürfte zu den vornehmsten Aufgaben der Sozial- und Gesellschaftspolitik der EWG gehören."

Diese vornehme Aufgabe sollte in folgendem bestehen:

Landbesetzung in Süditalien, wo noch heute eine Handvoll „großer Familien" den Großteil des bebaubaren Landes besitzt und verkommen läßt.

„Zu den hervorstechenden Strukturmängeln der EWG-Landwirtschaft gehören ferner die Überbesetzung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften und die Zersplitterung der Ackerflächen. Es ist anzunehmen, daß vor allem in der Landwirtschaft der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs zusammen mehr als 4 Millionen Menschen zuviel beschäftigt sind. In erster Linie sind die kleinen und mittleren Betriebe mit Arbeitskräften überladen, die jede echte Rentabilität der Arbeit und Produktion in Frage stellen oder ganz verhindern. Daß dem so ist, daran sind nicht die Bauern schuld, sondern die industrielle Raumplanung oder Nichtplanung der vergangenen Jahrzehnte."

An der „Wanderung des Grund und Bodens zum besseren Wirt" oder der „Strukturumschichtung auf Grundlage des EWG-Familienbetriebes, dessen Mindestgröße 30 Hektar sei", wie es häufig bezeichnet wurde, wurde dann gearbeitet. Zunächst wurden die EG-Länder in Regionen aufgeteilt. Einige in Schwerpunktgebiete, die über ein „hinreichend großes Arbeitskräftereservoir verfügen", und in „sekundäre Zentren" in der Nähe von Industriezentren. In den Schwerpunktzentren sollte vor allem die Bodenkonzentration und die Bauernvertreibung betrieben werden und ganze Industriesiedlungen aufgebaut werden von dem Bau der Fabrik bis zur Straße, Schule usw. Reichlich Subventionen sollten die Kapitalisten dafür erhalten, weil „Möglichkeiten zur Ausbildung wettbewerbsfähiger Unternehmen und deren Weiterentwicklung" nur bestehen, „wenn diese gleiche oder ähnliche Voraussetzungen vorfinden wie in den bereits bestehenden Industriezentren". Die Kapitalisten forderten Gelder dafür, daß sie in solchen Gebieten ihren Mehrwert scheffelten und nicht woanders. Für die Bourgeoisie im EG-Land bedeutete das höhere Profite, gegenüber anderen EG-Länder boten sich so günstige Investitionsbedingungen für den Kapitalexport. Die „sekundären Zentren" sollen darin bestehen, „in bestimmten Orten mittlerer Größe und von gewisser administrativer und kultureller Bedeutung die für ihre Weiterentwicklung notwendige Infrastruktur zu schaffen". Also Straßen und andere Beförderungsnetze, Stromanschlüsse für die Kapitalisten.

Gezahlt werden sollte es auf alle Fälle von den Volksmassen, den Arbeitern und den Bauern. Zum Aufbau eines Straßennetzes für die Kapitalisten empfahl die Europäische Kommission bereits in ihrem Plan 1967: „Zugleich sollen die Tarife im öffentlichen Personenverkehr in den Ballungsgebieten möglichst den tatsächlichen Kosten angenähert werden." Die ständigen Steigerungen bei den Fahrpreisen sind mit ein Ergebnis davon. Bekannt sind auch die Autobahnen durch Italien, für die Benutzergebühr gezahlt werden muß.

Das Geld wird den Kapitalisten über Beihilfen gezahlt aus verschiedenen Geldquellen der EG. Diese wiederum werden genährt durch die Steuern und die Lebensmittelpreise, die die Werktätigen zahlen müssen. Als Grundsätze zur Förderung stellte die EWG „Neun Gebote zur EWG-Beihilfenpolitik" auf. Förderung in zweierlei Hinsicht: „Förderung" der Bauern weg von Grund und Boden, Förderung des Reichtums der Kapitalisten.

Darunter u.a.:

„1. Die Beihilfen müssen zeitlich befristet sein, um einen starken Anreiz für die notwendige Anpassung zu bieten. (...)

2. (...) Ganz allgemein gesprochen sollten aber Produktionszweige verschwinden, die keine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit erlangen."

Wie das geht, ist schon von der Subventionierung der Milchbauern und dem gleichzeitigen Druck auf die Kartoffelbauern bekannt, was zur Ruinierung – „Anpassung" – tausender von Kartoffelbauern geführt hat.

„3. Die Beiträge müssen selektiv sein. Sie dürfen nur Unternehmen oder Produktionszweigen gewährt werden, von denen erwartet werden kann, daß sie künftig dem Wettbewerb gewachsen sind. (...)

7. Beihilfen zur Rettung von Unternehmen können hingenommen werden, sofern die Unternehmen garantieren, daß sie die ihnen gewährten Hilfen zur Durchführung der erforderlichen Anpassung verwenden. Die Beihilfen sollen die Auswirkungen von strukturellen Veränderungen mildern helfen, sie sollen sie aber nicht verhindern."

Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl zahlte 1971 für „Die Umstellungsprogramme zur Wiederbeschäftigung frei gewordener Arbeitskräfte" etwa 150 Millionen DM. Die Kapitalisten machen ein doppeltes Geschäft. Sie reißen nicht nur den Boden, von dem sie die Bauern vertrieben haben, an sich, sondern kassieren nochmal für die Einstellung der freigesetzten Bauern.

1972 faßte der Europäische Rat den Beschluß, daß auch der Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft für Maßnahmen der Regionalentwicklung benutzt werden kann. Fast 1 Milliarde jährlich wurde seitdem an die Kapitalisten aus diesem Topf gezahlt. Gefördert werden aus diesem Topf jedoch nur die Gebiete, wo

„die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten höher liegt als der gemeinschaftliche Durchschnitt, das Bruttoinlandsprodukt niedriger ist als im Durchschnitt und die Zahl der Industriearbeiter niedriger liegt als im Durchschnitt".

Nach dem Motto „Bauernlegen und kassieren ja, aber bitte in den richtigen Gebieten". Aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten die Kapitalisten Zuschüsse bis zu 50 Prozent bei neuen Projekten, die europäische Investitionsbank gewährt ihnen billige Kredite. 50 Prozent aller Darlehens- und Garantieverträge, die die Investitonsbank geleistet hat, gingen an Italien. „Produktivitätsgewinn", schreibt das Institut für Europafragen, „durch Strukturgewinn ist natürlich einerseits erwünscht. Er gehört zu den ökonomischen Hauptzielen der europäischen Integration."

Das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist: In Italien hat sich die Zahl aller in der Landwirtschaft Beschäftigten von 6,2 Millionen im Jahr 1958 bis heute halbiert, in Frankreich desgleichen von 4,8 Millionen auf heute etwa 2,5, in Westdeutschland von 4,2 auf 1,8 Millionen Bauern und Landarbeiter. Die Kapitalisten werden reich daran.

– (Z-Red.)



Winzer aus dem Midi (Süden) Frankreichs demonstrieren in Paris gegen „Strukturpläne" der Regierung, die für sie den Ruin bedeuten.

Euregio Rhein/Maas

„Wirtschaftsraum Aachen – Brücke zwischen Rhein und Nordsee", so die gemeinsame Beilage der „Aachener Lokalpresse" im Mai 1977. Die westdeutschen Imperialisten wollen mit Euregio das ganze Gebiet erobern. Die konkreten Pläne beziehen sich auf die Kreise Aachen, Heinsberg, Düren und Euskirchen, auf Niederländisch-Südlimburg und die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg mit den Kernstädten Hasselt / Aachen / Lüttich / Maastrich.

„Allen Teilen der Euregio ist die Problematik der notwendigen Urbanisierung gemeinsam, d.h. der Verdichtung in Schwerpunkten, um durch eine harmonische Organisation von großen städtischen Einheiten ... das Strukturwachstum zu fördern", so der Regierungspräsident in Köln. Steigerung der Kapitalkonzentration und -zentralisation, um konkurrenzfähig zu bleiben, Bauernvernichtung, um an das Land der Kleinbauern heranzukommen und die Kleinbauern selbst zwecks Ausbeutung in die Fabriken zu zwingen.

Diese Pläne an den Mann zu bringen, unternehmen die Imperialisten alle Anstrengungen. Im Gebiet um Aachen etwa ist dafür der richtige Mann Anton Grunwald, DGB-Kreisvorsitzender Aachen, gleichzeitig Bürgermeister. Die Ursache der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit sei „der hohe Anteil auswärtiger Unternehmen" und das „Vorherrschen kleiner, mittlerer Unternehmen, von denen nicht wenige unterhalb der optimalen Betriebsgröße liegen". Wegen solcher Einsicht „haben sie (die Gewerkschaftssozialdemokraten) als Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft auch Sitz und Stimme im Präsidium und Region-Rat der Regio Aachen", der Kommentar der bürgerlichen Presse.

Die Provinzgouverneure in Belgien und Holland hatten Zusammenarbeit mit dem Regierungsbezirk Köln oder dem noch übermächtigeren Land Nordrhein-Westfalen in der Euregio abgelehnt. So schufen denn die westdeutschen Kapitalisten in der Region Aachen mit den Kreisen Heinsberg, Düren und Euskirchen, der Industrie- und Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkskammer, den Kapitalistenverbänden, den Bundestags- und Landtagsabgeordneten und dem DGB als Mitglieder einen europäischen Regionalverband.


Industriegebiet „Rothe Erde" im Nordosten von Aachen


Früher landwirtschaftlich genutzt, heute verödetes Brachland

Im holländischen Südlimburg ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe allein von 1959 bis 1969 von 8 533 auf 4 916 reduziert worden. Im belgischen Südteil der Provinz Limburg, wo früher 75 % der Gesamtfläche zur landwirtschaftlichen Produktion genutzt wurden, mußte zwischen 1962 und 1972 ein Viertel aller Höfe aufgegeben werden. Um 40 % ging die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten zurück. In Condroz, dem Ardennenvorland, sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1950: 32 618 auf 1973: 5 332 – um 83,6 %. In der Gemeinde Marchin waren es 1950 1 236 Betriebe, heute noch 88. Condroz ist reiner Agrarraum, außer Land- und Forstwirtschaft gibt es nur noch Steinbrüche. Folge der Ruinierung der Kleinbauern ist zum Beispiel, daß der Einwohnerstand von 1831 in der Mehrzahl der Gemeinden unterschritten worden ist.

Nicht weniger erfolgreich war die westdeutsche Bourgeoisie: In den Kreisen Heinsberg / Düren / Aachen ging die Anzahl der hauptberuflich bewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe über 5 ha zwischen 1970 und 1973 von 6 611 auf 5 821 zurück, die Landwirtschaftskammer geht von 716 weiteren Schließungen bis 1978 aus. Gleichzeitig wuchs die durchschnittliche Betriebsgröße von 1965 gleich 9 ha über 1970 gleich 18,3 ha auf 1973: 21,7 ha. 1973 hatten im Kreis Aachen 29 %, Heinsberg 9 %, Düren 11 % und Euskirchen sogar 44 % der landwirtschaftlichen Betriebe ein Jahresbetriebseinkommen unter 10 000 DM. Beispielsweise sei die Entwicklung am Kreis Heinsberg nachvollzogen: von 1972 bis 1975 ging die Anzahl der Betriebe um 9,4 % (335) zurück. Betroffen waren ausschließlich Betriebe mit weniger als 20 ha. Dagegen wuchs die Zahl der Betriebe mit mehr als 20 ha Fläche um 137 auf 728 an. Ebenso bei der Tierhaltung. Die Anzahl der Hühnerhalter ging um die Hälfte zurück, gleichzeitig stieg die Anzahl der Hühner je Halter um 48,6 %. (Ähnlich bei den Schweine-Haltern: 22,6 % weniger, aber 25,5 % mehr Schweine je Halter.) In den Zahlen drückt sich der enorme Konzentrationsprozeß aus, den die Kapitalisten in nur 3 Jahren in der Landwirtschaft dieses Kreises erzielt haben.

Mit dem Bauernlegen verschärft sich der Druck auf die Arbeiterklasse, eine überdurchschnittlich große industrielle Reservearmee wurde zwecks Lohndrückerei und Spaltung geschaffen. In Düren und Aachen ist die Arbeitslosenzahl von 1971 gleich 5 166 auf 1975 gleich 23 222 angestiegen. Das sind 6,4 % der Lohnabhängigen, der Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalen betrug 4,9 %, der Bundesdurchschnitt 4,6 %. Die Entwicklung hat sich seitdem weiter verschärft. In Niederländisch-Limburg ist die Zahl der arbeitslosen Männer zwischen 1971 und 1976 von 5 383 (2,4 %) auf 21 945 (9,4 %) angestiegen, während der Gesamtdurchschnitt in den Niederlanden 6,5 % betrug. In einzelnen Gemeinden wie in Kerkrade ist die Arbeitslosenquote sogar 13 %.

Die westdeutschen Kapitalisten haben dabei die größten Vorteile erzielt. Heute fahren täglich über 20 000 niederländische und belgische Lohnabhängige über die Grenze, um sich von den westdeutschen Kapitalisten ausbeuten zu lassen. „Die Arbeitsplatz-Einpendler aus Belgien oder den Niederlanden nahmen uns demgegenüber ... durch ihren Wohnsitz hinter der Grenze auch noch erhebliche Probleme auf dem Sektor der Infrastruktur ab", drückt der Aachener Sparkassendirektor die Vorteile aus. Kindergärten, Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser gespart, und trotzdem den Profit aus den Knochen dieser Arbeiter gezogen. Das gibt die Richtung an.

Der andere Weg ist der Kapitalexport. 90 % der Betriebe in Aachen haben in den letzten 3 Jahren „Personal abgebaut". 12 000 sind entlassen worden. Das geht so wie etwa beim Prym-Kapitalisten in Stolberg. In Stolberg hat er die Produktion von Industrie- und Haushaltsnadeln stillgelegt, bei der Nadelfabrik Eupen (Belgien) ist er mit 5,35 Millionen Franken eingestiegen. Zum einen ist das Lohnniveau in den belgischen und niederländischen Provinzen niedriger, zum anderen der Druck der industriellen Reservearmee noch stärker. Im Bereich der Industrie- und Handelskammer Eupen haben nicht weniger als 27 westdeutsche Kapitalisten Tochterunternehmen. Die Textilkapitalisten haben vielfach die Produktion nach Niederländisch-Limburg ausgelagert, weil dort das Wasser um die Hälfte billiger war als in Aachen.

Verödung ganzer Regionen wie des Ardennenvorlandes und noch elendere Lebensbedingungen für die Volksmassen hat das zur Folge. „Unsere Gesellschaft und unsere finanziellen Haushalte sind auf Verdichtung angewiesen. Das Prinzip der Arbeitsteilung, des funktionellen Zusammenspiels und der sozialen Leistungen, die Knappheit des Geldes und die Effektivität von Einrichtungen der Infrastruktur zwingen uns zur Schwerpunktbildung der Wirtschaft und der Bevölkerung" (Vorschlag des Regierungspräsidenten). Langfristig ist geplant: ein Verkehrsverbund, ein Schnellbahnnetz, um die Lohnabhängigen über die erheblichen Entfernungen schnell in die Fabriken und Büros zu karren, dem Warenverkehr der Kapitalisten beste Bedingungen zu eröffnen. Müssen heute schon Eifel-Bewohner stundenlang zum nächsten Krankenhaus, Schwimmbad oder Supermarkt wie auch zur Fabrik fahren, so soll mit Euregio in nächster Zeit noch mehr „Konzentration und Schwerpunktbildung" der „Wirtschaft und Bevölkerung" erzielt werden.

Die Pläne der Kapitalisten befinden sich im abschließenden Stadium, ihre Durchführung steht an. Der Europa-Gedanke der Imperialisten ist der Gedanke der gnadenlosen Konkurrenz untereinander. Gemeinsam allerdings stehen sie dabei auf dem Rücken der Volksmassen. – (s., Aachen / Mi-Red.)

„Jugendkriminalität“ – Die Ausbeuter sind die wahren Verbrecher

Lehrer als Polizeispitzel

„Unter dem Motto ‚Vorbeugen ist besser als Vorbestrafen‘ wird das 1974 gegründete Kuratorium zur Bekämpfung der Wohlstandskriminalität (Bonn) in den nächsten Monaten seine Arbeit in sämtlichen Bundesländern intensivieren. Wie ein Sprecher in Wiesbaden ankündigte, umfassen die Aktionen gegen die ‚explosionsartig angestiegene Jugend- und Kinderkriminalität‘ öffentliche Diskussionen, Schulveranstaltungen und Lehrerfortbildung. Auf lange Sicht soll erreicht werden, daß im ständigen Austausch mit Pädagogen an den Schulen ein Rechtskundeunterricht möglich werde, der ... an konkreten Beispielen aus der Praxis Jugendlichen und Kindern helfen soll, die Risiken zu erkennen und folgerichtig zu bewerten. In der Bundesrepublik würden die Täter immer jünger: rund 30 000 bis 40 000 junge Menschen lernten jährlich durch die ‚Kleinkriminalität‘ die Jugendgerichte kennen. Für 10 Prozent der Jugendlichen werde ... der Ladendiebstahl als ‚Klippschule der Kriminalität‘ zum Einstieg in weitere und schwerwiegendere Verbrechen. Mit einem Anteil von 37 Prozent stellten Jugendliche und Heranwachsende im Bundesdurchschnitt den höchsten Anteil beim Ladendiebstahl. Mit einem hohen Prozentsatz beteiligt seien sie auch an den Delikten Schwarzfahren, Fahrrad- und Mopeddiebstählen und Zerstörung öffentlicher Telefonzellen.“ (Frankfurter Rundschau, 28.5.1977)

Straßenbahnfahrt zum Arbeitsamt – „Beförderungserschleichung“

Daß der „ständige Austausch mit Pädagogen“ auf nichts anderes als Aushorchen der Jugendlichen und Weiterleitung der Informationen an die entsprechenden Behörden hinausläuft, kann man jetzt schon wissen. Mit dem Rechtskundeunterricht soll den Jugendlichen Angst gemacht werden vor der Allmacht des Staates, dem man sich nur noch unterwerfen könne. Das mit Beispielen aus der Praxis:

„H. ist Arbeiterjugendlicher. Eine Lehrstelle hat er nicht gefunden: Er schlägt sich mit Gelegenheitsarbeiten im Bremer Hafen durchs Leben. Jetzt sitzt er für 40 Tage im Gefängnis. Sein Verbrechen: ‚Beförderungserschleichung‘. Auf Deutsch: Schwarzfahren.“ (Bezirksbeilage Bremen-Unterweser zur Kommunistischen Volkszeitung Nr. 21/1977)

Die „Pädagogen“ werden zu solchen „konkreten Beispielen“ ihren Senf geben: Arbeitslosigkeit sei doch noch lange kein Grund, schwarz zu fahren, was doch verboten ist. Wenn man kein Geld hat, müsse man halt zu Fuß gehen, man sei ja sowieso noch jung und hätte außerdem, weil arbeitslos, eh den ganzen Tag nichts zu tun. Die wahren Gründe seien ganz andere. Sie werden dann so reden wie zwei Diplompsychologen in einer Mannheimer Grundschule auf einer Veranstaltung unter dem Thema:

„Warum Kinder stehlen und lügen“:

Als „Reizüberflutung“ kann man Hunger auch bezeichnen

„Es gibt mannigfache Ursachen ..., die bei jedem Kind anders gelagert sind. Oft sei es, vorwiegend in sozial schwachen Familien, das negative Vorbild von Eltern, Erwachsenen und Kindern, die das Verhalten des Kindes beeinflussen. (...) Werden dem Kind elementare Bedürfnisse vorenthalten, so sucht es nach Ersatzbefriedigung. (...) Auch Reizüberflutung spiele beim Eigentumsbegriff eine wesentliche Rolle ..., die greifbaren Angebote im Warenhaus, die ein Kind um so mehr verführen, je kürzer es daheim gehalten wird. (...) Doch auch beim Gegenteil, beim Überfluß, sei das Kind für Diebstahl anfällig, denn es habe nie gelernt, auf Wünsche verzichten zu müssen.“ (Mannheimer Morgen, 16.12.1976)

Vorbeugung im Heim in Selbstverantwortung

Gleichgültig, ob Angehöriger der besitzenden oder besitzlosen Klassen: „Kinder klauen eben.“ Diese Behauptung dient dann auch gleich zur Rechtfertigung für schärfere Strafverfolgung und Überwachung durch den Staat. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des elterlichen Fürsorgerechts vorgelegt:

„Das elterliche Sorgerecht ... (soll) den Wertvorstellungen des Grundgesetzes und den heutigen Gegebenheiten angepaßt werden. (...) Es ist nötig, den Schutz gefährdeter Kinder zu verbessern und ... zunehmender Selbstverantwortlichkeit der Heranwachsenden Rechnung zu tragen. (...) Das Vormundschaftsgericht soll bei einer Gefährdung des Kindes die erforderlichen Maßnahmen treffen können.“ (Aus dem Gesetzentwurf)

Dreimal beim Schwarzfahren erwischt, schon hat man einen staatlich bestellten Vormund. Beim nächsten „Vergehen“ landet man in einem der staatlichen „Fürsorge- oder Erziehungsheime“. Es gibt Kapitalisten, die sich ihre Waren bei Zahlung von 10 DM Wochenlohn in solchen Heimen produzieren lassen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes werden es dann mehr werden. Dem „Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit“ könnte so auch beigekommen werden.

Maihofer sagt ausnahmsweise mal was Wahres: „Ich bin ein Verbrecher“

Die Existenz der Kapitalisten beruht auf der Ausbeutung der Arbeiter. Aufgrund ihres Besitzes an Produktionsmitteln unterwerfen sie sich fremde Arbeitskraft und plündern sie die Volksmassen durch den Verkauf der Waren, die sie sich angeeignet haben. In ihrem Profithunger unterwerfen sie sich ganze Länder und berauben sie ihrer Reichtümer und mästen sich an der Ausbeutung fremder Völker. Ihre Armee, Polizei, ihre Gesetze und Gerichte, jede staatliche Behörde soll dafür sorgen, daß es so bleibt. Eigentum und Profit ist der ganze Lebenszweck der Bourgeoisie. Werden diese angetastet, rufen sie „Verbrechen, Terror, Diebstahl!“. Bundesinnenminister Maihofer hat in einer Festansprache „Verbrechen im Industriezeitalter“ den Standpunkt der Bourgeoisie näher erläutert:

„In ihm (dem gesellschaftlichen System) gibt es einmal menschliches Verhalten als spezifische und typische Weise der Befriedigung von Bedürfnissen durch Entfaltung von Fähigkeiten, die wir ‚Arbeit‘ nennen, weil sie anderen nützlich sind, und die wir deshalb ‚belohnen‘. In ihm gibt es aber auch entsprechende Befriedigung von Bedürfnissen durch Entfaltung ganz anderer Fähigkeiten, die wir als ‚Verbrechen‘ bezeichnen, weil sie anderen schädlich sind, weshalb wir sie ‚bestrafen‘. Solche verbrecherische Befriedigung von Bedürfnissen und verbrecherische Entfaltung von Fähigkeiten zu einseitigem Vorteil gibt es ... auch und gerade in einer Gesellschaft des materiellen Überflusses, wie uns das Heraufkommen der massenhaften Wohlstandskriminalität ... gelehrt hat, die zu zwei Dritteln aus ... einfacher und schwerer Diebstahlskriminalität besteht.“

Jeder weiß, daß die Kapitalisten und ihr gesamter Anhang nichts arbeiten.

Sonderschule, Erziehungsheim, Jugendstrafe, Bewährungshelfer – Stationen.

Sonderschule, Erziehungsheim, Jugendstrafe, Bewährungshelfer – Stationen, über die die Bourgeoisie versucht, auch noch den rebellischsten Jugendlichen zum fügsamen Arbeiter zu prügeln. In einem Aufruf zur Demonstration gegen die Unterdrückung im Landesjugendheim in Göttingen schrieben Jugendliche aus dem Heim: „Das Landesjugendheim ist ein Gefängnis. Jugendliche, die rebellisch gegen Ausbeutung und Unterdrückung sind, sind dort eingesperrt. ... Die meisten von denen, die nicht zur Schule gehen, machen Hilfsarbeiten. Zehn Mark wöchentlich werden vom Lohn für sieben Stunden Arbeit am Tag ausgezahlt. Von dem restlichen Lohn wird das Gefängnis finanziert. 65 DM werden auf ein von der Heimleitung verwaltetes Spendenkonto gelegt. ... Drei Jugendliche, denen der Ausgang gesperrt war, haben sich den Schlüssel gewaltsam genommen, um aus dem Heim rauszukommen. Inzwischen sollen ihnen deswegen Strafverfahren angehängt werden. ... Wir haben die Nase voll. Die Jugend muß zusammenstehen. Wir fordern: Rücknahme der Strafanzeigen! Drei Tage mindestens Ausgang bis 22 Uhr für alle! Keine Ausgangssperre! Auszahlung des vollen Lohns! Freie Verfügung über den Lohn!“



„Gewalttäter“. Die bürgerliche Presse ist voll des Jammers über die Unzahl jugendlicher „Gewaltverbrecher.“ Der Haß der Jugendlichen gegen ihre Ausbeuter, die Auflehnung gegen ihre Unterdrücker nehmen gewalttätige Formen an. *Unvermeidlich* wird die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Staatsmacht, die den Jugendlichen wie dem ganzen Volk gegenüber die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, sobald die Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und dem Volk *bewußt* für ihre Forderungen eintreten.
In Opladen hatte im März die Arbeiterwohlfahrt als Träger des Jugendhauses in den Kämpen den von den Jugendlichen selbst gewählten Mitarbeiter G. Glocksin gefeuert. Eine Demonstration von 600 Jugendlichen gegen die Maßnahmen wurde von der Polizei überfallen. Die Jugendlichen schrieben dazu in einem Flugblatt: „Über die Hälfte von uns hatte die Wiese schon verlassen, als noch ein paar Eier auf die immer noch filmenden Polizeispitzel geworfen wurden. Dies nahmen die Polizisten zum Anlaß, ihren brutalen Einsatz zu starten ... 5 wurden mitgeschleift, festgenommen und auf der Polizeiwache erkennungsmäßig behandelt. Die Polizei stellte Strafanzeige gegen alle Verhafteten. Wir gingen daraufhin geschlossen zur Polizeiwache, wo erst nach drei Stunden der letzte der 5 rausgelassen wurde.“
So wie die Jugendlichen hier der Polizei ihren Widerstand entgegensetzten, so ließen sie sich auch durch versperrte Türen nicht davon abhalten, in dem Jugendzentrum eine Versammlung zu beginnen. Rechtsbrüche und Gewaltakte sind notwendig, wenn die Jugendlichen sich bloß *treffen*, ihre Forderungen und Kampfmaßnahmen *beraten* wollen. Die Häuser gehören der Bourgeoisie, die Gesetze hat die Bourgeoisie gemacht, die Polizei wird von der Bourgeoisie eingesetzt. Die Jugend der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist zum Kampf gezwungen.

Ran an Kreidler.
Rauf auf Kreidler.
Und Du bleibst bei Kreidler.

Die Kraft, die Du freimachst, ist die Kraft, die Dich befreit. Plötzlich hast Du alles, was Du willst: Dein Erlebnis, Deine Freunde, Deinen Spaß! Kreidler hat für Deinen 4er-Schein alles, was Du brauchst: die neue bärenstarke

„... Wie Bundesinnenminister Werner Maihofer bei der Vorlage der Kriminalstatistik 1976 am Dienstag in Bonn sagte, wurden insgesamt 3 063 271 Verbrechen und Vergehen registriert. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 143 881 Fällen ... Allein die Hälfte des Anstiegs wird auf das Anwachsen von Zweiraddiebstählen sowie Diebstählen in und aus Warenhäusern, Verkaufsräumen und Selbstbedienungsläden zurückgeführt.“ (Frankfurter Rundschau, 25.5.77)

„Die Kraft, die Dich befreit“ bietet Kreidler den jugendlichen Lesern der Zeitung „Bravo“. „Plötzlich hast Du alles, was Du willst“ – wenn Du „plötzlich“ 2 000 DM übrig hast. Die Arbeiterjugend hat nicht „plötzlich“. Jeden Monat müssen sich Jugendliche das Geld für Kauf und Unterhalt eines Mopeds oder Motorrads vom Lohn abknapsen, um morgens zur Arbeit und nach Feierabend mal raus aus den Wohnghettos, in die die Bourgeoisie die Arbeiterklasse zusammenpfercht, zu kommen. *Jede* Lebensäußerung der Jugend macht die Kapitalistenklasse zur Geldfrage. Da ist es gesetzmäßig, daß viele auf eigene Faust rebellieren und das bürgerliche Eigentum brechen. Sorge um zunehmende „Eigentumsdelikte“ von Jugendlichen heuchelt die Bourgeoisie. Furcht hat sie davor, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung von Lohnarbeit durch die siegreiche Arbeiterklasse zum Verbrechen erklärt und die Ausbeuter enteignet werden. Die Teilnahme der Jugend am Klassenkampf nährt diese Furcht. Die Bourgeoisie läßt ihre Polizei Tag und Nacht durch die Arbeiterviertel patroullieren, die Jugend bespitzeln und schikanieren. Nicht einfach, damit weniger Mopeds geklaut werden, sondern um Rebellion und Kampf im Keim zu ersticken. Vergeblich.

Und vor allem:



Knochenharte Ausbeutung im Betrieb

Werksleiter Kader zum vierzigjährigen Jubiläum der Lehrwerkstatt bei VAW Hannover: „... 1937 war vieles anders als heute. Damals wurde mit Standarte und Horn zu Arbeitsbeginn angetreten. Das paßt nicht mehr in die heutige Zeit, aber auch diese Ausbildung hatte viele Vorzüge. ... Wir bieten unseren Auszubildenden nach der Lehre an, eine Tätigkeit in der Produktion zu übernehmen. ... Als Nachteil wird häufig genannt: Dann muß ich in Schichten arbeiten. Sicher ist das, wenn man so will, ein Nachteil. Aber auf der anderen Seite hat der Handwerker bei uns in der Produktion doch große Möglichkeiten. Männer, die spontan jeden Fehler, jede Störung beseitigen können, haben als Maschinenführer sicherlich eine lohnende Aufgabe.“ (aus: Bezirksbeilage Hannover 22/77) Diese Blutsauger, die nicht früh genug die jugendliche Arbeitskraft in Akkord- und Schichtarbeit pressen können, sind unersättlich. Jetzt veranstalten sie einen „Grundsatzstreit“, ob „die nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehenen Prämien für neue Lehrstellen von jeder Steuer befreit werden.“ (FAZ, 3.6.) Um diese Herren samt ihren Grundsätzen zum Teufel zu jagen, braucht die Arbeiterjugend den Zusammenschluß mit der ganzen Klasse und dem ganzen Volk. Dieser Zusammenschluß schreitet voran.

Streik bei den Bremer Zeitungsbetrieben

Der Lohn reicht nicht hin und nicht her

Bremen. Seit Donnerstag um 17 Uhr stehen die Arbeiter von „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ im Streik.

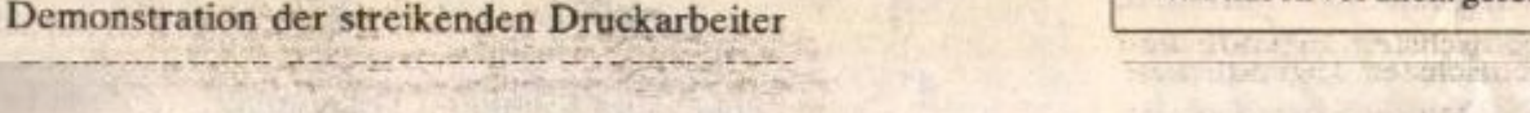
Am Montag sollte eine turnusmäßige Betriebsversammlung sein. Auf Vorschlag aus dem Angestelltenbereich beschloß der Betriebsrat, diese Versammlung auf Donnerstag vorzuverlegen. Meyer sah sofort die für ihn gefährliche Möglichkeit eines Zusammenschlusses der gesamten Belegschaft und versuchte mit Drohbriefen und Androhung rechtlicher Schritte, den Beschäftigten den Besuch der Versammlung zu verbieten. Von „Nötigung“ war die Rede und „Erpressungsversuchen“ – obwohl er in den Briefen offen zugab, daß es ihm lediglich um die Garantie ging, die anzeigenstarken und damit besonders profitträchtigen Wochenendausgaben zu gewährleisten.

Genützt hat das Verbot der Geschäftsleitung nichts. Im Gegenteil, von den Arbeitern der Spätschicht waren fast alle auf der Versammlung, und von den Angestellten sind viele gekommen, die sonst noch nie auf Betriebsversammlungen waren. Auf der Betriebsversammlung wurde beraten, welche Schritte organisiert werden müssen, damit Zeitungskapitalist Meyer mit der Zulagenstreichung nicht durchkommt. Diese Zulagenstreichung kann und darf nicht hingenommen werden, das wurde festgelegt. Die Zulagen der Angestellten müssen, genau wie bei den Arbeitern, Bestandteil des Arbeitsvertrages werden, das wurde beschlossen. Die Arbeiter und Angestellten stellten fest, daß man gar keine Kürzungen hinnehmen darf, sondern daß mehr Lohn gefordert werden muß. Das mündete in der Forderung, daß alle, Arbeiter wie Angestellte, mindestens 30 Mark über Tarif bezahlt bekommen müssen. Nach Ende der Betriebsversammlung beschlossen die etwa 250 Anwesenden, gemeinsam auf Meyers Antwort auf diese Forderungen zu warten und die Arbeit bis dahin nicht wieder aufzunehmen.

Aus Mitgliedern des Betriebsrates wurde eine Delegation gebildet, die gegen 17 Uhr Meyer diese Forderungen überbrachte. Meyer („Ich verhandle nicht unter Druck!“) hat sofort mit Aussperrung gedroht, wenn nicht bis 17.25 Uhr wieder gearbeitet werde. Um 19.05 Uhr hat dann die Geschäftsleitung die Aussperrung durchgeführt. „Arbeitswillige“ sollten weiterarbeiten, das waren jedoch nur wenige. Um 21 Uhr hat Meyer dann auch diese „Arbeitswilligen“ ausgesperrt. Schon am Mittwoch hatten „Weserkurier“-Redakteure in einzelnen Abteilungen nicht mehr richtig gearbeitet, so daß die Zeitung nur aus verschiedenen Meldungen und nicht aktuellen Artikeln zusammengestellt werden konnte.

Die Sozialdemokraten sind in der vergangenen Lohnrunde direkt darauf gegangen, den Arbeitern den Lohn zu drücken. Sie haben die Belegschaften gespalten und schon bei der Aufstellung der Forderungen mit den Prozenten die Einheit der Arbeiter verhindert. Die Antwort, die die Druckarbeiter jetzt gegeben haben, ist die richtige. Sie haben gesagt, wir lassen uns nicht spalten. Greift man die Angestellten an, ist das ein Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft. Kürzt man ihnen den Lohn, dann soll der Lohn insgesamt gekürzt werden. Meyer will das verhindern. Die Angestellten hat er nicht ausgesperrt. Die Arbeiter haben sich deswegen am Freitagmorgen vor den Toren versammelt und die Angestellten dafür gewonnen, nicht an die Arbeit zu gehen.

Der Streik geht weiter. Die Forderungen sind:
– Keine Anrechnung der übertariflichen Zulage, Absicherung der Zulagen im Arbeitsvertrag!
– 30 DM mindestens übertarifliche Zulage für alle!
– Keine Maßregelungen, Weiterbezahlung der Löhne und Gehälter über die gesamte Dauer des Arbeitskampfes! – (Bezirk Bremen-Unterweser)


Demonstration der streikenden Druckarbeiter

Interview mit streikenden Arbeitern beim Weserkurier

Ihr steht seit gestern im Streik. Was sind die Forderungen und die Grundlage in diesem Streik?

Bei den Angestellten sollten die übertariflichen Zulagen gestrichen werden, das gleiche hat Zeitungsverleger Meyer schon im letzten Jahr bei den Arbeitern versucht. Wir haben damals gestreikt und erreicht, daß bei uns die Zulagen im Arbeitsvertrag gesichert sind. Bei den Angestellten wird jetzt das gleiche versucht, und dagegen sind wir, weil wir gleiche Interessen haben. Wir haben dann gestern auf der Betriebsversammlung die Forderung aufgestellt, daß die Zulagen der Angestellten im Arbeitsvertrag abgesichert werden, wie bei uns. Und daß jeder mindestens 30 DM übertarifliche Zulage bekommt. Meyer hat daraufhin einen Teil der Belegschaft ausgesperrt, die ganze Spätschicht. Deshalb hat sich jetzt die übrige Belegschaft angeschlossen, und ca. 950 Kollegen stehen im Streik.

Wie ist die Lage bei Euch mit dem Lohn?

Die Lohnabschlüsse der letzten Jahre reichen nicht hin und nicht her. Deshalb ist die Forderung mit den 30 DM gut geeignet, die ganze Belegschaft zusammenzuschließen. Deshalb haben wir auch in den vergangenen Lohnrunden Festgeldforderungen aufgestellt.

Wir haben vor allem gesehen, wohin die Manöver der Sozialdemokraten führen mit der Stillhaltepolitik und dem Lohnverzicht. Wohin das Ganze führt, sieht man jetzt. Verleger Meyer greift noch weiter unseren Lohn an. Stillhalten nützt also nichts.

Wie wirken die Löhne auf die Lebensbedingungen, wie wirkt sich das z.B. auf den Urlaub aus?

Weil ich ständig Nachtschicht arbeite, wie alle Kollegen hier, geht das bei mir noch wegen der Zuschläge. Das wird sich aber erkauft durch die Ruinierung der Gesundheit. Ohne die Nachtzuschläge könnte ich nicht mehr in Urlaub fahren.

Bei der Tagschicht müssen die Kollegen auch gerade deshalb so scharf mit den übertariflichen Zulagen kalkulieren.

Meyer hat uns im letzten Jahr gesagt: „Ihr glaubt doch nicht, daß Ihr das freiwillig von mir gekriegt habt.“ Das wissen wir, und deshalb stehen wir hier. Unser Kampf ist völlig gerecht.

Die Belegschaft ist seit der Pressekonzentration in Bremen vor zwei Jahren von 1 650 Kollegen auf 1 030 rationalisiert worden, wie wirkt sich das auf die Arbeit aus?

Wir müssen hier jetzt mit weniger Kollegen mehr arbeiten, weil die Auflage gestiegen ist und das Anzeigenvolumen erhöht worden ist.

Streik der Drucker und Setzer von „Berlingske Tidende“ abgebrochen – von Sozialdemokraten und Revisionisten verraten und verkauft

Nach viereinhalb Monaten ist einer der härtesten Arbeitskämpfe der dänischen Nachkriegsgeschichte, der Streik der Drucker und Setzer des Zeitungskonzerns Berlingske in Kopenhagen, abgebrochen worden. Mit 578 zu 188 Stimmen bei über 100 Enthaltungen stimmten die Drucker und Setzer einem Rahmenplan zu, der zwischen den Druckkapitalisten und dem von Sozialdemokraten und Revisionisten beherrschten Betriebsrat ausgehandelt worden ist. Dieser Rahmenplan sieht vor:
– die Entlassung von 250 der insgesamt 981 Drucker und Setzer,
– ein „Sicherheitsabkommen“ für die im Betrieb verbleibenden Beschäftigten,
– eine Abfindung von ca. 100 000 Kronen (gleich 39 400 DM) für jeden entlassenen Kollegen.

Bedenkt man, daß sich der Streik gegen die geplante Entlassung von 300 Kollegen und gegen die Ausführung von Druck- und Setzarbeiten durch ungelernte Kräfte mit elektronischen Geräten richtete, ist dies ein elendes Ergebnis. 250 Kollegen werden rausfliegen. Die Sozialdemokraten und Revisionisten haben dazu den Weg des „natürlichen Abgangs“ vorgeschlagen, d.h. die vorzeitige Entlassung der älteren Kollegen. Das sei human. Merkwürdiger Humanismus, gerade die Kollegen auf die Straße zu setzen, die garantiert keine neue Arbeit mehr finden. Nach der Peitsche dann das Zuckerbrot. Ein „Sicherheitsabkommen“ für die übrigen Beschäftigten wird versprochen. Was mag das für eine Sicherheit sein, wo sich jeder ausrechnen kann, daß durch die Entlassungen Überstunden und Arbeitshetze um mindestens ein Drittel zunehmen werden. Einige Zahlen haben die Druckkapitalisten während der Verhandlungen schon herausgelassen: die Teletyp-Setzer sollen ihre Leistung von bisher 8 500 auf 13 300 Anschläge pro Stunde steigern. Dazu sagen die Setzer: „Das Tempo hält man nicht durch, ohne zum Krüppel zu werden.“ Schließlich die 100 000 Kronen Abfindung, auf die die Sozialdemokraten und Revisionisten in der Gewerkschaftsführung ganz besonders stolz sind. Dies Geld ist aber keinerlei stolze Errungenschaft, sondern schlichte Notwendigkeit, damit sich die von den Sozialdemokraten zur Entlassung empfohlenen älteren Kollegen bis zur Zahlung ihrer vollen Rente am Leben halten können.

Wie konnte es dazu kommen, daß dieser große Streik, der zeitweilig die gesamte dänische Druckindustrie lahmlegte, ein solches Ende nahm? Wie konnte es dazu kommen, daß die Drucker und Setzer mehrheitlich dem Rahmenplan zustimmten? Eine bürgerliche Zeitung schreibt dazu: „Die Ja-Stimmen waren Stimmen der Bitterkeit und Resignation. Die Gewerkschaftsführung (LO) wurde mit harten Worten bedacht.“ (Information, 23./24.5.77)

Monatelanges Taktieren ohne konkrete Forderungen, die die Drucker und Setzer hätten zusammenschließen und dem Kampf eine Richtung geben können; monatelange Verhandlungen ohne Rückgrat, mit immer neuen Kompromißvorschlägen; Anrufung von Schlichtungsstellen und Einschaltung des bürgerlichen Staates – auf diese Weise haben es die Sozialdemokraten und Revisionisten geschafft, die zum Kampf entschlossenen Drucker in die Resignation und damit in die Niederlage zu treiben. Andere dänische Druckkapitalisten haben, wie zu erwarten war, sofort nachgesetzt. Kurz nach der Annahme des Rahmenplans wurde bekannt, daß die Direktion der Zeitung „Kristelig Dagblad“ die ihr angeschlossene Buchdruckerei mit 14 Beschäftigten stillgelegt habe; ein Teil der Maschinen sei bereits verkauft.

Der Streik der Drucker und Setzer von „Berlingske Tidende“ hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse lang andauernde, machtvolle Kämpfe führen kann, wenn sie sich fest um ihre Interessen zusammenschließt, daß sie aber nur siegen kann, wenn sie sich von den Fesseln der Sozialdemokratie und des Revisionismus vollständig befreit. – (b., Bezirk Holstein)


Versammlung der Drucker und Setzer von „Berlingske Tidende“, Mai 1977

Nicht die Maschinen beherrschen die Menschen

Druckerei Fromm, Osnabrück. Mit Sonntags- und Schichtarbeit treiben die Druckkapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter rund um die Uhr. Das gilt besonders für Zeitungsbetriebe, also Druckereien, wo Tageszeitungen hergestellt werden.

Bei Fromm werden die Regionalausgaben der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) hergestellt. Dieser Teil der Produktion ist von Sonntags- und Schichtarbeit beherrscht. Dies geht über den Satz der Anzeigen ab sechs Uhr bis gegen 19.00 Uhr bzw. 20.00 Uhr, den Satz des Textes von 17.00 Uhr bis über Mitternacht hinaus. Die Sterotypie, in der von den fertig umbrochenen Seiten Abgüsse in Blei gemacht werden, die dann in die Rotationsdruckmaschine eingespannt werden und von denen gedruckt wird, produziert auch von sechs Uhr bis über Mitternacht hinaus, die Rotationsdruckerei von Mittags bis zum frühen Morgen des nächsten Tages.

So ist ein dichtes Netz gezogen über einen Großteil der Arbeiter im Betrieb mit den verschiedensten Schichtzeiten. Dazu Sonntags- und Samstagsarbeit. Das geht auf die Knochen.

In der Anzeigensetzerei sind innerhalb von einem halben Jahr zwei Kollegen zu Hause nach dem Aufstehen am Morgen umgekippt – Kreislauf hinüber. Sie sind nicht alt, der eine um die 40, der andere erst Mitte 20. Er hatte schon seit Januar jeden Tag Tabletten genommen.

Der Streß wird noch verschärft durch unregelmäßigen Arbeitsanfall. Anzeigen sind Anfang der Woche meist weniger als zum Ende, dann kommen sie oft stapelweise. Die Arbeitszeit wird dem angepaßt, zum Ende der Woche oft mehr als zehn Stunden täglich, unter ungeheurem Druck, Samstags frei – Sonntags ab 13.00 Uhr wieder im Betrieb bis 19.00 Uhr. Meist wird der Sonntag nicht „abgefeiert“, sondern in der Woche als Überstunden aufgeschrieben. Also Montag gleich wieder auf die Maloche. Warum das? Nicht, weil die Zeitung raus muß, – weil der Lohn nicht reicht von einer 40 Stundenwoche und 173 Stunden im Monat. Tariflohn 10,17 DM plus 0,36 DM übertarifliche Zulage gleich 10,53 DM mal 173 Stunden , das sind um die 1 820,00 DM brutto. Macht höchstens 1 300 DM netto. Davon kann man Frau und zwei oder drei Kinder schlecht ernähren. Deswegen die Sonntagsarbeit, meist zwei bis drei Mal im Monat, manchmal auch vier.

In der Stereotypie fast alle jeden Sonntag, es sind zu wenig Arbeiter eingestellt, bei den Maschinensetzern auch mindestens zweimal, Rotation ebenso, Korrektoren auch.

Sonntag, das ist eine Möglichkeit, den Lohn etwas zu erhöhen: Antrittsgebühr: 61,03 DM Sonntagszuschlag, alles lohnsteuerfrei. Ein Sonntag bringt so um die 100,00 DM netto. Drei sind schon 300,00 DM. Nur so kommt man zu einem Lohn, der reicht – scheinbar!

Der Schein trügt! Die Gesundheit wird ruiniert, die Reproduktionskosten steigen, der Verschleiß der Arbeitskraft kann mit den Märkern nicht aufgehalten werden. Da strampelt man nur hinterher.

Das merken die Arbeiter. Ein Teil der Maschinensetzer, die auch samstags arbeiten müssen, kommt jetzt samstags nicht mehr. In anderen Abteilungen wird der „freie Tag“ durchgesetzt, um es so auf die Reihe zu kriegen. Ein Teil der Arbeiter sagt: „40-Stundenwoche mach ich, sonst gehste kaputt“, und feiern den Sonntag ab. Das ist aber nicht einheitlich. Manche haben über 220 Stunden im Monat, sie brauchen das Geld. „Der Lohn für den Normalarbeitstag reicht doch nicht.“ „Wie soll ich sonst alles bezahlen.“

Ein Arbeiter wechselt jetzt mit dem anderen von Spät- auf Frühschicht, von Zeit zu Zeit, damit er auch mal mit den Kindern Schularbeiten machen kann. Ein Sohn von ihm ist auf der Sonderschule. Im Gespräch um die Schichtarbeit; ein Kollege: „Diese Arbeit zermürbt die Familienverhältnisse, bei dem Streß, manchmal kommt man nach Hause, müde, geht ins Bett. Deine Frau will noch mit Dir reden über die Kinder usw., und Du bist schon eingeschlafen!“

„Das muß so sein, wegen der Zeitung, die muß aktuell sein“, sagen die Kapitalisten und begründen so die Maloche rund um die Uhr. Pure Ideologie! Es dient rein ihren Profitinteressen! Von der technischen Seite ginge es anders, für die Kapitalisten in der Fortschritt der Produktivkräfte, erzeugt durch die Arbeiterklasse, nur Mittel zur verschärften Ausbeutung der Arbeiter. Das wird auch deutlich an der DRUPA – Ausstellung für die Druckindustrie, die jetzt in Düsseldorf begonnen hat.

In einer Anzeige stellt die „Mergenthaler Linotype GmbH“ ihr „System Linotype 5“ vor: „Ganzseitenumbruch für die Zeitung am Computer. Vollintegrierte Textverarbeitung. Die Elektronik übernimmt die schematischen Aufgaben, der Mensch die schöpferische Arbeit und die Überwachung“. Die Realität bekommen die Arbeiter zu spüren. An der Fotosetzmaschine z.B., die jetzt in der Akzidenzsetzerei steht. Macht man eine Tabelle, muß man sie in eins durchsetzen, ohne Pause, kein Weggehen möglich, keine Unterhaltung mit anderen Kollegen. Man wird zum Anhängsel der Maschinerie. Die Intensität der Arbeit nimmt zu. Das angepriesene „System 5“ ist eine Weiterentwicklung. In der Anzeige heißt es: „Manche gebrauchen nur wohlklingende Schlagworte wie Humanisierung der Arbeitswelt. Wir dagegen haben etwas getan und das System 5 entwickelt. Es ist ein Arbeitsmittel – für den Redakteur, den Layouter, den Setzer.“ Vereinfachung der Arbeitstätigkeiten, „Freisetzung von Arbeitskraft“. Das ist das Ziel der Kapitalisten.

Auf der anderen Seite: Der Fortschritt der Produktivkräfte würde es mit Leichtigkeit möglich machen, die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn die Arbeiterklasse die Produktionmittel besitzt. Unter der Herrschaft des Kapitals sind diese Fortschritte nur Mittel für weitere Schikane gegenüber den Produzenten: Ausdehnung von Schicht- und Sonntagsarbeit, Intensivierung der Arbeit, Rationalisierung.

Fromm hat angekündigt, nach der Drupa die neuen Fotosatzanlagen zu bestellen. Schon ist im Gespräch, daß über zehn Kollegen „freigesetzt“ werden sollen. Zwei Auszubildende sollen nach der Ausbildung nicht übernommen werden. Darum gibt es Auseinandersetzungen.

Den Kapitalisten dient die „DRUPA“ zur Anschauung, wie man die Verschärfung der Ausbeutung weitervorantreiben kann.

Auch die Arbeiter müssen hin, um zu sehen, was die Kapitalisten vorhaben. Die Gewerkschaft ruft auch dazu auf. Aber wie! Mit „offenen Augen“ soll man „durch die größte Fachmesse der Druckindustrie“ gehen. „Es ist nicht damit getan, sich an technischen Höchstleistungen zu begeistern. Sie können morgen bereits den eigenen Arbeitsplatz überflüssig machen. Es wäre aber auch falsch, Maschinenstürmerei spielen zu wollen. Wir sollten die „DRUPA“ unter dem Gesichtspunkt sehen, daß nicht die Maschine den Menschen, sondern der Mensch die Maschine beherrscht.“ Die Maschine kann den Menschen nicht „beherrschen“. Die Kapitalisten herrschen allerdings über die Produktionsmittel, die sie selber nicht „beherrschen“, sondern die Arbeiter, die damit den Reichtum für die Kapitalisten produzieren. Das wird von den Sozialdemokraten „vergessen“. Systematisch! Sie sind dafür, daß der technische Fortschritt nicht *nur* zur Steigerung der Gewinne, sondern auch zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ genutzt wird.“ Wohl im Sinne von „System 5. Die Kapitalisten danken's Euch! „Hoffen wir“, meint Karl Vöhringer (Vorstand), „daß trotz des reinen Geschäftssinns einer solchen Ausstellung wie der DRUPA, sich der Trend auch ein wenig dem Menschen zuneigt.“ Verschärfte Auspressung der menschlichen Arbeitskraft hat er dabei im Sinn. So werden es die Arbeiter, die zur DRUPA fahren, nicht sehen. Sie werden sich vielmehr an der „DRUPA“ schulen, daß die Kapitalistenklasse ihnen im Nacken sitzt und die Arbeiterklasse diese Herrschaft abschütteln muß, um die Produktionsmittel in die eigene Hand zu nehmen. Dann kann sie die befreiten Produktivkräfte für den Aufbau des Sozialismus nutzen! – (Bezirk Osnabrück/Emsland)

Beschlüsse zu IG Metall Gewerkschaftstag.

„Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern die 35 Stundenwoche für alle Arbeiter und Angestellten in der Metall- und Stahlindustrei bei vollem Lohnausgleich.“ Beschlossen von der IG Metall Vertreterversammlung Göttingen, Westberlin, Nordenham. In Hannover und Bremen ist es den Sozialdemokraten gelungen, die Forderung nach dem 7-Stundentag als unsinnig hinzustellen; hier wurde die 32-stundenwoche beschlossen.

Der Antrag der VW-Vertrauensleute in Hannover nach Kündigung der bestehenden Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung und daß keine neuen Schlichtungsabkommen abgeschlossen werden sollen ist mehrheitlich auf der Vertreterversammlung angenommen worden.

Beschlossen wurde auf den Vertreterversammlungen in Hannover und Bremen, daß der DGB aus der Konzertierten Aktion austreten muß.

Die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre wurde von der Vertreterversammlung Göttinen und Nordenham beschlossen.

Die DGB-Jugend Oberursel hat einstimmig beschlossen, wie die Klassen- und Tagessprecher der Feldbergschule Oberursel, die Forderungen der Soldaten- und Reservistenkomitees nach Lohnfortzahlung in der Armee und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten zu unterstützen. Gleichzeitig vertritt die DGB-Jugend die Meinung, daß auch die Zivildienstleistenden für eine Lohnfortzahlung während der Dienstzeit eintreten müssen, da sie auch als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Hamburg. Dähe von der Hamburger MAN-Geschäftsleitung hat am 23.5. erklärt, daß Entlassungen im Bereich Kesselbau und Kurzarbeit in der Reparaturabteilung im Herbst anstehen. Die MAN-Kapitalisten hatten letztes Jahr beschlossen, den Kesselbau in Hamburg zu schließen. Der Bau von Kesseln für herkömmliche Kraftwerke für fossile Brennstoffe ist nicht mehr profitträchtig. Sie spekulieren auf neue Profitquellen im Rahmen des Energieprogramms. Für den Hamburger Kesselbau sind nur noch Aufträge bis Oktober 77 vorhanden. Danach ist laut Dähe „nichts mehr in Sicht“. Von den ehemals 300 Arbeitern im Kesselbau ist bereits ein beträchtlicher Teil ausgeschieden, teils durch Entlassungen, teils sind die Kollegen durch den Druck der drohenden Arbeitslosigkeit „freiwillig“ gegangen. Dennoch liegen diesen Herbst 160 bis 180 Entlassungen an. Der Vorschlag der MAN-Kapitalisten, von Hamburg wegzugehen, bzw. sich umschulen zu lassen, hat laut Geschäftsleitung unter den Arbeitern „keine Resonanz gefunden“. Das ist richtig. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, sich wie Vieh herumtransportieren zu lassen, entsprechend den wechselnden Profitaussichten der Kapitalisten.

Das ist richtig. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, sich wie Vieh herumtransportieren zu lassen, entsprechend den wechselnden Profitaussichten der Kapitalisten.

Westberlin. Bei Electrolux, wo Staubsauger, Kühlschränke, Kühltruhen hergestellt werden, ist die Profitproduktion ins Stocken gekommen. Es wurden zum Beispiel nur 50 % der zuletzt durchschnittlichen Anzahl an Staubsaugern produziert. Aus dieser Lage wollen die Elektrolux-Kapitalisten herauskommen, indem sie von den Arbeitern erkämpfte Schranken gegen die Ausbeutung niederreißen wollen.

Versetzungen werden vorgenommen. Eine Arbeiterin wurde aus der Bürstenmontage ins Lager gesteckt, wo sie 2,60 DM pro Stunde weniger im Akkord bekommt. Verwarnungen werden an die Arbeiter geschickt, die länger als 10 % der Arbeitszeit krank sind.

Durch den niedrigen Grundlohn gezwungen, machten 10 Arbeiter der Kühlschrankmontage im Akkord und bei einer Überstunde statt bisher 50 jetzt 80 Kühlschränke. Dazu mußten sie während der Pausen durcharbeiten. Als sie jetzt bei der Lohnabrechnung sahen, daß sie trotz fast gleicher Stundenzahl statt bisher 1 000 DM netto bei dieser Plackerei nur 1 200 DM hatten, forderten sie für diese Lohnsenkung eine Begründung und produzieren jetzt auch nur wieder 50 Stück.

Siemens hat auch in Amerika noch viel vor, annonciert das „Handelsblatt“ vom 1.6. US-Siemens-Chef Zieler führt aus, daß der amerikanische Markt, der immerhin ein Drittel des Weltmarktes ausmache, bisher angesichts ausgezeichneter Absatzchancen in anderen Teilen der Welt vernachlässigt worden sei. Der Jahresumsatz von umgerechnet 600 Mio. DM, der aus 3 000 Arbeitern in den USA, vor allem in der Produktion medizinischer Geräte, ausgepreßt wird, ist ihm zu niedrig.

Die „politische Sicherheit des amerikanischen Marktes“ erlaubt seiner Ansicht nach ganz andere Profite. Er erwartet eine jährliche Zuwachsrate von 19 % in den nächsten fünf Jahren. In den Siemens-Mitteilungen 2/77 jammern die Kapitalisten: „Bei einem internationalen Vergleich liegen wir immer noch unter dem Durchschnitt der 30 größten Elektrounternehmen der Welt.“ Die Ausbeutung muß noch bedeutend verschärft werden, ist die Devise. Ohne Kampf und Revolution bleiben die Arbeiter nur Maschinen- und Kanonenfutter für die Imperialisten. Meilensteine des letzten Geschäftsjahres sind dabei 7 628 Entlassungen und geplante weitere 2 500 Entlassungen, Erhöhung des Umsatzes pro Kopf um 11,1 %.

Überstunden für den Urlaub, den Lohnkampf vorbereiten!

Bremen. Zum Spaß reißt keiner Überstunden ab, und zu denen, die gemacht werden müssen, um die Familie zu ernähren, gesellen sich jene, die notwendig sind, um dem verdammten Sozialmietbunker für vier gammelige Woche oder weniger zu entfliehen, um Urlaub zu machen. Wir haben es beraten, die Rechnung eines Kollegen sah z.B. so aus:

Lohngruppe 7a (Zeitlohn) 7,87 DM, plus 0,15 DM außer Tarif, plus 1,77 DM Leistungszulage macht brutto 9,79 DM. Rechne ich in Normalstunden im Monat, so ergibt sich folgendes: Normalstunden (21 Arbeitstage) 9,79 mal 168 sind 1 644,72 DM brutto. Bei Steuerklasse 3, ein Kind macht das 165 DM Lohnsteuer, 24,61 DM Arbeitslosenversicherung, 88,73 DM Krankenkasse und 104,35 DM Rentenversicherung. Das abgezogen ergibt 1 260,38 DM plus 2,50 DM Kontoführungsgebühren und 50 DM Kindergeld, ergibt die Summe von 1 312,88 DM netto. Von diesen 1 312,88 DM gehen 481,13 DM monatlich für Miete, Gas, Wasser und Strom ab, 8 DM für die Pille, 8 DM für die Tageszeitung, 100 DM für sonstige feste Kosten, 150 DM für Raten. Sage und schreibe 565,75 DM bleiben für Essen, Kleidung und das weitere „Luxusleben“.

Man sieht, kärglich sieht es aus, wenn nicht „dank sozialdemokratischer Fürsorge“, Überstundenarbeit vorhanden wäre. Wenn ich davon meinen Urlaub ausrechnen soll, so habe ich noch einmal ganze 50 % von der Bruttolohnsumme draufzuschlagen.

1 644,72 DM ist ein Monatsbruttolohn. Für drei Monate läuft der Berechnungszeitraum, sagen wir also durchschnittlich 1 650 DM brutto, wenn ich davon ausgehe, daß für mich die Monate April, Mai, Juni in die Berechnung fallen. Das ergibt brutto 1 650 DM plus 825 DM macht 2 475 DM. Das ganze Spiel mit den Steuern und Sozialabgaben von vorne, ergibt eine Abgabensumme von 652,54 DM minus Arbeiterkammer und plus Kontogebühren und Kindergeld, habe ich vorläufig 1 878,31 DM netto.

Jetzt, wo die Urlaubszeit kurz bevorsteht, wird deutlich, was das letzte Jahr den Arbeitern gebracht hat.

Man spricht viel über den Urlaub und das wirklich Neue ist, daß eine große Anzahl von Kollegen keine Reise antritt. Ein Genosse der Zelle stellte fest, daß weder an seinem Frühstückstisch noch in seiner Kolonne, irgendwer eine Reise antritt (ausgenommen zwei türkische Kollegen, die zu ihren Familien in die Türkei fahren), und das sind immerhin 15 Kollegen mit den Lohngruppen 7, 8 (Ecklohn) und 9. Zumeist arbeiten die Frauen nicht mit, da, wo sie mitarbeiten, reicht es wegen anderer Ausgaben (neues Auto, Eigenheimfinanzierung) nicht.

Im letzten Jahr war das mit den Reisen noch anders: Camping in Spanien, Österreich, Ostsee. Jetzt aber bleibt für den einen sein Wohnwagen auf dem festen Campingplatz fünf Kilometer vor Bremen, für den anderen Besuch der Eltern oder die Parzelle am Rand der Schnellstraße, bestenfalls.

Mehrere können außer Ausflügen zur Nordsee oder irgendeinem Tierpark sich nichts leisten.

Nur einer liebäugelt noch mit einer „Reise“: Drei Tage Fahrt zum Allgäu mit Übernachtung und Frühstück für 90 DM pro Person im Bus mit 50 Personen. Das hatte er schon letztes Jahr gemacht. „2 200 km, billiger kriegst du das nicht mit dem eigenen Wagen. Allerdings, in den Betten durftest du dich nicht umdrehen, sonst wachte das ganze Haus auf“.

Aber fast alle schaffen Überstunden und hätten als Schweißer im Akkord nichts nötiger als physische und psychische Erholung. Einer nimmt wirklich jede Überstunde mit (230 bis 250 Stunden im Monat), weil er monatlich rund 700 DM Eigenheimabzahlungen tätigen muß.

So ist das Entscheidende an den Debatten um den Urlaub auch nicht das Wetter oder Reisen, sondern die Lage der Arbeiter. Der letzte Lohnabschluß ist mit dem wenigen, was netto bleibt, durch die Teuerung jetzt futsch. Man siehts deutlich am Urlaub, den man sich noch leisten kann. Und das auf der Grundlage, daß man systematisch verbraucht und kaputt gemacht wird, mit jedem zu niedrigen Lohnabschluß, mit jeder Akkordkürzung, mit jeder Überstunde mehr. Darum ist es richtig, jetzt den Kampf vorzubereiten für mehr Lohn und für die Durchsetzung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich. Dies hatte der IGM-Vertrauenskörper unter anderem zum 1. Mai gefordert. Im Betriebsrat liegt der Antrag vor, an diesen Forderungen die Tätigkeit auszurichten. Das muß jetzt beschlossen und entsprechend verfahren werden. Im Vertrauenskörper wird jetzt ausgehend vom Lohn und der Lage der Arbeiter auf der nächsten Sitzung ein Antrag zum Lohnkampf eingebracht: Man braucht jetzt mehr! – (Zelle Bremer Vulkan)

80 % Arbeitslosengeld während der gesamten Arbeitslosigkeit

Bremen. „Im ‚Weser-Kurier' vom 31.5.1977 stand ein Artikel, dessen Aussage wir im Gegensatz zu dem Verfasser und den befragten Politikern für durchaus wahrheitsgemäß halten. Er lautet: „Ein Arbeitsdienst für Arbeitslose?“

Wir betrachten schon seit längerem mit wachsender Empörung, wie mit unseren Kollegen, die arbeitslos sind, verfahren wird und wie die Gelder aus den Arbeitslosenkassen an die Unternehmer verschleudert werden, während die Arbeitslosen mit maximal 68% ihres letzten Lohnes, viele auch mit weniger, und das auch nur für höchstens ein Jahr, sich mehr schlecht als recht durchschlagen müssen.

Seit eh und je wird versucht, einen Keil zwischen uns und den arbeitslosen Kollegen zu treiben, seit eh und je versucht man uns mit dem Hinweis auf arbeitslose Kollegen den Lohn zu kürzen, weil, „die arbeiten auch für weniger Lohn!“ Jetzt ist es offen heraus. Nach den Vorstellungen der Herren, die diese Verordnung erlassen haben, von der angeblich jetzt niemand etwas wissen will, vor allem nicht jene Politiker, über deren Schreibtische normalerweise solche Verordnungen wandern, können die arbeitslosen Kollegen jetzt bis zu 13 Wochen zu höchstens 68% ihres letzten Lohnes beschäftigt werden, wobei der Unternehmer auch diese 68 % nicht trägt, sondern das Arbeitsamt. Kostenlos kann er die Arbeiter für sich arbeiten lassen und der Arbeiter erhält noch nicht mal soviel Lohn, um seine Arbeitskraft wiederherstellen zu können. Die jetzt noch in Arbeit stehenden Kollegen stellen mit Recht die Frage, wann es soweit ist, daß auch wir rausgeschmissen werden, um sofort wieder zu 68 % aus Arbeitsamtsmitteln eingestellt zu werden?

Wir fordern die Gewerkschaften auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, die die Rücknahme dieser Anordnung erzwingen. Wir fordern 80 % Arbeitslosengeld während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit und Verwaltung der Arbeitsämter durch die Gewerkschaften. Wir fordern mehr Lohn als beste Solidarität mit den Arbeitslosen, denn danach wird ihr Arbeitslosengeld berechnet. Entscheidend für uns ist, daß die Arbeitslosen nicht mehr gegen uns ausgespielt werden können.

Zum ‚Guten Willen der Erwerbslosen' sei noch gesagt, daß sowohl Arbeitslose als auch Arbeiter einen sehr starken Willen haben können, wenn sie zusammenstehen!“

Neun Arbeiter des Bremer Vulkan haben bisher diesen Leserbrief unterschrieben, es werden noch Unterschriften gesammelt.

„Ich brauche das Auto, aber wie ich es bezahlen soll, weiß ich auch nicht mehr“.

„Ich brauche das Auto, aber wie ich es bezahlen soll, weiß ich auch nicht mehr“.

Ein Auto kann ich mir nicht leisten. Ich arbeite als Kraftfahrer in einer Flensburger Autoteilegroßhandlung. Ein Auto könnte ich ganz gut gebrauchen. Zur Arbeit kann ich noch zu Fuß gehen, das sind 15 Minuten. Aber alles andere ohne Auto ist Krampf. Willst du mal in die Stadt, mußt du ziemlich lange auf den Bus warten. Nach 20 Uhr sieht es ganz schlecht aus. Wenn du aus dem Kino kommst, oder aus der Diskothek, mußt du entweder ein Taxi nehmen oder zu Fuß gehen, Busse fahren dann nämlich nicht mehr. Freunde besuchen, die am Ende der Stadt oder auf dem Dorf wohnen, ist ganz schwierig. Du kommst schneller nach Kiel oder Hamburg mit dem Zug.

Ich könnte also schon ein Auto gebrauchen, ich kann mir aber keines leisten. Ich verdiene etwa 900 DM netto monatlich, was bei uns im Betrieb der Durchschnitt ist. Ich bezahle 200 DM Miete ohne Nebenkosten. Dann muß ich 100 DM monatlich Schulden abbezahlen. Bleiben noch 600 DM für alles weitere. Da ist ein Auto nicht mehr drin. Ich habe das ganz genau durchgerechnet. Im Oktober 1976 kaufte ich mir einen VW 1 300, Baujahr 1967, für 600 DM. An Steuer und Teilkaskoversicherung kostete der mich 59,40 DM monatlich. Folgende Reparaturen mußte ich machen:

neuer Lenkungsdämpfer: 40 DM

Vergasereinstellung, Zündkerzen, Zündkontakte: 50 DM

Im April brachen dann die Kolbenringe, Motor im Arsch, Reparatur lohnt nicht, also verschrotten. Monatlich kostete mich das Auto also 130,40 DM ohne Benzin, Öl und Anschaffungskosten, obwohl ich die Ersatzteile zu Großhandelspreisen bekommen und das meiste selbst gemacht habe. Ein Auto liegt bei dem Lohn nicht drin. Das geht nicht nur mir allein so. Wir sind 16 Arbeiter und Angestellte im Betrieb. Davon haben nur sieben ein Auto. Die meisten auch nur, weil die Frau mitarbeitet.

„Autofahren ist ein teurer Spaß“, diesen Spruch kennt wohl jeder. Für die Arbeiter und Angestellten ist aber Autofahren wohl eher eine teure Notwendigkeit. „Ohne Auto kommt man heute nicht mehr weg. Der Weg zur Arbeit wird immer weiter. Züge und Busse fahren ja kaum noch“, sagte ein Kollege, den ich zu diesem Thema befragte. Er rechnet für seinen Golf bei einer jährlichen Kilometerleistung von 25 000 km 400 DM Kosten Abzahlung inclusive im Monat. Viele versuchen, die Kosten durch Halten älterer Autos zu drücken. Das schleswig-holsteinische KFZ-Handwerk beklagte in seinen jüngsten Veröffentlichungen immer wieder, daß infolge der durch die Wirtschaftskrise eingetretenen Einkommenseinbußen, viele KFZ-Halter fällige Reparaturen hinausschieben. Dazu befragte ich in den letzten Tagen mehrere KFZ-Schlosser.

Folgende Antworten waren typisch: „Immer mehr Leute machen sich selbst an ihrem Auto zu schaffen. Die Werkstätten sind denen zu teuer.“ „Von drei Autos, die bei uns kommen, dürften wir eines eigentlich nicht mehr rauslassen, meistens weil die Bremsen nicht mehr in Ordnung sind“, sagte einer, der in einer als preiswert bekannten Werkstatt arbeitet. „Die Autos werden immer schlechter, sieh Dir mal Blech und Vorderachse beim Golf an, und dann beim Käfer. Heute ist alles viel mehr auf Verschleiß als früher.“ – (Bezirk Flensburg/Westküste)

KFZ-Versicherung: Kapitalanlagen wachsen trotz „Verlust“

Anfang des Jahres sind die Versicherungsprämien für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen zwischen 3,7 und 6,7 % erhöht worden. Die Versicherungskapitalisten behaupten, das sei geschehen, weil sie im letzten Jahr fast eine halbe Milliarde Defizit gemacht hätten in der Kraftfahrzeugversicherung.

Über die relativ kleine „Aachener Rückversicherungsgesellschaft“ die Muttergesellschaft der „Aachener und Münchener Versicherung“, heißt es in der „Wirtschaftswoche“:

„Dagegen summierten sich die Verluste in der Kfz-Versicherung auf 2,6 Millionen Mark.“

Doch gleich darauf im nächsten Absatz:

„Um so erfolgreicher operierten die Vermögensverwalter der Aachener Versicherer. Aus den um zehn Prozent auf 221,5 Millionen Mark gestiegenen Kapitalanlagen erzielten sie Erträge von 25,6 Millionen Mark oder 48 % mehr als im Vorjahr“

Eine wirkliche Freude für die Aktionäre der „Aachener Rückversicherungsgesellschaft“. Sie haben eine Dividende von 18 % erhalten. Ihre Gesellschaft hat zur Erzielung von 25,6 Millionen Profit 221,5 Millionen DM zur Verfügung gehabt, die *sie* vorher nicht hatten.

Die Schadens- und Haftpflichtversicherungen sind wie die Sozialversicherungen gigantische Instrumente der Verwandlung vieler einzelner zersplitterter Summen aus Lohngeldern in Kapital, unter Verfügung und profitabel für das Finanzkapital.

1970 bereits machten die Kapitalanlagen der Versicherungen mit 86,8 Milliarden DM 10,4% aller Geldvermögen außerhalb des Bankensystems aus. 1975 waren es bereits 156,4 Milliarden DM. Die Kraftfahrzeug-Versicherung bringt mit Jahreseinnahmen von 10,3 Milliarden DM (im Jahr 1975) einen großen Teil der so profitbringend genutzten Kapitalsummen herein.

Autounfälle sind nicht einfach *da*. Sie haben Ursachen. Zum Beispiel in Übermüdung des Fahrers, wenn er 50 km von der Arbeit nach Hause fahren muß, weil er keinen Ausbeuter in der Nähe findet. Oder in Akkord- und Nachtarbeit der LKW-Fahrer. Oder in Gestalt von halb defekten Autos, die wegen des niedrigen Lohns nicht sofort oder nicht richtig repariert werden können. Unfälle sind Folgen der Profitwirtschaft, sind Folgen der Fesselung der Produktivkräfte durch die kapitalistische Produktionsweise.

Die bürgerliche Gesellschaft hat die Geschäftsform der Konkurrenz und macht den „einzelnen“ verantwortlich, wenn es zu solchen Folgen ihrer Existenz kommt. Weil aber der Kapitalist sieht, daß er von einem „schadenverursachenden“ VW-Fahrer, sofern dieser Arbeiter ist, die Kosten für seinen zerstörten LKW *nie* erhalten *kann*, wenn dieser sie erarbeiten müßte, wird er in der Frage der Haftung zum glühenden Verfechter des „Kollektivismus“ und des „Zwangs“ in Gestalt der Haft*pflicht*. Sie ist auch nötig, sagt sich der Kapitalist, um die Folgen von Unfällen unter den Arbeitern zu regeln.

Damit bei eventueller Zerstörung von Arbeitskraft oder von Reproduktionsmitteln nicht der bürgerliche Staat oder die Kapitalisten direkt mit Kosten belastet würden.

Vor allem hat sie segensreiche Wirkungen auf den Kapitalmarkt, wie beschrieben. Daneben versichert der Kapitalist seine LKWs auf Kosten der PKW-Besitzer billig mit. Die Versicherungskapitalisten sind bemüht, diese Wirkungen weiter zu entfalten und wettern gegen die „schlechte Schadensentwicklung“. Vor dem „Deutschen Verein für Versicherungswissenschaften“ erklärte ein Professor Mahr, „es entwickele sich eine Tendenz abnehmender Grenzmoral im Bereich zwischen legitimer und illegitimer Inanspruchnahme von Versicherungen“. Die Massen betrügen, sagt der Professor, und darum müssen wir die Beiträge erhöhen. Tatsächlich verhält es sich so, daß es um jeden Pfennig zu zahlenden Schadenersatzes oft wochenlange Rangeleien mit den Versicherungen gibt. Wie die Sozialversicherungen werden auch die Kraftfahrzeugversicherungen zunehmend Polizeispitzelanstalten. – (Z-Red.)

BASF: Planmäßig wollen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Streik der Chemiearbeiter in die Niederlage führen.

Ohne Zusammenschluß für 170 DM kann die Spaltung der Arbeiter nicht überwunden werden / Sitzstreik von 200 Jugendlichen vor einem Werkstor / Warnstreik und Demonstration von 8 000 Arbeitern

Ludwigshafen. Ungefähr 8 000 Arbeiter und Angestellte aus der BASF haben am Freitag, den 3. Juni einen 2-stündigen Warnstreik, Demonstration und Kundgebung gemacht. Um 11 Uhr wurde auf der Vertrauensleuteversammlung der Beschluß dazu gefaßt und um 13 Uhr waren die 8 000 auf der Straße. Weil der Kampf unausweichlich ist, ist das gelungen.

Unausweichlich ist der Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, kleinlichste Schikane und Unterdrückung im Betrieb. Wo an der Palatal-Produktion sonst 7 Kessel gefahren werden, sind es jetzt 10, bei der gleichen Belegschaftsstärke. Wo in einer Abteilung (Salze) vorher 17 Waggons beladen wurden, sollten es jetzt 18 sein. Unerträglich die Arbeitshetze: 25 Säcke zu je 50 kg aufladen pro Minute bei 3 Arbeitern im Gruppenakkord. Den 18. Waggon haben die Arbeiter verweigert. Überstunden werden gemacht – in den letzten Wochen zum Teil bis 20.30 Uhr. Im ganzen Werk werden die Anlagen voll ausgefahren, das heißt herumhetzen für die Arbeiter, mehr Reparaturen für die Handwerker, auch die Lehrlinge werden als volle Arbeitskraft für Stunden eingesetzt.

Die Lehrlinge waren es auch, die sich als erste auflehnten, gegen die dauernde Schikane und Bespitzelung, gerade jetzt im Tarifkampf. Weil am Tor neben der Lehrwerkstatt Kameras angebracht wurden, um alle Bewegungen unter den Arbeitern kontrollieren zu können bei einem Streik, blockierten am Donnerstag über 200 Lehrlinge die Einfahrt des Tores.

Inzwischen sind Waggons voll Lebensmittel, Feldbetten, sauberen blauen Arbeitsanzügen für Akademiker ins Werk geschafft worden. Die Doktoren werden in der Produktion „angelernt" und die Werksleitung hat sich bereits Schlafwagen für sie ins Werk bestellt. Für die Streikbrecher wurden Schiffe angemietet, um sie über den Rhein einzuschleusen.

Kampfaktionen der Arbeiter und Angestellten und der Lehrlinge auf der einen Seite – trotzdem immer frechere Angriffe der Kapitalisten auf der anderen – wie kommt es dazu?

Planmäßig haben der Bezirksleiter Schweitzer und die Verwaltungsstelle, die Sozialdemokraten und Revisionisten verhindert, daß sich die Fronten klar herausbilden, die Streikfront der Arbeiter zum Stehen kommt. Einen tiefen Keil haben sie mit der 9,5 Prozent-Forderung zwischen die Arbeiter in den einzelnen Lohngruppen getrieben, das war ihre „Grundlage". Den ganzen April wurden die Verhandlungen verschleppt, und seit dem Scheitern der Schlichtung ist inzwischen schon wieder ein Monat vergangen. Zur Urabstimmung hatten die Sozialdemokraten aufgefordert: „Stimmt mit JA" und dazugesagt: zum Streik wird es schon nicht kommen. Die Kapitalisten werden verhandeln, wenn wir nur zeigen, daß wir stark sind.

83,4 Prozent in der BASF haben so für Streik gestimmt.

Seit der Urabstimmung sind 14 Tage vergangen. „Bloß keine wilden Streiks!", „Folgt Eurer Streikleitung!" hieß es zuerst, „Nach Pfingsten wird gestreikt.", Als Vogel die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und den Kapitalistenverband zu einem Informationsgespräch eingeladen hat und als Ehrenberg seine „Vermittlung" angeboten hat, um mit den Kapitalisten und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zusammen die Unterdrückung des Kampfes der Chemie-Arbeiter zu betreiben, haben die Sozialdemokraten gesagt: „Mittwoch oder Donnerstag", dann „am Freitag geht es los". Jetzt ist der Streikbeginn auf Montag, 0.00 Uhr festgelegt – falls in den Verhandlungen nicht abgeschlossen wird.

Wenn trotz all dieser Manöver 8.000 am Freitag auf der Straße waren, zeigt das die Kraft in Richtung Streik, die in der Belegschaft vorhanden ist. Noch ist diese Kraft gefesselt, das macht die Kapitalisten stark. Entfalten kann sie sich, wenn Einheit hergestellt wird: Unser Streikziel sind die 170 DM. Die BASF-Zelle des KBW ist von Anfang an dafür eingetreten, sich diese Grundlage zu schaffen, um den Kampf führen zu können und erfolgreich führen zu können. Das hat breite Zustimmung gefunden und die Aufkleber „Ja zum Streik – DM 170 für alle gleich!" wurden von den Arbeitern und den Genossen im gesamten Betrieb geklebt. Zustimmung allein aber reicht nicht. Beschlüsse sind notwendig auf Abteilungsebene für Streik für 170,-- DM.

Beschlüsse, denen sich dann andere Abteilungen anschließen können. Die Sozialdemokraten schießen wie wild gegen diese Forderung. Die Geschäftsleitung antwortet mit brutaler Unterdrückung auf alle Aktionen und auf alle Schritte zum Zusammenschluß der Arbeiter. Sie fürchten die Einheit der Arbeiter und die Kraft, die in dieser Einheit liegt.

Gegen diesen Druck muß die Einheit hergestellt werden für 170 DM. Diese Aufgabe stellt sich jeden Tag dringlicher, weil auf der Hand liegt, daß es so nicht weitergehen kann, und daß man die Lage in diesem Kampf dringend ändern, die Spaltung überwinden muß. Das geht nur, wenn man die Forderung ändert und die Forderung nach 170 DM erhebt, für die man streiken und für die man den Streik gewinnen kann.

Den ersten Schritt im Kampf gegen die Kapitalisten haben die Lehrlinge mit ihrem Sitzstreik gemacht. Sie haben sich direkt vor die Kameras gesetzt am Tor. Was sollte die Werksleitung auch machen. Ihr ganz fein ausgeklügeltes Fernseh-Spitzel-System – wie lächerlich ist es, wenn auch nur 200 Lehrlinge sich einig sind, es nicht zu beachten! Wie lächerlich ist es, wie lächerlich die ganzen Maßnahmen der Kapitalisten, stehen erst 1 000, 10 000, 20 000 vor den Toren im Streik! „Die Lehrlinge haben die Erfahrung, daß die Einheit sie stark macht – und diese Erfahrung haben sie genutzt für diese Aktion." haben wir im Kommentar zum letzten „Chemiearbeiter-Nachrichtendienst" geschrieben, der jetzt täglich herauskommt.

Für die Belegschaft ist das jetzt entscheidend: Einheit herzustellen, sich auf ein gemeinsames Streikziel, 170 DM zu einigen, um kampfstark in den Streik zu gehen. Für die Kapitalisten besteht kein anderer Grund, von ihrem bisherigen Angebot abzugehen, als der, daß dieser Schritt der Belegschaft möglich ist und jeder Streiktag ihn um so notwendiger macht. Ist erst die Führung, ist die Fesselung durch die Sozialdemokraten abgeworfen, dann wird sich die Kraft der Arbeiter im Zusammenschluß und Kampf entwickeln und entfalten. Schon jetzt, beim Warnstreik war es auffällig, daß neue Schichten einbezogen wurden in den Streik: auffallend viele Frauen haben sich beteiligt, die in den unteren und mittleren Lohngruppen beschäftigt sind. – (BASF-Zelle, Bezirk Rheinhessen-Pfalz)



Kein Geld für Kleider und Schuhe

In einem Schaubild „Favoriten der Haushaltskasse" teilt die „Welt der Arbeit", das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, mit, daß 1976 Kleidung und Schuhe in den Haushalten der Arbeiterfamilien „wenig Interesse" gefunden hätten. In einem „4-Personenhaushalt mit mittlerem Einkommen" ist der Verbrauch um 0,6 % zurückgegangen. Berücksichtigt man die Preissteigerungen, dann sind tatsächlich *5 bis 6 % weniger Kleider und Schuhe* gekauft worden.

„Favoriten der Haushaltskasse", „wenig Interesse" – man möchte diesen Burschen, die sich von gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträgen durchfressen, links und rechts eine geben. Als wäre es nicht der Lohnabbau, den die Sozialdemokraten in den Tarifabschlüssen ausgehandelt und durchgesetzt haben, wodurch den Arbeiterfamilien das Geld fehlt, um auch nur für die verschlissene Kleidung *Ersatz* zu kaufen. Seit April dieses Jahres sind die Verkäufe von Textilien und Schuhen noch weiter zurückgegangen – genau seit klar ist, daß die neuen Tarife weitere Lohnsenkung bedeuten. Für das laufende Jahr rechnen die Textilkapitalisten sogar mit einem Rückgang der Aufträge um 10 %!

Man muß nicht denken, die Kapitalisten wären unglücklich darüber. Wenn es in den Arbeiterfamilien schon zur Gewohnheit wird, daß man gerade das Notwendigste zum Anziehen hat, dann kann man die Löhne weiter senken. Und wozu braucht ein Arbeitsloser überhaupt eine neue Hose? Der soll um Arbeit bitten und betteln gehn. So wollen sie's haben. Die großen Textilkapitalisten, die den Markt beherrschen, sind auch nicht unglücklich. Alle haben sie 1976 fette Profite eingestrichen. Sie erhöhen die Ausbeutung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen ins Uferlose. Sie verschlechtern systematisch die Qualität. Der Anteil der Lohnkosten pro Jeanshose zum Beispiel ist schon auf weniger als ein Viertel gesenkt, über die Hälfte der Kosten machen Stoff und Garn aus. Klar, daß die Devise der Profitjäger heißt: möglichst billiges Material modisch verpacken und an den Mann bringen. Je schneller kaputt, um so schneller muß Ersatz beschafft werden. Um so besser können die Preise hochgetrieben werden. Anfang 1977 werden für Kleider und Schuhe im Schnitt 6,2 % mehr als im Vorjahr verlangt. Die Kapitalisten können das, weil die Lohnabhängigen sich schließlich doch, wenn die Bluse ausgebleicht, die Hose speckig, die Nähte dauernd aufgerissen, die Sohle vom Schuh los ist, sich Ersatz beschaffen müssen. Wie sie „den Markt ausschöpfen", zeigt schlagend das Beispiel der Damenröcke. In den letzten Jahren haben die Frauen immer mehr Hosen getragen, weil man sie zu allen Tages- und Jahreszeiten und bei allen Gelegenheiten anziehen kann. Die Kapitalisten haben die Preise kräftig getrieben, man denke an die Jeanshosen. Steinalt kaufen die Frauen öfter wieder Röcke. Aber entweder Hose *oder* Rock. Seitdem haben die Kapitalisten die Preise für Röcke hochgetrieben, 1976 über 10 %, so daß sie jetzt fast genauso viel wie eine Hose kosten.

Celle. Geplante Massenentlassungen bei XOX Nabisco. Insgesamt 900 Arbeiter und Angestellte sollen durch die Stillegung der Werke in Celle und Kleve (Niederrhein) auf die Straße gesetzt werden. XOX Nabisco ist der größte Kekshersteller der Welt. Die Werke, die stillgelegt werden sollen, drücken durch die Überproduktionskrise auf den Profit der Nabisco-Kapitalisten. Auf Kosten der Arbeiter soll diese Krise überwunden werden.

1964 hatte Nabisco für 20 Millionen DM die Harry Trüller Werke aufgekauft, mit Massenentlassungen verbunden. Die imperialistische Konkurrenz zwingt die Nabisco-Kapitalisten jetzt, diese beiden Werke stillzulegen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Düsseldorf. Über das „schlechteste Geschäftsjahr seit der Währungsreform" jammert der Warenhauskonzern **Horten** zur Vorlage der Bilanz 1976. Erstmals ist der Umsatz pro Beschäftigten nur um nicht einmal 2 % gestiegen, berechnet auf die Verkaufsfläche sogar zurückgegangen. Die Verelendung wachsender Teile der Lohnabhängigen ist den Warenhauskonzernen auf den Umsatz geschlagen. Besonders der Verkauf von Textilien ist zurückgegangen: In den arbeitenden Klassen werden erst mal die alten Sachen aufgetragen. Der Umsatzrückgang verschärft die Konkurrenz zwischen den Warenhauskonzernen: Neckermann hat Karstadt schon geschluckt. Durch verschärfte Rationalisierung und Lohndrückerei versucht das große Handelskapital sich in der Konkurrenz zu behaupten. Angesichts der Hungerlöhne im Handel höhnt Horten: „Es sei lohnintensiven Unternehmen nicht mehr möglich, den Mitarbeitern eine angemessene Entwicklung ihrer privat verfügbaren Einkommen zu sichern". (Handelsblatt, 2.6.77)Also noch weiter runter mit den Löhnen, „angemessen" oder nicht. Zugleich soll die Arbeit weiter intensiviert werden. Bei unveränderter Verkaufsfläche ist das Personal bei Horten 1976 um 2,5 % gesenkt worden, im laufenden Jahr sind 5 % Personalabbau geplant. Im letzten Jahr sind selbst nach den offiziellen Angaben des Konzerns erkleckliche 5,4 % Profit gemacht worden. Den Handelskapitalisten ist das zu wenig.

Verschärfung der Ausbeutung in der Textilindustrie konnte durch Spaltung und auf Grundlage des niedrigen Lohns durchgesetzt werden

Eine Näherin der Textilfabrik Seriös Wilhelmshaven berichtet uns über ihre Erfahrung

„Früher haben wir auch Uniformen genäht bei Seriös, aber die Arbeit war nicht so schlimm wie heute", erzählte uns eine ältere Arbeiterin. „Warum nicht?" wollten wir wissen. „Nun, heute arbeiten wir im Einzelakkord. Bis 1960 haben wir am Band gearbeitet. Vom Zuschnitt bis zum Aufhängen der Uniform, alles wurde an einem Band gefertigt. Das Band verlief in Hufeisenform durch den Saal, die einzelnen Arbeitsgänge saßen nebeneinander. Wir bekamen jeder denselben Lohn. Stundenlohn, Akkord gab es damals noch nicht, plus 15 % Bandzulage. 1958 waren das um die 3 DM.

Weil wir alle denselben Lohn hatten, haben wir uns gegenseitig nicht angetrieben. Kam einer nicht mit, wurde abgestellt. Es passierte auch schon mal, daß ein kleines Zahnrad „kaputt ging" und schon stand das ganze Band still. Wir hatten auch jede Stunde unsere 5-Minuten-Pause, in der das Band stillstand, nicht wie heute, wo jeder an seiner Maschine weiterarbeitet. Natürlich versuchten sie auch damals anzutreiben. Zum Beispiel wurde nach jeder Lohnerhöhung das Band ein wenig schneller gestellt. Wir haben das aber immer sofort gemerkt und konnten uns leichter zur Wehr setzen."

„Warum wurde bei Seriös Einzelakkord eingeführt, und habt Ihr Euch dagegen gewehrt?", wollten wir wissen.

„Nein, gar nicht! Wir wollten in Einzelakkord, weil wir dachten, daß wir dann mehr Geld verdienen können. Am Anfang (Anfang der sechziger Jahre) war das auch so. Aber deshalb wurde das Band nicht abgeschafft. Mit Einzelakkord können sie viel mehr aus uns herausholen. Wir treiben uns jetzt gegenseitig an. Keiner soll auf die Lage vom anderen warten, weil man dann den Akkord nicht schafft. Wir arbeiten immer schneller, das Geld wird aber nicht mehr. Früher wurde sauberer gearbeitet. Heute kommen viele Teile aus der Abnahme wieder zur Änderung zurück. Manchmal bekommen wir ganze Lieferungen von den Abnehmern zurückgeschickt."

Umstellung des Produktionsablaufs und Einführung des Einzelakkords, ein Mittel zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Geschäftsleitung konnte es nur durchsetzen mit dem Versprechen auf mehr Lohn. Was sich hinterher erst als Schwindel herausstellte. Wir fragten, ob es bei Seriös noch andere Methoden gibt, mehr aus den Arbeitern herauszupressen.

Da ist zum Beispiel die Knopfannähmaschine. Sie ersetzt die Kettstichmaschine zum Knopfannähen. Das Neue daran ist, daß die Maschine Nadel und Faden führt und damit zwei Arbeitsgänge vereint: Knopfannähen und Umwickeln des Stiels. Dadurch werden zwei Näherinnen eingespart oder anders ausgedrückt, 12 000 DM Lohnkosten pro Jahr. Nur noch ein Arbeiter wird an der Maschine gebraucht. Sein Lohn ist aber nicht gestiegen. Oder es gibt seit längerem Nähmaschinen, bei denen man nicht mehr die Fäden abschneidet. Diese werden automatisch durch Pressluft getrennt. Ein Fußpedal zu bedienen geht eben schneller, als die Schere zur Hand zu nehmen. Alles keine Erleichterungen für den Arbeiter, sondern sie sind zur Verdichtung des Arbeitstages geschaffen worden, bedeuten mehr unentgeltliche Arbeit für den Kapitalisten.

Zur Zeit laufen die Verhandlungen für die Bekleidungsindustrie, nachdem in der Textilindustrie mit 6,8 % abgeschlossen wurde. Als Vorschlag steht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,4 %, bis zum 15.6. haben die Kapitalisten mit der Gewerkschaftsführung eine Erklärungsfrist vereinbart.

„Was meinst du zu dem 6,8 %-Tarifabschluß?" fragten wir eine Näherin. Ihre Antwort: „Ich komme im Akkord auf 9,50 DM, was viel ist für Seriös. Ich bin verheiratet, Lohnsteuerkarte V, habe keine Kinder. Mit der 6,8 %-Lohnerhöhung bekomme ich 65 Pfennig brutto die Stunde mehr.

Das macht im Monat 113 DM, bezogen auf 176 Arbeitsstunden. Jetzt schlägt die Steuerfalle der sozialdemokratischen Steuerreform zu. Von den 1 785 DM brutto Monatslohn gehen bei mir ab: 560 DM Sozialabgaben, 285,60 DM Lohnsteuer. Bleiben netto ganze 939,40 DM zum Leben, oder anders ausgedrückt: Von einer Lohnerhöhung von 113 DM brutto im Monat werden über die Hälfte abgezogen, bleiben netto noch 51,12 DM übrig."

„6,8 % reichen nicht. 1 DM pro Stunde ist schon richtig", meinte ein anderer Arbeiter. Ein Arbeiter hatte dies auch auf einer Gewerkschaftsversammlung am 11. Mai gefordert. „Eine Mark mehr Lohnerhöhung für pro Stunde", meinte er, „das würde für mich 124 DM netto bedeuten. Das können wir gebrauchen."

Hamburg. Schule Schottmüllerstraße: „Die Sechs wurde zurückgenommen"
In der Realschule 10 a der Schule Schottmüllerstraße mußte die Sechs für eine ganze Klasse zurückgezogen werden. Oberschulrat Harder persönlich hatte die ganze Klasse wegen „Leistungsverweigerung" der Englischarbeit kurzerhand mit Sechs zensiert.

Für diese Abendschulklasse haääte jede Verschlechterung der Noten die Suche nach einem Ausbildungsplatz erheblich erschwert. Trotz häufigem Lehrerwechsel war kurz vor den Zeugnissen im Fach Englisch eine Klassenarbeit angesetzt worden, in der alle bis dahin erlernten Grammatikkenntnisse geprüft und zensiert werden sollten. Die Schüler dieser Klasse R 10 a waren jedoch der Auffassung, daß die Arbeit viel zu spät angekündigt wurde und beschlossen deshalb, die Klassenarbeit zu verweigern. Eilig wurde am nächsten Tag eine Lehrerkonferenz einberufen und fünf Tage später verhängte der Oberschulrat für jeden Schüler eine Sechs, in der Hoffnung uns dann zu spalten, in solche, die dann hoffnungslos verloren, in solche, die es eben noch verkraften können usw.

Doch auch das zog nicht. Die Front der Schüler stand. Die Schülervertretung tagte, der Elternrat trat zusammen. Jetzt zog Oberschulrat Harder die Sechs zurück.

Westberlin. In der letzten KVZ hatten wir über die Resolution berichtet, mit der über 100 Schüler und 14 Eltern unterstützt hatten, daß die Lehrerin Huyoff an der 14. Grundschule in Kreuzberg keine Fünfen und Sechsen mehr gibt. Acht Beschäftigte aus dem Bezirksamt Kreuzberg haben mittlerweile ebenfalls durch eine Resolution die Haltung der Lehrerin und den Kampf der Schüler unterstützt. Auf diese Unterstützung antworteten die Schüler der Klasse 4a, in der Frau Huyoff Klassenlehrerin ist, mit einem Brief: „Liebe Jugendbeamte. Wir haben erfahren in Eurem Brief, daß Ihr uns unterstützen wollt. Und wir freuen uns sehr darüber. Wir versuchen uns gegen die Fünfen und Sechsen zu wehren. Wir haben ungefähr 100 Unterschriften gesammelt. Das ist am Ende vom Rektor Herr Zech verboten worden. Doch wir lassen uns von Schulbeamten nicht unterdrücken. Deswegen laden wir Sie herzlich ein, um mit Ihnen über die Fünfen und Sechsen reden zu können. Unsere Meinung ist: Weg mit dem Notensystem. Dieses Schulgesetz muß abgeschafft werden, denn die Kinder
muß abgeschafft werden, denn die Kinder
machen im Jahr ungefähr 15 000 Selbstmordversuche. Mit herzlichen Grüßen, die Klasse 4a."

Inzwischen kommt Unterstützung auch aus einem Kreuzberger Betrieb. Neun Beschäftigte der Firma Berthold in Kreuzberg schreiben in einem Brief an die Klasse, die Eltern und die anderen Lehrer der Schule unter anderem: „Wir wissen aus Erfahrung im Kollegenkreis, wie sehr durch die Noten die Konkurrenz geschürt und Druck auf die Schüler und ihre Eltern ausgeübt wird. Durch den enormen Leistungsdruck haben die Kinder und Jugendlichen keine Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Jugendliche mit schlechten Zensuren oder sogar Sonderschüler haben bestenfalls die Möglichkeit, Hilfsarbeiter zu werden, größtenteils bleiben sie jedoch arbeitslos. Dadurch eben funktioniert die Schule als Sortiermaschine für Arbeitskräfte. Die Fünfen und Sechsen sind wie die unteren Lohngruppen – dadurch werden Teile der Jugendlichen direkt ins Elend gedrückt, wenn sie die Schule verlassen haben.

Dagegen sind wir auch."

Referendare in Hamburg bereiten den Warnstreik vor.

Hamburg. Die Vertrauensleute der GEW Hamburg haben am 26.5. mit grosser Mehrheit beschlossen, Anfang Juni eine Urabstimmung für einen eintägigen Warnstreik durchzuführen, gegen die von der Bundesregierung geplanten Besoldungsverschlechterungen. Unmittelbar betroffen sind die Referendare, die Lehramtsanwärter. Für alle nach dem 31.8.1977 eingestellten Kollegen werden die Bezüge um 6,4 % gekürzt. Die Tariferhöhung von 5,3 % bekommen sie auch.
Realschulbereich wird im Herbst in den Schuldienst eingestellt.

Viele Referendare sind dagegen, daß die GEW - wie jetzt beschlossen - nur gegen die Besoldungskürzungen einen Warnstreik durchführen will und nicht auch für die Forderung nach Einstellung aller Lehrer mit voller Stundenzahl, weil es unter den Referendaren für diese Forderung eine große Einheit gibt und sie auch geeignet ist, die Einheit aller Lehrer herzustellen. Die Sozialdemokraten aber haben mit allen Mitteln dafür gekämpft, daß die Forderung nach Einstellung aller Lehrer nicht als Streikziel aufgestellt wird.

Die Vertretungskörperschaften der Referendare - Referendarausschuß und -vorstand – wenden sich jetzt mit einem Offenen Brief „an alle Hamburger Lehrer", wo herausgearbeitet wird, daß durch die „immer größere Zahl von arbeitslosen Lehrern ... die Voraussetzungen ... für den Angriff auf die Lehrerbesoldung insgesamt" geschaffen werden. Es wird dort weiterhin festgestellt, daß die schlechtere Lage der Lehramtsanwärter sich direkt auf die Arbeitsbedingungen auswirkt, weil Referendare gezwungen werden können, zusätzliche Arbeit zu übernehmen, die dann auf alle Lehrer ausgedehnt wird.

Fabrikarbeit der Frauen und Notenterror an den Schulen sollen die Arbeiterklasse unterdrücken

Eine wachsende, vom Ministerium festgelegte Stoffmenge muß bewältigt werden. Helfen Sie den Kindern bei den Schularbeiten, soviel Sie können." Das bekamen Eltern auf dem Elternabend zur Einschulung ihrer Kinder an einer Oldenburger Grundschule im Stadtteil Freienbrück zu hören. In diesem Stadtteil liegt die AEG-Motorenfabrik, rund 2 300 Beschäftigte, gut die Hälfte davon Frauen, überwiegend Akkordarbeiterinnen in den Lohngruppen 2 und 3. Für die ist der Ratschlag der Lehrerin zum Schulanfang wie ein frommer Spruch, d.h.: In Wirklichkeit geht's nicht. Selbst wenn die Mutter zu Hause ist, sind die Hausaufgaben ein Kreuz. Ein Vater, Dreher in der AEG, erzählte uns: „Wenn ich von der Arbeit nach Hause komme, muß ich erst mal eine Stunde auf die Couch, um wieder Mensch zu werden. Dann müssen die Schularbeiten mit den Kindern besprochen werden. Manchmal länger als eine Stunde. Das mußt du machen, wenn die Kinder weiterkommen sollen. In der Schule ist der Druck mit den Noten ja beinahe noch größer als die Arbeitshetze im Betrieb."

Jetzt vor den Zeugniskonferenzen wächst die Unsicherheit bei vielen Eltern. Blaue Briefe sind zum Teil schon gekommen. Die Eltern werden darauf hingewiesen, daß sie auch für die schlechten Noten verantwortlich sind.

Der Notendruck trifft also nicht nur die Schüler, sondern die ganze Familie. besonders die Frauen, weil sie in der Familie eine wesentliche Bedeutung in der Erziehung der Jugend haben. Die Belastung im Haushalt, im Produktionsprozeß und dann der Druck der Schule macht den Frauen zu schaffen.

Wie sieht es aber aus, wenn die Frau in der Fabrik arbeitet? Wir unterhielten uns mit einer Arbeiterin, alleinstehend, die Tochter in der 1. Grundschulklasse. Früher gab es bei der AEG eine Hausfrauenschicht von 8 Uhr bis 12.30 Uhr. Heute läuft die von 15.40 Uhr. bis 22.30 Uhr. Wenn überhaupt, wird die Beaufsichtigung der Schularbeiten da irgendwo eingezwängt. Die Normalschicht geht von 7 Uhr bis 15.40 Uhr. „Einziger Vorteil bei der AEG ist der frühe Feierabend", sagte die Kollegin dazu, „das schafft etwas Raum für die Kinder." Die Schule geht aber von morgens 10 vor 8 bis mittags. Was wird aus den Kindern? 2 Kindergärten sind da. Der katholische geht von viertel vor acht bis 12 Uhr und von viertel vor 2 bis 16.30 Uhr. Über die Mittagszeit müssen die Kinder nach Hause oder eben sonstwohin, wenn die Eltern arbeiten. Der evangelische ist ganztags von 6.30 Uhr bis 16.30 Uhr geöffnet. Den frühen Öffnungstermin haben die AEG-Arbeiter vor einigen Jahren über ihren Betriebsrat durchgesetzt. Davor, als die offizielle Öffnungszeit 7 Uhr war, da standen die Kinder besonders im Winter blaugefroren vor der Tür, und die Mütter kamen zu spät zur Arbeit, konnten manchmal erst um 7.30 Uhr oder 7.40 Uhr stempeln und mußten sich das Gemurre vom Meister über „schon wieder verschlafen" und ähnliches anhören.

Im evangelischen Kindergarten werden die Schulaufgaben beaufsichtigt. Umsonst ist nichts, der ganztägige Besuch kostet im Monat 118 DM. Außerdem nimmt der Kindergarten nur Kinder bis zum Alter von 10 Jahren auf. Danach können sie dort noch essen, werden aber nicht weiter betreut.

Wenn Arbeitzeit der Eltern und Öffnungszeit der Kindergärten nicht übereinstimmen, hängen die Kinder durch. Lauter Notlösungen müssen her: Großeltern, andere Verwandte, Nachbarn. Das Hin- und Herschieben der Kinder ist den Eltern ein Greuel.

„Es ist doch kein Wunder", sagt die Kollegin, „daß die Kinder da auf dumme Gedanken kommen. Bei uns in der Siedlung nimmt die Prügelei unter Jugendlichen und Kindern zu. Oder sie verziehen sich ins Grüne und rauchen Zigaretten, die zuhause stibitzt werden. Eine Nachbarin von mir verzichtet da lieber auf Geld von ihrer Arbeit. Sie hört mit der Arbeit auf, wenn ihr zweiter Sohn jetzt zur Schule kommt."

Elendige Verhältnisse sind das! Lohnverzicht, wo der Lohn so schon zu knapp ist, oder Vernachlässigung der Kinder, was bis zu deren Verwahrlosung führt. Dazwischen kann man sich nicht entscheiden.

Wir diskutieren mit der Arbeiterin über die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, in der alle Kinder theoretisch und praktisch in allen Hauptzweigen der Produktion ausgebildet werden sollen. „Was Besseres werden" – das muß heißen: nicht mit Fünfen und Sechsen ins Heer der Hilfsarbeiter gestoßen werden, nicht Anhängsel der Maschine sein, nicht für den Profit der Reichen schinden müssen, sondern Herr der Produktion werden, die Ausbeuterklasse stürzen und jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Auf diese Ziele hin muß in der Einheitsschule gelernt werden, wo Theorie und Praxis verbunden wird, wo der Unterricht ausgeht von den Erfahrungen und Interessen der arbeitenden Massen, und das Volk selbst die Kontrolle ausübt und nicht der Staat. Der gesamte Schulbesuch muß unentgeltlich sein, alle Schüler mit Nahrung, Kleidung, Lernmitteln auf Staatskosten versorgt werden. Und die Einheitsschule muß ganztags sein, die Erziehung kollektiv organisiert werden, weil all die Notlösungen wie Verwandte, Nachbarn usw. erstens nie gut funktionieren und zweitens trotz aller Anstengungen die produktiven Fähigkeiten der Kinder niemals voll zur Entfaltung bringen können. Die Kollegin ist noch mißtrauisch gegen die ganztägige Einheitsschule. „Dann sind die Kinder ja immerzu unter der Fuchtel der Lehrer, und wir haben gar keinen Einfluß mehr und nichts von den Kindern."

Mit diesen Lehrern wird die Arbeiterklasse dann auch nicht mehr auskommen, wenn die Arbeiterklasse selber über das Volksbildungswesen bestimmt und die Lehrer durch das Volk gewählt werden. Die Erziehung wird also durch die Arbeiterklasse bestimmt und zum großen Teil durch die Arbeiterklasse selber wahrgenommen werden. Denn der beste Lehrer für die Jugend ist die Arbeiterklasse. Von ihr kann die Jugend lernen, wie man für seine Rechte eintritt, von ihr lernt man auch die verschiedenen fachlichen Kenntnisse, um an den Kapitalisten seine Ware Arbeitskraft verkaufen zu können. Die Erziehung der Jugend, die jetzt der bürgerliche Staat bestimmt durch die Schulen und durch seine bürgerliche Ideologie, wird durch die Einheitsschule bekämpft und ein richtiges Mittel für alle Kinder der Arbeiterklasse geschaffen. – (AEG-Zelle Oldenburg, N-Red.)

Die Verschlechterung der gesundheitlichen Lage ist Folge der Verschärfung der Ausbeutung

Bei der Visite sagte kürzlich der Oberarzt auf einer chirurgischen Station der Medizinischen Hochschule Hannover zu einem Patienten, der infolge eines geplatzten Blutgefäßes im Gehirn eine lebensgefährliche Blutung erlitten hatte, er solle ja das Rauchen seinlassen. Denn davon habe er die Blutung bekommen.

So und so ähnlich wird von der bürgerlichen Medizin verbreitet, daß das Volk doch selbst an Krankheiten schuld sei, weil es so unvernünftig lebt und z.B. das Rauchen nicht sein läßt. Bei vier Patienten dieser Station, die im April und Mai mit Blutungen im Gehirn eingeliefert wurden, handelt es sich um Arbeiter. Sie hatten zu hohen Blutdruck und infolge dessen platzte bei ihnen ein Gefäß im Gehirn. Ursächlich ist also eine Erkrankung des Herzens bzw. des Kreislaufs.

Diese Erkrankungen nehmen an Bedeutung immer mehr zu. Waren 1968 noch 41,4 % aller Sterbefälle in Niedersachsen auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen, so sind es 1975 schon 47,7 %. Keineswegs handelt es sich hierbei um „Opfer des Wohlstands". In dem Maße, wie es den Kapitalisten gelingt, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu steigern, nehmen auch diese Krankheiten zu. 1971 stellte die Bayrische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin fest, daß Drei-Schicht-Arbeiter zu einem erheblichen Teil an Herzinfarkten und Magengeschwüren leiden. Aber die gesteigerte Ausbeutung findet ihren Ausdruck nicht nur in den steigenden Todesfällen bei Herzinfarkten. Insgesamt drückt sie auf die Lebenserwartung der Arbeiterklasse und des Volkes. 1960 starben in Niedersachsen von 100 000 Einwohnern im Alter von 15 – 45 Jahren 208,4 Männer. 1975 waren es bereits 219,5 oder 5,3 % mehr. Eine Untersuchung des Instituts für Sozialmedizin der MHH über Hannover zeigt, daß insbesondere der Bezirk Hannovers, der den höchsten Anteil an Arbeitern hat, auch die höchsten Sterblichkeitsraten bei Erkrankungen wie Lungenentzündung, Grippe, Leberzirrhose oder Lungenkrebs aufweist.

Die Kapitalisten trachten danach, aus den Arbeitern einen ständig steigenden Teil Mehrarbeit herauszupressen. Sei es durch Intensivierung der Arbeit oder die schlichte Verlängerung des Arbeitstages. So ist es ihnen in Niedersachsen gelungen, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter von 40,9 Std. im Jahr 1975 auf 42,4 Std. 1976 zu erhöhen. Aber gerade auch die Überstundenschinderei ist es, die die Gesundheit der Arbeiterklasse ruiniert. Bekannt ist, daß die Häufigkeit von Arbeitsunfällen mit zunehmender Dauer des Arbeitstages steigt. So kam es zu einem Anstieg der Arbeitsunfälle um 5,1 % von 1975 zu 1976.

Trotz des Arbeitslosenheeres war der Krankenstand bei den AOK'en Niedersachsens am 1.1.77 um 15 % höher als am 1.1.76. Man kann sicher sein, daß dies nur die Spitze des Eisbergs ist. Denn jeder Arbeiter wird es sich zweimal überlegen, sich krankzumelden, da er damit rechnen muß, arbeitslos zu werden. Viele Arbeiter gehen deshalb erst dann zum Arzt, wenn es gar nicht mehr anders geht. So z.B. ein Arbeiter, der durch einen Bandscheibenschaden starke Schmerzen, Lähmungen im Bein und Schwierigkeiten beim Wasserlassen bekam. Er mußte sofort in Krankenhaus, um operiert zu werden.

Aber das ist für viele Arbeiter, die es durch jahrelangen Verschleiß in der Produktion an der Bandscheibe haben, erst der Anfang.

So berichtete ein Patient der Neurochirurgie der MHH, daß er es seit 12 bis 14 Jahren an der Bandscheibe hat. Früher war er Verkaufsfahrer mit ca. 2 000 DM netto. Aufgrund der Erkrankung mußte er den Beruf wechseln, wegen der ständigen Erschütterungen bei der Fahrt. Jetzt arbeitet er als Schwerbeschädigter in einem Lagerbüro mit weniger als 1 500 DM netto. Zwar hat ihn das Landessozialamt mit 60 % Erwerbsfähigkeit eingestuft, aber eine Rente bekommt er nicht. Nur 100 DM im Monat hat er steuerfrei. Eine Rente würde er bekommen, wenn seine Bandscheibe als Berufskrankheit anerkannt wäre. So aber muß er nach der 2. Operation immer noch mit Schmerzen und Lähmungen im Bein hoffen, daß er noch ein paar Jahre arbeiten kann, damit er auf eine ausreichende Rente kommt.

Jeder Tag der kapitalistischen Profitproduktion kostet den Arbeitern Leben und Gesundheit. – (Zelle Medizinische Hochschule Hannover)

Mit der imperialistischen Bildungsreform kann es keine Versöhnung geben

Westberlin. Die Arbeiterklasse hat im vergangenen Jahr heftige Klassenkämpfe geführt. Teile der Lehrer haben sich mit diesen Kämpfen verbunden.

In dieser praktischen Verbindung der Lehrer mit der Arbeiterbewegung hat die Lehrerschaft auch ihre Kraft entwickelt, den Kampf gegen verstärkte Mehrarbeit, Lehrerarbeitslosigkeit und politische Unterdrückung gegen den staatlichen Dienstherrn besser zu führen. Immer waren diese Aktivitäten und Kämpfe der Lehrer eng mit dem Kampf um die Gewerkschaft verbunden, so daß sich die GEW eng mit den Gewerkschaften des DGB auf der Grundlage einer klassenbewußten Politik zusammenschließen konnte.

Auf neueste Anweisung der Dienstherrn nun kann jeder Lehrer jederzeit auf Grund der Beamtengesetze dienstverpflichtet werden, ohne Bezahlung und ohne Abbummeln der geleisteten Mehrstunden. Stundenpläne enthalten verstärkt Springstunden. Jedes Quartal haben alle Lehrer ihre Unterrichtspläne den Rektoren vorzulegen, die imperialistischen Bildungsrahmenpläne sind nicht Garant genug, die Indoktrination der Jugend durchzusetzen. Wöchentlich sollen die Klassenbücher durch die Schulaufsicht kontrolliert werden.

Auf Druck der Lehrermassen war der sozialdemokratische Landesvorstand mit Kujawa 1973 gezwungen, die Urabstimmung zwecks Streik für die volle Durchsetzung der 40-Stundenwoche durchzuführen. Als der Westberliner Senat mit Polizei gegen die Lehrer vorging, kapitulierte der Landesvorstand und verweigerte jegliche gewerkschaftliche Unterstützung für die Lehrer, die dennoch die Urabstimmung durchführten. So wurde die Bewegung in die Niederlage geführt. Dies war eine Ursache für den Sturz des Landesvorstands mit Kujawa Anfang des Jahres, wonach die Sozialdemokratie und die Revisionisten in die Spalter-„GEW im DGB" einzogen. Ein „linker" kommissarischer Vorstand wurde bestellt. Gegen die Spaltung rief er die Gerichte an. Den Kampf um die Gewerkschaftseinheit bekämpfte er am 1. Mai durch Organisierung einer Anti-DGB-Demonstration, durch wilde Unterdrückung der Forderung nach außerordentlicher Bundesvertreterversammlung und Revision des Ausschlusses. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse will er jetzt gegen die Genossen des KBW in der GEW anwenden. Diese Linie verfolgte er auch auf der Landesvertreterversammlung am 23./24.5. Die Haupt-Spaltungslinie unter den Lehrern ist die Frage: Vorbehaltlose Unterstützung der Kämpfe der Schuljugend oder Durchsetzung der imperialistischen Bildungsreform mit „Gegenschule", „Kinderschutzzentren", „Integrationskonzepten" in allen Alters- und Schulstufen. Die Spaltung verläuft in der GEW und im Spalterverband, in dem sich mittlerweile auch fortschrittliche Lehrer organisiert haben. Die Lehrer müssen mit der imperialistischen Bildungsideologie brechen, nur dann können sie auch für ihre Rechte kämpfen und sich durchsetzen gegen kapitalistische Rationalisierung und Lohnsenkung. In diesen Kämpfen und in der Politik der Aktionseinheit auch zu den Personalratswahlen im Herbst können sie die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes wieder erkämpfen und auf einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung durchsetzen. – (Bezirk Westberlin)

„Leute, die so leichtfertig handeln, müssen bestraft werden"

Sozialdemokratie betreibt Durchsetzung des § 218

Wo sich der Zwang zur Abtreibung verschärft und die Bourgeoisie mit Strafprozessen das Unterdrückungsgesetz 218 anwendet, verschärfen sich die Widersprüche bei den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft. Diejenigen, die mit der Fristenregelung versucht haben, die Bewegung für die ersatzlose Streichung des 218 zu spalten, entwicklen sich zu offenen Verfechtern der Strafverfolgung, natürlich wieder „um die Massen zu schützen", ein großer Teil erkennt angesichts der Strafverfolgung klarer, daß der Kampf für die Beseitigung des 218 gegen die sozialdemokratische Regierung und ihr Machwerk Beratungsstellen durchgesetzt werden muß.

In der Sozialstation Gallus in Frankfurt wurde der Vertrauensmann Michel – ein eingefleischter Sozialdemokrat – seine Frau ist ehemalige Stadtverordnete der SPD – aufgefordert, zum Strafgesetz 218 Stellung zu nehmen, das die herrschende Klasse jetzt mit einer Prozeßwelle durchsetzen will. Der Kerl ist Amtsvormund – Leiter eines Sachgebiets und gehört zur Dienstaufsicht. Da rauf gearbeitet hat er sich durch ideologische Beknieung der Belegschaft und erfolgreiche Antreiberei. Steht ein Berg von Arbeit an, der nicht zu schaffen ist, gibt er den Beschäftigten zu verstehen, das müsse an ihrer Dummheit liegen, wenn's nicht geschafft wird. Statt sich gegen die Arbeitshetze zusammenzuschließen, sollen die Lohnabhängigen sich einzeln unterwerfen. Das versucht Michel in „kollegialem Ton" durchzusetzen. Er gibt sich jung dynamisch – einfache Kleidung, etwas längeres Haar.

Vor zwei Jahren noch hatte dieser Staatsbüttel versucht, auf der Welle der spontanen Empörung gegen das Urteil des Bundesverfassungsgericht zu schwimmen. Damals haben viele Beschäftigte der Sozialstation mit ihrer Unterschrift die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt. Damals war der Amtsvormund „auch dagegen". Ein Jahr später hörte man ihn auch noch manchmal von ersatzloser Streichung des § 218 reden, aber seltener – er jonglierte mit der Fristenregelung als staatliche Beratung und Kontrolle vor ungezügelter Abtreibung.

Heute, befragt zur Verurteilung eines ehemaligen Medizinstudenten in Frankfurt wegen Abtreibung, an deren Folgen eine junge Frau gestorben war, hört man ihn sagen: „Leute, die so leichtfertig handeln, müssen bestraft werden." Die Entwicklung ist konsequent. Ohne die Staatskontrolle trieben die Frauen aus dem Volk noch bis zum siebten Monat und später ab, hat er gemeint. Der bürgerliche Staat als Hüter der Volksmassen vor ihrer eigenen Dummheit – so rechtfertigt Michel die Unterdrückung durch das Strafgesetz. Kontrolle und Bespitzelung muß sein – das sagt er heute nur offener als vor einem Jahr. „Staatliche Aufklärung sei nötig" über Verhütung und Hilfen, dann könne das „Randgruppenproblem" mit der Abtreibung gelöst werden. Solche Hilfe ist z.B. das neue Adoptionsrecht, das die Frauen aus dem Volk zwingen soll, Kinder auszutragen, um sie nachher zu verschachern an solche Leute wie den Michel selber, der eine durchgeführte Adoption als leuchtendes Beispiel hinstellt.

Für diesen Amtsbüttel ist die Aufzucht von Kindern kein Problem. Schmiererei und Antreiberei wird ja bekanntlich von der bürgerlichen Klasse gut honoriert. Die „Randgruppen", von denen der Kerl spricht, sind die Volksmassen, die durch Lohnraub und Verelendung zur Abtreibung gezwungen sind. Mit dem Lohnraubabschluß im Öffentlichen Dienst haben die Sozialdemokraten ja schließlich eifrig daran gearbeitet, daß sich das „Randgruppenproblem" noch verschärft. Als es um den Zusammenschluß gegen den Dienstherrn ging, stand Michel wieder „ganz vorn", um die Bewegung zu brechen. Da hat er Erfahrung. 200 DM müßten her – so sollte die Einheit für 170 DM zersetzt werden. Anschließend hat er weitere Debatten über den Lohnkampf unterdrückt. „Die Sache ist gelaufen, jetzt bringts nichts mehr", so Michel nach erfolgreicher Spaltungs- und Unterdrückungstätigkeit.

Nach dem durchgebrachten Lohnraubabschluß hat er die Massen auch noch verhöhnt. Eigentlich ginge es den Massen gut, schließlich sei der Umsatz bei Benz gestiegen. Für viele sei das ein Grund abzutreiben, weil sie von VW auf Mercedes umsteigen wollen. Der Zwang zur Abtreibung als persönliche Schuld, der Staat als Richter des Volkes – von solchen Vertretern in der Gewerkschaft müssen sich die Lohnabhängigen befreien.

Die verschärfte Anwendung des 218 verstärkt aber notwendig in den Reihen der Sozialdemokratie die Widersprüche. Bei der Elektronischen Fabrik Schöller in Frankfurt hat ein sozialdemokratischer Betriebsrat, noch vor einiger Zeit der Meinung, der Kampf gegen den 218 sei nicht so wichtig, für die ersatzlose Streichung des 218 gesprochen. Nach einer Debatte über die Prozesse sagte er: „Klar, der 218 ist ein Gesetz, das sich nur gegen die Arbeiter richtet." Bei einer Debatte in einem Druckbetrieb über die Aktionen des Komitees gegen die Prozesse und die Zwangsberatung, bei denen das Gericht und die Beratungsstelle besprüht wurden, unterstützte der sozialdemokratische Vertrauensmann diese Aktionen. Die Verankerung des Kampfes gegen den 218 in den Gewerkschaften wird die Widersprüche in den Reihen der Sozialdemokratie verschärfen. Bei der Masse der Lohnabhängigen, die nicht der Antreiberriege zuzählen und die keine ‚Mercedes-Benz-Probleme' haben, spricht alles dafür, sich von der sozialdemokratischen Ideologie zu lösen. – (d. m, Frankfurt/Mi-Red)

Unterdrückung – flächendeckend

Auf der Konferenz der Gesundheitsminister hat Oberministerin Antje Huber geklagt, die Handhabung des § 218 in der Praxis sei äussersst schwierig, man habe auch überhaupt nicht genügend Personal. Wie in allen Fragen schwanzdackeln die Jusos der SPD in der Regierung die Jusos hinterher. Wo die Sozialdemokratie allein gegen die kämpfenden Massen nicht mehr zurechtkommt, springen sie ein mit Spaltung über „linkes" und pfäffisches Gewäsch. Schikane, Entwürdigung, Entrechtung und Einleitung von strafrechtlicher Verfolgung duch die Zwangsberatung aufgrund des neuen § 218 preisen sie wie folgt:

„Ein wesentliches Ziel unserer Arbeit ist es, den Frauen persönlicher Gesprächspartner zu sein."

„... sind wir in der Lage, ganz konkrete Hilfen anzubieten."

„... wird die Beratung von einer Ärztin in vertraulicher Atmosphäre vorgenommen."

„nicht katholisch, zwanglos, in entspannter freier Atmosphäre." Das ganze fordern sie im „flächendeckenden Angebot".

(Zitate aus „Rotkielchen", Zeitung der Kieler Jusos und „Stadtteil aktuell" aus Hamburger Jusomache)

Itzehoe. Am 26.5. wurde vom Amtsgericht Itzehoe das Urteil im Prozeß gegen Johann Hüdepohl verkündet. Wegen „versuchter Sachbeschädigung" wurde er zu 180 DM Geldstrafe verurteilt. Er war am 30.10.76 zusammen mit tausenden anderen auf dem Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf gewesen und festgenommen worden. An den zwei vorangegangenen Prozeßtagen hatte der Staatsanwalt zuerst 800 DM wegen „schweren Hausfriedensbruchs" und dann 300 DM wegen Hausfriedensbruchs gefordert. Nachdem am ersten Verhandlungstag 60 Menschen, über 100 am zweiten und etwa 170 am dritten Prozeßtag sich vor dem Gericht versammelt und die Einstellung des Verfahrens gefordert hatten, mußte der Staatsanwalt den „Hausfriedensbruch" ganz fallen lassen. Der Richter hatte von vornherein einen viel zu kleinen Saal gewählt, am 26.5. hatte die Polizei das Gericht hermetisch abgeriegelt. Die 170 Versammelten führten trotz Behinderung durch die Polizei eine Demonstration in der Innenstadt durch, die bei der Bevölkerung auf Zustimmung stieß.

Die Post hat ihren Geschäftsbericht veröffentlicht. Rund 30 Mrd. DM hat der Umsatz betragen, der Profit 1,17 Mrd. DM (1075 0,629 Mrd. DM).

Das Defizit der vergangenen Jahre war „künstlich", denn die Post unterliegt der gesetzlichen Verpflichtung, jährlich eine Milliarde DM an die Staatskasse zu zahlen.

„Gewinn macht Gscheidle nicht froh. Post immer mehr Kostgänger des Telefons", schreibt das Handelsblatt vom 28.5. Den Profit hat die Post aus der gesteigerten Ausbeutung der Beschäftigten gezogen. Seit 1974 besteht Einstellungsstopp, Aushilfen, zum Beipiel zu Weihnachten werden kaum noch eingestellt. Die Beamten (60 % der Beschäftigten) werden durch das Beamtenrecht zu Überstunden gezwungen, die sie nur abbummeln dürfen und die nicht als Überstunden vergütet werden. Im Fernmeldebereich stieg das Verkehrsaufkommen von 1962 bis 1972 um 161,3%, der Personalbestand um 35,1 %. Im Postwesen stieg im gleichen Zeitraum das Verkehrsaufkommen um 13,9 %, der Personalbestand um 13,9 %.

Die Deutsche Bundespost hat in den Dienstleitungsbereichen ein weitgehendes Monopol, im Paketdienst konkurriert sie mit Privatkapitalisten. Hier will der Dienstherr ansetzen: Im Bereich der Brief- und Paketzustellung werden laufend Zählungen durchgeführt, um rauszufinden, welche Zustellbezirke vergrößert werden können. Um Verkehrsrückgänge „nachweisen" zu können, werden z.B. Massendrucksachen zurückgehalten bis die Zählung zu Ende ist.

Die Verteilung von Briefen und Paketen soll weiter automatisiert werden. Im Postamt 11 in Westberlin wurde eine neue Anlage aufgestellt, die Briefe automatisch in die richtige Richtung dreht, so daß die Anschrift auf einem Bildschirm projiziert werden kann. An den Bildschirmen sitzen Verteiler, die die notwendigen Eingaben machen, die mittels Codes auf die Briefe aufgedruckt werden. Danach werden die Briefe automatisch den Zustellämtern zugeordnet. Dadurch wurde die Arbeit gewaltig intensiviert, die Strapazen der Verteiler gesteigert. Gleichzeitig wird die Schichtarbeit ausgedehnt. Mehrere Westberliner Postämter mit Paketverteilung haben im Mai Nachtdienst eingeführt. Ausgegeben werden diese Maßnahmen als Arbeitsplatzsicherung, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit nicht gewährleistet ist und die Post erst mal beweisen muß, daß sie in der Lage ist, die Paketzustellung schnell, rationell und billig zu machen. Sie will das Monopol auf die Zustellung von Paketen haben unter 10 kg.

Das Ziel wird verfolgt. Die Pläne des bürgerlichen Staates rufen Widerstand hervor. Die Belegschaften organisieren den Widerstand.

Die Soldaten- und Reservistentage geben der Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" stärkere Schlagkraft



In Bremen führte der Kommunistische Jugendbund zur Vorbereitung des Soldaten- und Reservistentages in Hannover ein Geländespiel unter der Losung „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" durch. Bei diesem Geländespiel teilten sich die 60 Jugendlichen in Gruppen auf und wählten sich ihre Offiziere selber. Verschiedene Aufgaben mußten erfüllt werden, z.B. Überwindung eines Flusses, Krankentransport, Durchdringung eines feindlichen Gebietes. Als zum Schluß ein Luftgewehrschießen auf Smith-Söldner beginnen sollte, tauchten ca. 20 mit Maschinenpistolen bewaffnete Beamte des Mobilen Einsatz Kommandos auf. Es gelang ihnen, zwei Jugendliche zu verhaften und sie abzutransportieren. Als das MEK nach einer halben Stunde mit Polizei wiederkam, wurde ihnen geschlossen entgegengerufen: „Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf", „Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten". Das hatte Wirkung auf die einfachen Polizisten, einer kaufte die KVZ. Dem Einsatzleiter wurde gesagt, daß er genau wie jetzt ein Smith-Söldner, später am Baum aufgeknüpft wird. Daraufhin zogen das MEK und die Polizisten endgültig ab.



Während der Demonstration zur Propagierung und Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe wurden unter anderem von der Bezirksgruppe Hannover des KBW 2 695 DM an Spenden gesammelt.



Verschiedene Aktionen wurden beim Soldaten- und Reservistentag in Hannover durchgeführt. Außer Plakatekleben wurde zum Beispiel die „Windhukstraße" umbenannt in „Namibiastraße".



In den Bezirken wurde der Soldaten und Reservistentag und die Sammlung für „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" politisch vorbereitet.

Hannover. Der KJB Hannover hat innerhalb von zwei Monaten 1 000 DM für „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" auf Ständen, auf dem Flohmarkt, auf Veranstaltungen und in Diskussionen mit einzelnen Jugendlichen gesammelt. Viele Jugendliche haben gesagt, daß sie es richtig finden, was die Jugend Zimbabwes macht, um sich zu befreien, weil sie selber den Druck in der Schule satt haben oder aus dem Heim abgehauen sind.

Göttingen. Auf einem Examensfest Göttinger Wirtschaftsstudenten wurde ein kleines Stück der Büste von Melle's versteigert. 170 DM wurden gespendet für den Aufbau einer Landwirtschaftskooperative in Zimbabwe.

Westberlin. Die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" ist unter den Jugendlichen auf große Zustimmung gestoßen. In Westberlin hat der KJB 2 500 DM gesammelt. Eine Kindergruppe eines Spandauer Kindergartens hat ein Trainingscamp der Zanu gebastelt. Auf der Veranstaltung des Komitees Südliches Afrika mit Vertretern der ZANU wurde unter Leitung eines fünfjährigen Mädchens dieses Trainingscamp amerikanisch versteigert. 1 000 DM wurden auf diese Weise gespendet.

Bonn. Am 10./11. Juni tagt in Bonn der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag (WMFT). Dieses Gremium setzt sich zusammen aus den Dekanen der medizinischen Fachbereiche und hat die Aufgabe, die Politik der Regierung an diesen Fachbereichen in Zusammenarbeit mit ihr durchzusetzen. Vorsitzender ist Valentin (Erlangen), stellvertretende Vorsitzende sind: Poppe (Göttingen), Demling (Erlangen), Frick (München), Frik (Aachen), Kemper (Münster), Thews (Mainz) und Wagner (Homburg). Die Bundesgesundheitsministerin Frau Huber soll ebenfalls anwesend sein. Der Fachschaft Frankfurt wurde bekannt, daß das Dekanat der dortigen Fakultät an den Westdeutschen Medizinischen Fakultätentag (WMFT) folgenden Antrag gestellt hat: Entsprechend den Forderungen der VDS-Fachtagung Medizin gegen das Praktische Jahr (PJ) soll vom WMFT die gesetzliche Novellierung der Approbationsordnung für die Ausbildung der Ärzte von der Regierung verlangt werden mit Ausnahme der Forderung nach dem Recht auf freie politische Betätigung. Dies sei im Betriebsverfassungsgesetz nicht vorgesehen.

Die VDS-Fachtagung Medizin hat am 23.5.1977 den Beschluß gefaßt, daß während der Tagung des WMFT in Bonn eine zentrale Aktion durchgeführt werden soll. Das Sekretariat der Fachtagung schlägt den Fachschaften eine zentrale Kundgebung vor dem Tagungsort des WMFT in Bonn am Freitag, 16.00 Uhr, vor.

Bremen. Die Vollversammlung der Hochschule für Gestaltung Bremen hat am 31.5. folgende Resolution beschlossen: „Die VV verurteilt die Absetzung der VDS-MV durch den Zentralrat und fordert die schnellstmögliche Einberufung dieser VDS-MV."

Kiel. Den Studenten im Praktischen Jahr, die das Praktische Jahr drei Wochen lang boykottiert hatten (seit 1.4.77), daß heißt fast dem gesamten siebten Semester, wird jetzt massiv gedroht, daß sie nicht zum Examen zugelassen werden, weil sie ja drei Wochen gefehlt hätten. Laut Approbationsordnung dürfen die Studenten im Praktischen Jahr von den zwölf Monaten nur vier Wochen versäumen, sei es durch Krankheit, sei es, daß sie Urlaub machen oder sich aufs Examen vorbereiten. Ein Recht auf Urlaub haben sie nicht. Die Studenten fordern jetzt vom Dekanat, daß keine Maßnahmen gegen die Studenten getroffen werden, die sich am Boykott beteiligt haben.

Gegenwärtig entwickelt sich der Widerstand dagegen, daß keine Ausbildung stattfindet, sondern die Studenten herumstehen und ohne Anleitung nichts machen dürfen und können. In der Gynäkologie sind die Studenten zu Professor Semm gegangen und haben Unterricht gefordert. Nächste Woche Dienstag findet eine Semesterversammlung der PJ-Studenten statt, auf der beraten werden soll, wie die Streikfront wieder aufgebaut werden kann. Weiter treten die PJ-Studenten dafür ein, daß die Nacht- und Schichtdienste nur freiwillig sein dürfen und daß es für jeden Nachtdienst einen vollen Tag Freizeitausgleich geben muß. Der Chef der Neurochirurgie, der die Studenten mit ihrer Unterschrift zu einmal wöchentlich Nachtdienst verpflichten wollte, hat dies jetzt zunächst mündlich zurückgezogen.
jetzt zunächst mündlich zurückgezogen.

Hannover. Für die ca. 100 Studenten, die jetzt an der Medizinischen Hochschule Hannover mit dem letzten Drittel des Praktischen Jahrs begonnen haben, wird die Abhängigkeit von den Professoren jetzt deutlicher spürbar, nachdem zu Beginn des Praktischen Jahrs die Testatpflicht, wonach man 700 Testate für einzelne Tätigkeiten vorweisen muß, nicht zurückgeschlagen wurde.

Für diejenigen Studenten, die sich nicht sofort für jeden Handschlag auf Station oder im OP eine Unterschrift haben geben lassen, beginnt jetzt nach Ende des Abschnitts die Rennerei. Einige Stationsärzte setzen ihre Unterschrift großzügig auf den Bogen, andere wiederum sagen: Ach, ich kann mich gar nicht mehr daran erinnern, daß sie bei mir achtmal katheterisiert haben, da hätten sie gleich kommen müssen, so gibts nichts. Nicht die erforderliche Zahl Unterschriften haben, das heißt aber: Keinen Schein für diesen Abschnitt, die vier Monate noch mal machen, ein halbes Jahr später Prüfung, vielleicht kein Geld mehr, usw.

Göttingen. Ein Student, der zur Zeit in Göttingen in der Medizinischen Klinik das PJ absolviert, schreibt uns über seine Lage: „Meine soziale Lage stellt sich so dar, daß ich verheiratet bin und ein Kind habe. Das BAFöG wurde mir im letzten Frühjahr gestrichen, weil meine Mutter auch mitarbeiten muß, von meinen Eltern bekomme ich jetzt 50 DM Kindergeld, mehr können sie für mich nicht aufbringen. Meine Frau, die ebenfalls studiert, bekommt von ihren Eltern neben der Miete noch 300 DM. Davon kann man mit drei Personen nicht leben, das reicht gerade für die festen Kosten: Kinderkrippe, Strom, Wasser, Versicherungen, Benzin etc. Um den Lebensunterhalt zu gewährleisten, muß ich mindestens einmal die Woche als Wachstudent arbeiten, so kommen ca. 300 bis 350 DM zusammen, das reicht gerade für Lebensmittel. An Kleidung, Bücher, Spielsachen, Möbel oder gar Urlaub ist damit nicht zu denken. Mit dem, was wir von der Semesterferienarbeit erspart hatten, und was uns die Verwandten ab und zu zugesteckt haben, kommen wir jetzt auch nicht mehr weiter, so daß meine Frau, die mitten im Examen steht auch arbeiten muß."

Wer sich beugt, wird prompt in den Arsch getreten

Zu den Windungen des AStA Göttingen

Göttingen. Gegenüber dem Versuch der Reaktion, die Verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen, hat die Studentenbewegung in Göttingen in diesem Semester große Anstrengungen unternommen, um die gesetzliche Anerkennung der Fachschaften und des AStA als ausschließlich dem Willen der Studenten unterworfener Vertretung ihrer Interessen durchzusetzen. Der Kampf um das volle Koalitionsrecht ist der Inhalt des Kampfes um den AStA.

Zwei Vollversammlungen mit 3 000 bis 4 000 Studenten fanden statt. Drei Tage wurde gestreikt. Mehrere Demonstrationen haben Tausende gegen das Rektorat und die Staatsanwaltschaft durchgeführt.

Die Reaktionäre wissen, daß sie nur durchkommen, wenn die Studentenbewegung gespalten ist. Sie müssen spalten, um die Studentenbewegung daran zu hindern, im Kampf gegen die Entmündigung ihrer Vertretungsorgane den nächsten Schritt zu tun: Alle Vertretungsrechte der ASten gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat zu reklamieren. D.h.: Recht darauf, über die Bedingungen, die Bezahlung und die Dauer der Ausbildung selbständig gegenüber dem Staat Verträge abzuschließen. Unter der Führung der Opportunisten wird es nur Niederlagen für die Studentenbewegung in diesem Kampf geben. Der AStA der Universität Göttingen, in dem die KB (Nord)-Studenten die Mehrheit haben, hat nach Windungen und Wendungen am Mittwoch, dem 1. Juni, das Handtuch geworfen. Nachdem sie für ihre blamable Politik die VDS-Mitgliederversammlung wegen „psychologischer Solidarisierung" nach Göttingen verlegen wollten, haben sie auf der Konferenz der Fachschaftsräte folgende Kapitulationsschritte ausgegeben: „1. Öffentlichkeitsarbeit, 2. eventuell erneute Demonstration, 3. koordiniert in Niedersachsen, 4. Rundreise an andere Hochschulen, 5. Bundesweiter Kongreß in Göttingen. Zehn Jahre Studentenbewegung. Wo stehen wir jetzt? Dabei ist es wichtig, wenn Leute wie Heinrich Böll reden. Vor allem muß diskutiert werden das Konzept eines UStA e.V." (AStA-Vorsitzender)

Von Beginn an hat der AStA versucht, der Studentenbewegung eine Niederlagenstrategie aufzuzwingen. Die Stationen: Abstand vom „Buback-Nachruf" in den „Göttinger Nachrichten", der AStA-Zeitung, der prompte Arschtritt der Landesregierung nach dieser Verbeugung. Dann Klage über die Studenten, die „politisch nicht bewußt" seien. Die Kapitulation wird die Studentenbewegung nicht unterschreiben!
nicht unterschreiben!

Die Reaktionäre haben versucht, über den Artikel „Buback – ein Nachruf" die Spaltung zu betreiben. Die Opportunisten haben diesen Artikel bundesweit vertrieben. Zur Grundlage hat er den frömmelnden Pazifismus, der verankert werden soll: „Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt ... Dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches!" Vor allem soll die Ausbeuterklasse nicht arbeiten, ist die Predigt: „Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um." Was soll gemacht werden? „Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten, zum Beispiel, auf lange Sicht und Dauer." Ist das nicht biblisch? Gerade dieser fromme Pazifismus des Artikels in den „Göttinger Nachrichten" ist die Linie der Spaltung. Von den Jusos bis zum KB (Nord): Gewalt wird ausdrücklich abgelehnt. Gegen nichts stellen sich diese Prediger mehr als gegen die revolutionäre Gewalt der ausgebeuteten und besitzlosen Klassen gegen die ausbeutende und unterdrückende Klasse.

„Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?" Gut, daß wir herunter sind, „stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen". Gott ist kompetent, wer sonst? Die Studentenbewegung im Kampf gegen die Staatsgewalt an der Hochschule und im revolutionären Kampf an der Seite der Arbeiterbewegung zu entwaffnen ist der Zweck der Predigt.

600 bis 700 demonstrierten am 2.6. in Bremen gegen die Pläne der Bundesregierung und des Bremer Senats, bei den Auszubildenden im Öffentlichen Dienst den Lohn drastisch zu senken

Auf diesem Manöverboden operiert die Bourgeoisie und ruft nach Moral, Recht und Menschenrecht. Der KB (Nord) auch. Illusionen über die Bourgeoisherrschaft sollen verbreitet werden. Wenn die Kapitalisten „ein klares Wort gegen die Gewalt, für das Grundrecht auf Leben und Gesundheit fordern, bitte schön!!!" (KB (Nord) Göttingen) Sie zählen die Abweichungen der Bourgeoisie von dem mit ihr gemeinsamen Grundrecht auf. Die Bourgeoisie distanziere sich heuchlerisch von jeder Gewaltanwendung. Sie habe sich nicht von Gewalt distanziert bei Vietnam, Chile, Dregger usw. Die Jusos und der KB (Nord) schon. Sie
Jusos und der KB (Nord) schon. Sie
sind ehrliche Christen. Eine Resolution wollten sie der Vollversammlung in Göttingen am 11. Mai vorlegen, die sich ehrlich von der Gewalt distanziert. Die Jusos beklagen „unüberlegte Äußerungen" in den „Göttinger Nachrichten" (Resolution). Die Vollversammlung hatte etwas anderes beschlossen mit 3 200 Stimmen bei 4 000 Anwesenden. Die Vollversammlung erklärt: „. . . sie wendet sich entschieden gegen jede Einmischung des Staates und des Rektorats in die Angelegenheiten der Studentenschaft. (. . .) Wir brauchen eine starke Verfaßte Studentenschaft mit Politischem Mandat, um unsere Interessen und Rechte selbständig gegenüber dem Staat vertreten." Dafür wurde gestreikt.

Die Opportunisten geben sich nicht geschlagen. Sie wollten die Verbeugung. Dem Rektor haben sie auf seine Aufforderung eine Erklärung übergeben, in der sie ihm „Genüge getan haben". Schon immer seien sie gegen Gewalt gewesen. Gespalten haben sie die zweite Uni-Vollversammlung, die „Streikaussetzung" beschloß. Die Studenten seien dem „ideologischen Hammer" der Bourgeoisie nicht gewachsen, hieß es von der AStA-Kanzel. Illusionen über die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie wollen sie schaffen, geradeso über den Kampf für die Interessen der Studentenmassen, daß sie friedlich durchzusetzen sind, wenn die Reaktion doch – verdammt nochmal – vernünftig ist.

Sie war nicht. Sie hat am 27. Mai den AStA, zwei Druckereien, das KBW-Büro und 17 Wohnungen durchsucht. Für den 10. Juni hat das Rektorat den AStA ultimativ aufgefordert, für die Artikel in den „Göttinger Nachrichten", für Busfahrten nach Brokdorf das Geld aufzutreiben. Alle niedersächsischen ASten werden am 8./9.6. vom Landesrechnungshof aufgesucht, hat Albrecht angeordnet. Pestel im „Göttinger Tageblatt": „Kommt der AStA nicht zur Vernunft, werden wir die Daumenschrauben zudrehen."

Innerhalb kürzester Zeit versammeln sich 2 000 Studenten zur Demonstration unter der Forderung: „Gegen Polizei und Rektorat, für das politische Mandat!"

Auf der Linie des Buback-Artikels wird die Demonstration gespalten. Der KSB schlägt vor, zum AStA zu gehen.
KSB schlägt vor, zum AStA zu gehen.
„Zum AStA zu demonstrieren und die Sache dort auszutragen, geht nicht, denn da ist doch die Polizei." Was bedeutet die Gewalt von 2 000 politisch geeinten Studenten gegen 200 Polizisten. Der AStA distanziert sich von Gewalt. Aber, der Buback-Artikel hat eine zweite Seite. Die kleinbürgerliche Frömmelei kann ihre Kehrseite, die „klammheimliche Freude" (Göttinger Nachrichten) an (individuellen) Trotzreaktionen nicht verbergen.

„Wir bleiben solange auf den Schienen, friedlich, und blockieren den Zugverkehr, bis die Polizei den AStA räumt", riefen die Laufbahnpolitiker des KB (Nord) und einige „Gewaltfreie" der sogenannten Zeitschrift „Graswurzelrevolution".

Erneut ein für beide Seiten annehmbarer Kompromiß? Handelte es sich nur um die Scharlatane des KB (Nord), die sich deshalb in diesem Club zusammengetan haben, um sich ein Auskommen mit der Bourgeoisie zu suchen, es ginge noch an. 500 Studenten wurden zu Paaren von den Schienen getrieben, für einige bedeutete die Hoffnung auf Klassenversöhnung, die der KB (Nord) verbreitet, blutige Köpfe. Stolz werden sie von der Zeitschrift „Arbeiterkampf" vom 31. Mai unter dem Titel „Polizeiüberfall auf Göttinger AStA" vorgeführt, als Leute, die einem „brutalen Knüppeleinsatz" zum Opfer fielen. Sie werden von dieser Zeitschrift vorgeführt, um von der eigenen Urheberschaft und Verantwortung abzulenken.

„Man kann nichts durchsetzen gegen den Staat", schimpfen diese Pfaffen, die zum Bahnhof aufgerufen haben. Die Studenten sollen sich auf die Aufgabe des Kampfes um den AStA vorbereiten. Dem dient die Diskussion um die sogenannte Konzeption des UStA („Unabhängiger Studentenausschuß"). In Westberlin, wo die Opportunisten die Auflösung der Verfaßten Studentenschaft 1969 zu verantworten haben und wo dieses Vorhaben zuerst ausgekocht wurde, um den Kampf der Studenten für den Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft zu spalten, ist es bis heute nicht auf die Beine gekommen und zu drei Vierteln geplatzt. Jetzt wollen es die Opportunisten nach Westdeutschland einführen, um die Verfaßte Studentenschaft von innen zu zersetzen und aufzulösen. Ein Verein für „Linke" zu Diskussionszwecken über „Repression" und „APO" – das deckt sich mit den Interessen der Bourgeoisie und der Professoren, die Studenten gerne philosophieren zu lassen und zu schreien, wenn die Studenten beginnen, an ihren eigenen Ketten der materiellen Abhängigkeit zu rütteln.

Der Kommilitone Oppermann vom KB (Nord), der auch zum Bahnhof rief, meinte bei sogenannten „AE-Verhandlungen": „Man darf sowieso bei der Planung der zukünftigen Aktionen nicht von eng begrenzten materiellen Fragen ausgehen." Der Kommilitone ist im 18. Semester, nennt sich „links" und labt sich an den Pfründen seines Schwiegervaters Bruns, ehemaliger sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister und jetziger Landrat.

Für viele Studenten stellt sich allerdings die Frage, kann der bürgerliche Staat geschlagen werden? Er kann
dings die Frage, kann der bürgerliche Staat geschlagen werden? Er kann
nicht geschlagen werden im Vertrauen auf Leute, die das Gebetbuch aufschlagen und von der AStA-Kanzel die „Menschenrechte" verlesen. Er muß aber geschlagen werden. Denn der bürgerliche Staat startet verschiedene Angriffe. Die Untersuchung der Bücher der ASten auf Anweisung von Albrecht macht dies deutlich. Diese Untersuchungen können nicht hingenommen werden, sie müssen bekämpft werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Einheit der Studenten zu entfalten. – (Bezirk Südliches Niedersachsen)

BAFöG-Reform

Zwei typische Fälle

Hannover. Am letzen Donnerstag bekam ich eine Nachricht vom Studentenwerk – ein neuer BAFöG-Bescheid auf Grundlage der versprochenen Erhöhung vom April 77. Der Bescheid ist 200 DM weniger!

Wir sind zu Hause vier Kinder. Alle in der Ausbildung – zwei gehen zur Schule, zwei studieren. Das ergab für jeden Studenten ca. 330 DM BAFöG. 250 DM bekamen wir von zu Hause dazu. Das machte zusammen 580 DM. damit kam ich gerade aus.

300 DM für Essen und Miete.

80 DM für Strom, Heizung und Telefon im Monat.

200 DM für Taschengeld und Kleidung, das sind 50 DM in der Woche. Das war mein Haushaltsetat.

Nun hat mein Bruder aber im Mai seine Schule beendet und fällt laut BAFöG aus der Berechnung für die Förderung heraus. Das bedeutet für uns beiden Studierenden jeweils 200 DM weniger. Der Bescheid lautet: Ab Juni nur noch 119 DM, ganz auf Darlehen. Also habe ich knapp 370 DM im Monat zur Verfügung. Meine Eltern können mir nicht mehr geben, denn bei ihnen ändert sich nichts. Bis mein Bruder eine Lehrstelle antritt, liegt er ihnen auf der Tasche. Muß er gar zum 1. Juli zum Bund, sieht's für uns schlecht aus. Das BAFöG-Amt ist der Meinung, daß die Soldaten bei der Bundeswehr „genügend versorgt sind", deshalb werden Soldaten in der Berechnung nicht mit berücksichtigt. 165 DM Sold im Monat – welche Eltern unterstützen nicht ihren Sohn bei der Bundeswehr! Zumindest fährt er am Wochenende nach Hause, auch das kostet die Eltern. Bundeswehr bedeutet dann also weiterhin nur 119 DM Förderung. (KHG Hannover)

Hamburg. Ich bin Fachhochschüler. Ende des letzten Semesters (Februar) habe ich fristgerecht den neuen Antrag gestellt und dazu auch das Formblatt 9 ausgefüllt. Das war schon eine irre Lauferei, weil ich mir von den Dozenten erstmal die Zensuren und Unterschriften für die abgelegten Leistungsnachweise abholen mußte. Dann ging es mit dem ausgefüllten Formblatt 9 zu einem der beiden Dozenten am Fachbereich, die berechtigt sind, das Ding abzusegnen. Manches Mal vergeblich gelaufen, konnte ich dann den Antrag endlich abschicken.

Ein bis zwei Wochen später bekam ich einen Brief vom BAFöG-Amt. Nach einem Telefonat mußte ich hin. Es fehlte in einer Spalte die „4" für das vierte Semester und der Schulstempel. Statt mir nun das Formblatt wieder herauszurücken, bekam ich ein neues. Trotz Protest wurde mir das das unvollständige Formblatt nicht gegeben. Die Sachbearbeiterin meinte, das dürfe sie nicht.

Nun waren inzwischen Ferien. Kein Dozent war zu erreichen, das Büro in der Schule dicht, trotz vieler Bemühungen kein Erfolg. Anfang März, bei Semesterbeginn, lief ich sogleich zum BAFöG-Dozenten und ins Schulbüro. Dann sofort zum BAFöG-Amt und habe das Formblatt 9 abgegeben. Wiederum ein bis zwei Wochen später bekam ich ein erneutes Schreiben vom BAFöG-Amt. Wieder ein Telefonat und dann hin. Der Sachbearbeiter erklärte mir, daß ich die Frist (Ende des vierten Semesters) überschritten hätte und nun nachweisen müsse, daß dieses nicht mein Verschulden gewesen sei. Ich zeigte ihm das erste Formblatt 9 (das unvollständige) in meiner BAFöG-Akte. Nichts zu machen: Er hätte ja auch seine Vorschriften und jetzt würde alles sehr viel strenger gehandhabt.

Wutentbrannt nahm ich das zweite Formblatt 9 wieder mit. Wieder zur Schule: Dozent – nicht da. Wieder einen Tag verloren. Dann am nächsten Tag schrieb der Dozent auf das Formblatt, daß ich die Verzögerung nicht zu verantworten hätte. Wiederum zum BAFöG-Amt: Abgabe.

Inzwischen (seit Ende Februar) waren die Zahlungen eingestellt. Nun mußte ich zu den BAFöG-Schulden (über das Darlehen) auch noch meine Familie anpumpen, um leben zu können. Mein Vater ist Frührentner umd meine fünf Geschwister haben zum Teil Familien und auch kein Geld.

Dies ist kein Einzelfall, das habe ich jedes Mal bei den Diskussionen auf dem BAFöG-Amt erlebt. Besonders sind von der scharfen Abwendung des § 48 die Studenten der technischen Fachbereiche getroffen. Bei ihnen gibts bei Klausuren teilweise Durchfallquoten von über 80 %. (SSG Hamburg)

Hinter der Parlamentskulisse: Lebhafte Reformtätigkeit gegen die Soldaten

„Mit dem Gesetz soll die Möglichkeit eingeschränkt werden, daß Berufssoldaten, die als Soldaten ein Studium oder eine Fachausbildung erhalten haben, jederzeit eine Entlassung beantragen können."

So wird im Titelblatt der Gesetzvorlage die *Zielsetzung* der einen der drei Reformen umrissen, die in den letzten Wochen über die Bühne bzw. zum Anlaufen gebracht wurden. Traditionell klebt der Offizier, insbesondere der unteren Dienstgrade, an der Armee. Er hat nichts gelernt und kann seine Arbeitskraft anderweitig nicht verkaufen.

Da der Idiotismus in allen technischen Fragen die Brauchbarkeit insbesondere jener Dienstgrade, die direkt mit den Mannschaften in Berührung kommen, stark beeinträchtigt, indem diese Autoritätspersonen als Dämlacks dastehen, wird neuerdings ausgebildet.

Da besteht dann angesichts der langen Reihe von Demütigungen, mit denen die Laufbahn der Berufsoffiziere bis mindestens zum Hauptmann gepflastert ist, die erhebliche Gefahr, daß sich die „ausgebildeten" lieber auf den Arbeitsmarkt absetzen. Im Punkt „C" des Titelblattes, der von den „Alternativen" handeln sollte, steht deswegen auch militärisch kurz „*keine*". Die entscheidende Passage des Gesetzestextes selber lautet:

„Der Berufssoldat kann jederzeit seine Entlassung verlangen; so weit seine militärische Ausbildung jedoch mit einem Studium oder einer Fachausbildung verbunden war, jedoch erst nach einer sich daran anschließenden Dienstzeit, die der dreifachen Dauer des Studiums oder der Fachausbildung entspricht, längstens nach zehn Jahren."

Der lohnabhängige Abiturient oder Student, der mit der Ergreifung der Offizierslaufbahn seine Verwandlung aus einem Menschen in einen Depp unvorsichtig eingeleitet hat, findet sich seit diesem Parlamentsbeschluß als *Leibeigener*. Die *Maximalzeit* von zehn Jahren, die im Gesetz steht, bedeutet in der Praxis eine Minimalzeit, beginnt sie doch erst „nach Abschluß" der Ausbildung zu laufen.

Damit uns niemand Übertreibung vorwirft, zitieren wir die rührenden Worte, die der Herr de Terra von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu finden wußte:

„. . . bilden wir unsere Soldaten in einer Art und Weise aus, daß sie auch anderweitig *gut genutzt* werden können. Aber die Erfüllung der Aufgaben unserer Bundeswehr erfordert es, daß wir die Herren *auch behalten dürfen.* (. . .) Das in die Ausbildung investierte Kapital rechtfertigt es, auch diese Gruppen *länger zu nutzen.*"

Wird hier Leibeigenschaft beansprucht oder nicht? Bestimmt wird sich der Herr Hauptmann freuen, daß man auf Gutsherrenart von ihm spricht als von einer Zuchtsau, die aufgezogen wurde, damit genutzt wird, und die man erst dann ausgeschlachtet und zum Abdecker gibt, wenn sie nicht mehr ferkelt.

Da die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Perspektiven zuständig ist, weist der Abgeordnete Horn nach, daß dies Gesetz bedeutende hat:

„Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein *kleiner Schritt* dahin, Mißbrauch zu verhindern, die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr bei den Funktionsstellen zu garantieren und *auch dem Soldaten eine klare Ausbildungsplanung zu eröffnen* und damit zur *Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungsbereiches* in der Bundeswehr beizutragen."

Damit auch wirklich keiner an den nächsten Schritten sinnieren muß, die geplant sind, läßt sich der Vertreter der FDP-Fraktion, Ludewig, über die größeren Schritte aus, die diesem „kleinen Schritt" zu folgen hätten.

„Soweit aber jetzt und in absehbarer Zukunft *Auszubildende* als Soldaten Dienst tun, soweit Soldaten neben ihrer militärischen auch eine zivil anwendbare *Ausbildung erhalten* –, dafür, so sagte ich schon, hat sich die FDP bereits seit Jahren eingesetzt –, muß die Bundeswehr vor einer *Ausdünnung* an ausgebildeten Fachkräften bewahrt werden."

Mit dieser reif erwogenen Ausführung ist festgestellt, daß sich der imperialistische Staatsapparat aus jeder Art von Ausbildung ein Leibeigenschaftsverhältnis herleitet. Jubel in der Bourgeoispresse: „Ausbildung abdienen"!

„Die politische Bedeutung ist mit diesen wenigen Worten hoffentlich ausreichend unterstrichen."

Sehr wahr!, um im parlamentarischen Jargon zu bleiben, denn durch diese Reform wird der Charakter der nächsten erst klar bestimmt und perspektivisch umrissen:

„Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der einen verbesserten Kündigungsschutz für längerdienende Soldaten vorsieht. Wie Regierungssprecher Grünewald mitteilte, soll die Novelle zum Arbeitsplatzschutzgesetz Zeitsoldaten ihren Arbeitsplatz für die Dauer von zwei Jahren offen halten."

Durch diese Reform soll der 34 000 Köpfe umfassende „Fehlbedarf" der Bundeswehr beim Unteroffiziersnachwuchs behoben werden. Die Reform soll ihre volle Schlagkraft entwickeln, indem zuerst Wehrpflichtige mit der Versprechung einer höheren Bezahlung zur zweijährigen Verpflichtung gelockt werden und ihnen dem Anschein nach der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Aber dann wird die Klappe mit dem „Abdienen der Ausbildung" zufallen. Dieser Teil der Reform ist erst dann zu erwarten, wenn die erforderlichen mehreren zehntausend in die Falle gelaufen sind. Dann wird er überfallartig sein.

Die Methode des Überfalls erschließt sich aus dem Studium der dritten Reform, die unter dem Stichwort „Bundestag ermöglicht Wahl zwischen Militär- und Zivildienst" in der Presse verhandelt wird. Angeblich handelt es sich um einen Ausbau des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung. Georg Leber, der Hauptbefürworter dieses Gesetzes, hat damit beabsichtigt, die Bundeswehr von „schlimmen Elementen" freizuhalten.

Im Fernsehkommentar wird die ideologische Verbrämung des Gesetzes herausgestrichen:

„Wehrpflichtige junge Männer können künftig wählen, ob sie Wehrdienst oder Zivildienst leisten wollen. Der Bundestag hat gegen die Stimmen der Opposition beschlossen, die Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer auszusetzen."

In der gleichen Nachrichtensendung, wenige Sekunden später, Georg Leber:

„Es gibt *kein Wahlrecht* zwischen Wehrdienst und Zivildienst, sondern es gibt nur eine rechtliche Festlegung, die lautet: Wer künftig keinen Wehrdienst leisten will und wehrfähig ist, kann sich nur unter Berufung auf Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes davon freistellen lassen. Und er wird so lange nicht geprüft, wie die Bundeswehr genügend Soldaten hat, *um das auf eine einfache Formel zu bringen.*"

Die Klassenkämpfe der letzten Jahre haben die Bourgeoisie mit einem Hunderttausend-Mann-Heer an Wehrdienstverweigerern belastet, die „anerkannt sind" und die „umzuerkennen" auch im „Bedarfsfall" *schwer* ist. Der Vorzug der neuen Regelung wird in der Erleichterung der Umerkennung im Bedarfsfalle bestehen. Wenn die Bundeswehr einen „Bedarf" nach den Hunderttausenden, die von der neuen Regelung Gebrauch machen werden, entwickelt, so werden diese dann in einem Überfallverfahren gewissensgeprüft. Wenn sie sich zu melden vergessen – denn sie müssen die Prüfung neuerlich selber beantragen –, dann befinden sie sich schwuppdich als Bedarfsdecker, deutsch Kanonenfutter. Zur Einleitung des Überfalls auf die wehrpflichtige Jugend braucht es gar kein Gesetz, es genügt eine einfache *Rechtsverordnung*. – (Z-Red.)

Goldenes Ghetto für die französischen Offiziere und ihre Familien
Elend und Unterdrückung für die einfachen Soldaten

In Westberlin sind ungefähr 2000 – 3000 französische Soldaten stationiert. Mit ihren Familien umfaßt die französische „Colonie" 5000 Leute. Die einfachen Soldaten leben kaserniert im „Quartier Napoléon", abgetrennt von den Offizieren und ihren Familien, abgetrennt von der Westberliner Bevölkerung. Die Offiziere leben mit ihren Familien in einem goldenen Ghetto. Sie bewohnen Villen in sogenannten „Cités" (Siedlungen), wo der Zugang für Nichtalliierte verboten ist. Diese Offiziere und ihre Familien werden reichlich geschmiert. Sie zahlen keine Miete, kein Gas, kein Strom. Ausstattung und Vorteile entsprechen der Rangfolge in der Armee. Ein einfacher Offizier bekommt eine andere Wohnung als ein Colonel. Für einen höheren Offizier werden bessere Möbel zur Verfügung gestellt, zwei Lampen mehr im Wohnzimmer, eine schönere Sitzecke. Das Ess-Service für höhere Offiziere hat goldene Ränder, für die unteren Ränge ist es einfach weiß. Die Schränke der höheren Offiziere sind voll mit Gläsern: Champagner-, Whisky-, Portwein-, Weißwein-, Rotwein-, Cognacgläser usw. Kühlschränke, Waschmaschine, Geschirrspülmaschine, Bettwäsche werden gestellt. Was sie aus den Gläsern saufen, können sie billig ohne Zoll in den „Economats" (französische Supermärkte) kaufen. Natürlich gehen sie nicht selber einkaufen. Sie haben deutsche Putzfrauen und Köchinnen, die sie nicht selber bezahlen müssen. Monatlich werden Glühbirnen, Scheuerlappen usw. umsonst verteilt. Fahren sie nach Frankreich zurück, so können sie in Sonderzügen umsonst bis Straßburg. In ihrem Reisegepäck haben sie dann oft 300 Glühbirnen und 200 Scheuerlappen, Lebensmittel usw. dabei.

Ihre Kinder werden zu den französischen Schulen chauffiert. Diese Schulen werden auch von Kindern östlicher Botschafter und höherer Senatsbeamter besucht.

Im scharfen Gegensatz dazu stellt sich das Leben der einfachen französischen Soldaten dar. Kaserniert, zu sechst in einem Zimmer erhalten sie einen Hungersold von höchstens 140 DM im Monat. Ihre Familien müssen ihnen Geld schicken. Doch die meisten Familien können sich das nicht leisten.



Am Soldaten- und Reservistentag in Hannover am Kundgebungsplatz an einer Baustelle hochgezogen.

Dienstwagen gehört natürlich zur Ausstattung. Die höheren Offiziere lassen sich in Mercedes, Opel-Commodore o.ä. rumkutschieren, die unteren Ränge bekommen Opel einfacher Ausführung. Der Tank ist immer voll. Umsonst versteht sich. Fahrten zu Bällen und Banketts einbegriffen. Die unteren Offiziere bekommen monatlich einen Bon für 48 Pfennig pro Liter.

So leben die meisten Soldaten im nackten Elend. Damit will die Armeeführung verhindern, daß die Soldaten selbständig sind und sich mit der Westberliner Bevölkerung verbinden können.

In Frankreich gibt es zahlreiche Komitees in den Kasernen, die für politische und gewerkschaftliche Freiheiten kämpfen. Anfang des Jahres haben sich an einer gewerkschaftlichen Demonstration in Paris z.B. 30 Polizisten beteiligt.

Auch in Westberlin herrscht unter den französischen Soldaten Unzufriedenheit. Sie haben kein Interesse daran, für die Ziele der französischen Imperialisten eingesetzt zu werden. Fragen nach und Zweifel an der Stationierung in Westberlin werden von dem Offiziersgesindel mit Gefängnis und anderen Bestrafungen unterdrückt.

Die Armeeführung setzt alles daran, daß sich kein Widerstand entwickelt und sich die Soldaten nicht organisieren.

Am 14. Mai haben die alliierten Besatzer eine Militärparade in Westberlin veranstaltet. 1500 Soldaten, 80 Panzer und 120 andere Wagen und Motorräder wurden eingesetzt. Von den französischen Soldaten wurden nur 110 aus Westberlin eingesetzt. Der Rest wurde extra aus Konstanz eingeflogen. Der französische General hat sich bei den Truppen bedankt und einen halben freien Tag für die Truppe versprochen.

Der amerikanische General McDonough, Kommandant des amerikanischen Sektors in Westberlin und diesjähriger Präsident der alliierten Militärparade hat in einer Botschaft an alle alliierten Truppen geäußert, daß diese Parade die unverbrüchliche Entschlossenheit der Alliierten zum Ausdruck gebracht habe, die Freiheit in Westberlin zu garantieren.

Diese Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung werden die Westberliner Arbeiterklasse und die Volksmassen mit unverbrüchlicher Entschlossenheit zerstören. Das müssen sie, um ihre soziale Revolution durchzuführen. – (Bezirk Westberlin)

Fürstenau. Für die Soldaten ist das Wochenende von großer Bedeutung, um aus der Kasernierung in der Bundeswehr herauszukommen. Die Offiziere wissen das und setzen hier mit besonderer Schikane an. Ein Beispiel ist Oberleutnant Schleebusch, Zugführer des 1. Zuges der 2. Kompanie in Fürstenau: Beim Stuben- und Gewehrreinigen muß auf jedes Staubkörnchen geachtet werden, unter den Tischen und Stühlen mit dem Messer der Dreck entfernt werden. Beim Stubendurchgang selbst soll der Soldat Meldung machen, während die anderen in Grundstellung stehen. Staubkörnchen in der Schnüffeltüte – Nachappell, Rostflecke am Spaten – Nachappell, Spindaufbau nicht ordnungsgemäß – Nachappell usw. Oberleutnant Schleebusch ließ beim letzten Stubendurchgang fünf Soldaten unbehelligt nach Hause gehen, der Rest hatte Nachappell, diese Soldaten kommen dann erst zwei Studenten später aus der Kaserne.

Oldenburg. In der Nachschubkompanie 310 sollte ein Soldat mit 60 DM bestraft werden, weil er während einer Übung Gegenstände verloren hatte. Die Soldaten erkannten, daß hier ein Soldat exemplarisch bestraft werden sollte, um die anderen einzuschüchtern. Dagegen wehrten sie sich, indem sie während der Mannschaftsversammlung folgende Resolution verabschiedeten und durch eine Spendensammlung von 61,41 DM die Disziplinarstrafe gemeinsam zurückschlugen:

„Der Gefreite Terhorst soll disziplinarisch mit 60 DM bestraft werden, weil er während einer Schießübung in Daaden folgende Gegenstände verloren hat: ein Feldeßbesteck, ein Paar Handschuhe, ein Handtuch.

Die Bedingungen während eines Aufenthalts im Freien sind derart, daß besagte Gegenstände leicht verloren gehen können. Eine grobe Verletzung seiner Ordnungspflicht ist ihm nicht nachzuweisen. Sollen wir zukünftig für Verluste dermaßen bestraft werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns zu weigern, an Übungen teilzunehmen, oder aber Kameraden werden bei Verlusten aus Angst vor Bestrafungen zum Kameradendiebstahl getrieben. Wir sprechen uns daher gegen alle Maßnahmen aus, die zu solchen, für uns alle unerträglichen Bedingungen des gegenseitigen Mißtrauens führen können. Aus diesem Grund fordert die Mannschaftsversammlung keine Bestrafung für Verluste und keine Bestrafung des Gefreiten Terhorst".

Der Versuch der Kompanieführung, die Soldaten im nachhinein einzuschüchtern, und Mißtrauen gegen den 2. Vertrauensmann auszustreuen, der diese Frage auf der Mannschaftsversammlung
trauensmann auszustreuen, der diese Frage auf der Mannschaftsversammlung
aufgegriffen hatte, schlug fehl.

Jeder Soldat sollte vor dem Spieß einzeln vortragen, was er gegeben hatte, angeblich, um festzustellen, ob der 2. Vertrauensmann für sich gesammelt hat.

Keiner meldete sich beim Spieß.

Hamburg. Gegen die Soldaten J. Spitzner und H. Eggers ist ein Arrest von sieben Tagen verhängt worden, weitere Disziplinierungsmaßnahmen sind von der Bundeswehrführung geplant, und die Offiziere beabsichtigen ihre fristlose Entlassung aus der Bundeswehr. Die beiden Soldaten haben den Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf unterstüzt, indem sie unter den Soldaten Unterschriften unter eine Resolution gegen das KKW gesammelt haben. Sie haben die Zustände, die Unterdrückung und Schikane in der Bundeswehr enthüllt und am 1. Mai gemeinsam mit der Arbeiterklasse die Forderungen für politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee, Lohnfortzahlung und jederzeitiges Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten erhoben.

Auf der Veranstaltung des Soldaten- und Reservisten Komitees Hamburg am 24.5. haben die Anwesenden eine Resolution verabschiedet, die die Disziplinierungsmaßnahmen verurteilt und die Schritte der Soldaten unterstützt.

Braunschweig. 1 200 Polizisten wurden in den Braunschweiger Herzogsbergen zusammengezogen, um die Niederschlagung eines Aufstands zu üben. „Die meiste Zeit standen oder saßen die Polizisten herum und warteten auf die kommenden Ereignisse", kommentierte die „Braunschweiger Zeitung" die Einsatzbereitschaft der Polizisten. Die Übung hat nicht gut geklappt.

Panzerabwehr-Hubschrauber von VFW-Focker und Westland Helikopters. Zum 32. Aero-Salon stellten VFW-Focker und Westland Helicopters (England) einen in gemeinsamer Produktion entwickelten Panzerabwehr-Hubschrauber vor. Der Hubschrauber kann 300 km/h schnell fliegen. Er kann die Radarkontrolle unterfliegen, weil er unter Baumgipfelhöhe eingesetzt und automatisch über Bodenwellen geführt werden kann. Der Hubschrauber kann nachts und bei schlechtem Wetter eingesetzt werden. Er dient dem Angriff auf feindliche Panzer.

Außerdem – und das ist das Wichtigste – soll er schwere Hubschraubertransporte absichern (Angaben aus: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 2.6.77). Schwere Hubschraubertransporte sind notwendig, wenn Soldaten an eine Front weit im gegnerischen Land verlegt werden sollen oder Material verlegt werden muß.

Der Panzerabwehrhubschrauber ist deshalb eine Waffe, die eingesetzt werden soll bei einem Angriff auf ein anderes imperialistisches Land.

Seeleute: Arbeitsbedingungen wie bei Galeerensklaven

Seeleute arbeiten unter schwersten Arbeitsbedingungen. Viele Rechte, die sich die Arbeiter erkämpft haben, gelten bei ihnen faktisch nicht, weil die Kampfbedingungen für Seeleute objektiv schwieriger sind als für die Arbeiter einer Fabrik, zum Beispiel allein die Durchführung einer Versammlung zur Beratung von Forderungen und Kampfmitteln ist ein großes Problem.

Wurde vor einigen Jahren ein 5 000-Tonnen-Frachter noch mit 40 Mann Besatzung gefahren, so findet man heute auf Schiffen mit über 100 000 Tonnen eher weniger als 40.

Nach den westdeutschen Gesetzen gibt es keine Arbeitszeitbeschränkung. Nach dem Seemannsgesetz von 1975 gilt für den Arbeitstag:

„§ 89: Mit Mehrarbeit darf das Besatzungsmitglied bis zu 90 Stunden im Monat beschäftigt werden; ist das Schiff in einem Fahrtgebiet eingesetzt, in dem es in kurzer Aufeinanderfolge mehrere Häfen anläuft, so darf das Besatzungsmitglied bis zu weiteren 30 Stunden beschäftigt werden."

Es besteht auf See die 7-Tage-Woche bei einem zwölfstündigen Arbeitstag, nur die Sonntage werden in Urlaubstage angerechnet.

Seine Arbeitskraft muß der Seefahrer dem Kapitalisten auf Abruf zur Verfügung stellen, ein Recht auf Freizügigkeit gibt es nicht:

„§ 28: Das Besatzungsmitglied ist auch während der dienstfreien Zeit zur Anwesenheit an Bord verpflichtet, soweit ihm nicht der Kapitän oder der zuständige Vorgesetzte Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes erteilt hat."

Der Kapitän ist der Oberherr, der in der Gewißheit, sich auf die Gesetze und Gerichte des Herkunftslandes stützen zu können, von Prügelstrafe bis Inhaftierung alle Vollmachten hat:

„§ 106 (3): Droht Mensch oder Schiff eine unmittelbare Gefahr, so kann der Kapitän die zur Abwendung der Gefahr gegebenen Anordnungen gegebenenfalls mit den erforderlichen Zwangsmitteln durchsetzen.

(4) Die Anwendung körperlicher Gewalt oder die vorübergehende Festnahme sind nur zulässig, wenn andere Mittel von vornherein unzulänglich erscheinen ..."

Widerstand gegen die Schinderei, Streik der Seeleute steht unter Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren:

strafe bis zu 5 Jahren:

„§ 115: Ein Besatzungsmitglied, das einer Anordnung eines Vorgesetzten nicht nachkommt ..., wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

„§ 116: Wird die Tat von mehreren Besatzungsmitgliedern auf Verabredung gemeinschaftlich begangen, so ist die Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren."

Das sind die gesetzlichen Bestimmungen in Westdeutschland, die jedem Kapitalisten bereits paradiesisch erscheinen. Damit geben sie sich jedoch nicht zufrieden. Sie lassen ihre Schiffe unter sogenannten „Billig-Flaggen" fahren, sowohl um Steuern und Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen, vor allem aber, um Lohnkosten und die Beiträge für die Sozialversicherungen zu sparen.

Die Handelsflotte der Welt hat sich in den letzten zwanzig Jahren vervierfacht, was den Expansionsdrang der Imperialisten widerspiegelt. Nach offiziellen Statistiken würde Liberia über ein Viertel der gesamten Welthandelsflotte gehören, die Handelsflotte der USA hätte sich nach den Angaben um die Hälfte verringert, während die von Liberia um das Dreißigfache gestiegen wäre. Begeistert berichtet die „Frankfurter Allgemeine" im letzten Jahr: „Unter den billigen Flaggen bieten sich Kostenersparnisse zwischen 14 und 27 Prozent ... Die Registrierung des Schiffes in einem solchen Land bietet dem Reeder den Vorteil, daß er sich nicht an die Lohntarife und Arbeitsbedingungen in seinem eigenen Land ... zu halten braucht." Die Lohntarife und Arbeitsbedingungen im eigenen Land sind bekannt, so daß man sich einen Begriff davon machen kann, wie Lohn und Arbeitsbedingungen sein müssen, wenn sie den Kapitalisten Kosteneinsparungen von 14 bis 27 Prozent verursachen.

Anläßlich der zahlreichen Schiffsunglücke zu Beginn des Jahres kam einiges ans Tageslicht. So mußte das ZDF berichten: „Bis auf den Kapitän und die Offiziere haben die Billigen-Flaggen-Schiffe meist Besatzungen aus dem fernen Osten. Sie erhalten oft nur 10 Prozent der Heuer, wie sie einem deutschen Seemann gezahlt werden müßte. Für sie gelten weder Tarifverträge noch Arbeitsschutz oder Sozialgesetzgebung." (ZDF, 25.2.1977) Da die Besatzung aus verschiedenen Nationalitäten besteht, ist ein Zusammenschluß der Seeleute aufgrund der schwierigen sprachlichen Verständigung nochmals erschwert.

Ein großer Unterschied zu den Galeerensklaven besteht in dem heutigen Schiffstransport der Kapitalisten nicht. Wenn Freddy und Heino die „Romantik" der Seefahrt und heimatlose Seeleute, die sich nichts Besseres denken können als die Arbeit an Bord, besingen, dann entsprechen die Arbeitsbedingungen auf den Schiffen dem genauen Gegenteil. – (Z-Red.)

Die französischen Revisionisten machen ihr sozialimperialistisches Programm komplett

Für den Ausbau der Force de Frappe, gegen Antimilitarismus

„Die Arbeiterklasse, an der Prosperität des Landes und der vollen Nutzung seiner Ressourcen vital interessiert, ... ist die Trägerin des nationalen Interesses. Sie stand immer und steht in der vordersten Linie des Kampfes um die Unabhängigkeit und die Größe Frankreichs."

Mit dieser demagogischen Phrase aus der Resolution des 22. Parteitages der revisionistischen „Kommunistischen Partei Frankreichs" (PCF) leitete das Mitglied des Politbüros, Kanapa, sein Referat über die „Politik der nationalen Verteidigung" ein, das er am 11. Mai vor dem Zentralkomitee der PCF hielt. In diesem Referat, das vom Zentralkomitee gebilligt und in der „Humanité" am 12. Mai veröffentlicht wurde, begründete er, warum die PCF sich von jetzt an für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der französischen Atomstreitmacht, der „Force de Frappe", einsetzen werde.

Schon immer sei „die Linke", so Kanapa, für die Stärkung der nationalen Verteidigung eingetreten. Aus dem Grunde sei sie auch bisher gegen den einseitigen Ausbau der Force de Frappe gewesen, weil dies auf Kosten der konventionellen Rüstung gegangen sei. Die Regierung der Rechten habe eine Politik des „nationalen Verzichts", der „nationalen Abdankung" betrieben. Sie habe zugelassen, daß die konventionelle Armeerüstung völlig heruntergekommen sei, während die Force de Frappe immer enger mit der NATO verbunden worden sei. Praktisch liefe diese Politik darauf hinaus, daß „der deutsche Imperialismus, schon längst wieder ein ökonomischer, finanzieller und auch militärischer Riese", dem „nichts als volle Freiheit auf nuklearem Gebiet fehlt", von Frankreich mit Atomwaffen versorgt werde. Kurzum, Frankreich werde in „eine Provinz eines europäischen Protektorats der USA" und gleichzeitig in „einen Steigbügel Westdeutschlands" verwandelt.

Dem beklagenswerten Zustand der konventionellen Rüstung müsse auch eine „Linksregierung" Rechnung tragen. Es sei eine Tatsache, daß sie nur mit Hilfe der Force de Frappe auf einen langen Zeitraum hinaus sich gegen ausländische Pressionen zur Wehr setzen könne. Die Force de Frappe müsse also gestärkt werden.

Die französische Atomstreitmacht umfaßt zum gegenwärtigen Zeitpunkt:

- 18 strategische Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 3 000 Kilometern, die auf dem Plateau d'Albion in Südfrankreich in unterirdischen Silos jede Minute einsatzbereit sind;
- 50 Mirage-IV-Bomber mit Atombomben an Bord, die in der Luft aufgetankt werden können und eine Reichweite von 4 000 Kilometern haben;
- jetzt 4, in Zukunft 6 Atom-U-Boote mit jeweils 16 Raketen, die eine Reichweite von 3 000 bis 4 000 Kilometern haben; jeweils zwei der Boote kreuzen mit unbekanntem Kurs und unter völliger Funkstille in zweimonatigen Fahrten durch die Weltmeere;
- vier Regimenter mit Pluton-Kurzstrecken-Raketen, die auf AMX-30-Panzer montiert sind, Reichweite 150 Kilometer. Ferner taktische Jagdbombergeschwader, die ebenfalls mit Atomwaffen ausgerüstet sind und vom Boden wie von einem Flugzeugträger aus operieren können.

Die Revisionisten der PCF treten für ein verstärktes selbständiges Auftreten des französischen Imperialismus ein, entsprechend de Gaulles Devise von der „Verteidigung nach allen Himmelsrichtungen". Die Force de Frappe soll ein eigenes Frühwarnsystem erhalten, um nicht mehr auf das der NATO bzw. der USA angewiesen zu sein. „Sage niemand, das sei nicht möglich! Das sind Einwände, die vom Geist des Verzichts genährt sind", schnaubt Kanapa. Frankreich solle drei Beobachtungssatelliten über den Weltmeeren stationieren. Mit Hilfe einer verstärkten Flottenrüstung werde Frankreich so in der Lage sein, „die Seewege zu schützen, über die unser Land sich mit den nötigen Rohstoffen und Energieträgern versorgt" (Humanité, 7.5.). Die Plutonraketen sollen ausschließlich hinter der eigenen Grenze stationiert werden, damit „die Bundesrepublik Deutschland niemals, in keiner Form und unter keinem Vorwand, Zugang zu Waffen mit so massiver Zerstörungskraft erhält". Mit anderen Worten: die Pluton-Raketen mit ihren 150 Kilometer Reichweite sollen auf das Territorium des Rivalen BRD selbst gerichtet sein.

Wie soll dieses Aufrüstungsprogramm bestritten werden? Kanapa führt aus:

„Die Anwendung des ‚Gemeinsamen Programms' (der Linksunion) und besonders die Nationalisierung der Rüstungsindustrien wird es ermöglichen, einige Milliarden Francs zurückzugewinnen, die, ohne das Budget stärker zu belasten, eine bessere Ausrüstung der Armee gewährleisten werden."

Der unersetzliche Wert der Revisionisten liegt für die französische Bourgeoisie in der Fesselung und Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse – unter Ausnutzung des Prestiges, das die PCF als ehemals revolutionäre Partei, die auch den Befreiungskampf gegen den Hitler-Faschismus und die kollaborierende französische Bourgeoisie angeführt hatte, genießt. Einen großen Aufschwung haben die Kämpfe in der imperialistischen Armee Frankreichs in den letzten Jahren genommen. Überall sind Soldatenkomitees aufgeschossen, haben Forderungen nach Erhöhung des Solds, nach Urlaub und geregelter Freizeit und insbesondere nach politischen und gewerkschaftlichen Rechten in der Armee erhoben. Die PCF tritt nun allenthalben auf und versucht, diese Kämpfe auf das Ziel der Vaterlandsverteidigung hin zu orientieren. In einer Reportage mit dem Titel „Die Wehrpflichtigen verteidigen die Armee" berichtet die „Humanité" am 17. Mai über ein Gespräch mit 20 Soldaten in Marseille, das diese angeblich mit der Feststellung eröffnet hätten: „Wir sind nicht hier, um in Antimilitarismus zu machen, denn wir sind für die Wehrpflichtarmee, sondern um die Misere unserer militärischen Ausbildung anzuprangern." Laut „Humanité" liegt diese Misere in „langen Monaten der Inaktivität, die die Moral untergräbt und deshalb ein ausgezeichnetes Feld für die Propagandisten der Berufsarmee ebenso wie für die antimilitaristischen Gruppen bietet".

Nein, mit Antimilitarismus oder gar Revolution haben sie nichts im Sinn, diese „Kommunisten". Die „Humanité", das Zentralorgan, wimmelt von Berichten über PCF-Abgeordnete, die sich in die Kasernen begeben und sich von den Leistungen des Offizierskorps „beeindruckt" zeigen oder ähnlichem.

Das Programm der Revisionisten ist ein komplettes Programm der Konterrevolution und der sozialchauvinistischen Mobilisierung der Massen. Es ist darüberhinaus ein ernstzunehmendes Programm der imperialistischen Umorientierung des französischen Imperialismus, dessen Kern ist, durch eine Schaukelpolitik gegenüber beiden Supermächten die Hände frei zu bekommen, um den „Erbfeind", den deutschen Imperialismus, als unmittelbaren Rivalen in Westeuropa niederzuringen und sich darüber zu neuer „Grandeur" aufzuschwingen. Es ist der Weg, den die Sozialisten der II. Internationale vor den Revisionisten gegangen sind. Die französische Arbeiterklasse hat davon genug. Sie wird sich, ebensowenig wie die westdeutsche Arbeiterklasse, von der herrschenden Klasse noch einmal in einen Bruderkrieg treiben lassen. – (Z-Red.)

Immer weniger und immer schlechtere Nahrungsmittel

Einige Angaben zur Ernährung der Arbeiterbevölkerung in westeuropäischen Ländern

„Die veränderte Arbeits- und Lebensweise haben es mit sich gebracht, daß der Mensch heute durchschnittlich mit weniger Kalorien auskommt als noch vor 10 Jahren", höhnte Ertl in seinem Bericht über „Lebensmittel und Preise" im März 1977. Er rühmt die Erfolge, die die westdeutschen Imperialisten bei der Lohndrückerei zu verbuchen haben. Er rühmt, daß es ihnen gelungen ist, die Ernährung der Arbeiterbevölkerung Westdeutschlands zu verschlechtern. Die Anstrengungen der Imperialisten der anderen westeuropäischen Länder zielen in dieselbe Richtung. Sie alle rüsten sich für große Konkurrenzschlachten untereinander und gegen das sozialimperialistische Lager und für den imperialistischen Krieg, mit dem sie diese Schlachten letztlich entscheiden wollen. Sie rüsten, indem sie u.a. die Löhne der Arbeiter senken.

Die Angaben über die Ernährung der Arbeiter in den westeuropäischen Ländern, auf die wir uns stützen, sind längst nicht vollständig und zum Teil älteren Datums. Aber sie reichen für den Beweis: daß ohne die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes die Lohnabhängigen bereits buchstäblich auf Brot und Wasser gesetzt worden wären.

„Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die wesentliche Erhöhung des Mittels an tierischem Eiweiß eine Verbesserung der Ernährung bedeutet. Der Verzehr der wesentlich billigeren pflanzlichen Eiweißquellen, insbesondere von Brot, Getreideprodukten und Kartoffeln, sollte daher in Zukunft gesteigert werden." Mit höhnischem „Rat" verdecken die Bourgeoispolitiker die Absicht ihrer Herren, den Fleischverbrauch der Lohnabhängigen gewaltsam zu verringern. Seit Jahren stagniert der Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Westdeutschland. Wir haben aber bereits in Nr. 1/1977 von Kommunismus und Klassenkampf nachgewiesen, daß die Schlemmerei der Kapitalisten zunimmt und ihr Fleischverbrauch in keinem Verhältnis zur kleinen Zahl dieser Schmarotzer steht. Der absolute Fleischverzehr der Lohnabhängigen mag also seit Jahren sinken, auf jeden Fall aber gibt es selbst durch bürgerliche Statistiken nicht zu verhüllende Änderungen: „Rindfleisch, ohne Fett", mit einem Kilopreis von inzwischen 15 Mark und mehr wird nach und nach aus dem Konsum herausgedrückt. Die Preise dafür sind in allen westeuropäischen Ländern immens gestiegen: in Westdeutschland innerhalb von 6 Jahren um 46,7 Prozent, in Frankreich von 1972 bis 1976 um 41 Prozent, in Italien um etwa 108 Prozent, in Großbritannien um 68 Prozent.

Das Rindfleisch ersatzlos aus der Speisekarte zu streichen, gelingt den Imperialisten nicht. Sie gehen Schritt für Schritt vor, und das in allen westeuropäischen Ländern nahezu unterschiedslos. Steigen die Rindfleischpreise rasch, steigt der Schweinefleischpreis langsamer. Teilweise fällt er sogar, in der BRD z.B. von Dezember 1973 auf Dezember 1974 um fast 6 Prozent. Die Arbeiterfamilien steigen auf bedeutend fetteres Schweinefleisch um. Bis 1975 steigt in der BRD der Schweinefleischverbrauch. Infolgedessen ziehen die Preise an: ab 1975/76 sinkt der Verzehr von Schweinefleisch. An seine Stelle treten teilweise die mit Fischmehl in kürzester Zeit herangezüchteten Billighähnchen mit niedrigem Nährgehalt. (Geflügelfleisch stieg im Verbrauch seit 1965/66 um 44 Prozent.) Weil auch hier die Preise steigen, werden inzwischen die Fleischkonserven, deren Inhalt oft nicht mehr zu identifizieren ist und mehr nach Hundefutter aussieht, zum „Renner". Meldung in der „Süddeutschen Zeitung" am 3. Juni auf Seite 1: „Billige Rindfleischkonserven". „Die jetzt auf den Markt kommenden 15 Millionen 400-Gramm-Dosen sind allerdings etwas teurer als bisher. Der Verbraucher muß mit Preisen zwischen 2 und 2,30 DM pro Dose rechnen. Dagegen kostet vergleichbares frisches Rindfleisch ohne Knochen zwischen 5 und 5,70 Mark."

Bei fast allen Lebensmittelgruppen spielt sich derselbe Prozeß ab: Der Verzehr von Frischobst und Südfrüchten ist in der BRD von 1971/72 bis 1975/76 um rund 9 Prozent zurückgegangen. Wen wundert's, bei einer Preissteigerung von 58,5 Prozent. Tafeläpfel z.B. kosteten im April über 2,30 DM das Pfund. Währenddessen steigt, bei relativ niedrigen Preissteigerungen, der Umsatz bei Trockenobst und Obstkonserven. Während in Italien die Produktion von Zitrusfrüchten seit Jahren stagniert und seit drei Jahren sogar leicht abnimmt, hat sich der Export vervielfacht: immer weniger frisches Obst für die italienischen Arbeiterfamilien. Ähnliches in Frankreich: Während die Frischobsternten mit Ausnahme der Weintrauben immer geringer ausfallen, nimmt der Obstimport kaum zu..

Die EG-Milchproduktion nehme übermäßig zu und man wisse der Milchströme nicht mehr Herr zu werden, jammerte die bürgerliche Presse kürzlich. Tatsache ist: Der Pro-Kopf-Milchverbrauch in der BRD nimmt in den letzten zehn Jahren beständig ab, er liegt 1976 um 11 Prozent oder 21 Liter im Jahr niedriger als 1966. Aus anderen westeuropäischen Ländern liegen uns nur die Milchproduktionsziffern vor: In Großbritannien z.B. sank der Milchausstoß von 1973: 14 365 auf 1975: 14 000 (in tausend Tonnen). Bei wachsender Bevölkerung und unmaßgeblichem Import nimmt auch hier der Milchverbrauch der Arbeiterbevölkerung ab.

„Die Gefahr der Wohlstandsgesellschaft heißt Überernährung", hat Ertl in dem zitierten Bericht gesagt, der Lump. Der Nahrungsmittelverbrauch in allen westeuropäischen Ländern ist zurückgegangen, die Ernährung hat sich verschlechtert. Während fast überall die Kapitalisten mit Hilfe der Reformisten und Revisionisten Lohnraubabschlüsse durchsetzen konnten, klettern die Preise munter weiter.

Großbritannien: „Das Realeinkommen der Arbeiter (vor Steuerabzug) ist ... eindeutig geschrumpft", stellte die Bundesstelle für Außenhandelsinformation zum Jahreswechsel fest. „Der Lebensstandard wird zunächst weiter sinken und die Arbeitslosigkeit eher noch zunehmen." Die Teuerungsrate lag im April bei 16,7 Prozent und ist seither weiter gestiegen. Der mengenmäßige Einzelhandelsabsatz ist von 1975 auf 1976 um 1 Prozent gesunken. Daß er nicht noch mehr gesunken ist, findet seine Erklärung in den schrumpfenden Spareinlagen der englischen Arbeiterbevölkerung und im Wachstum der ausstehenden Teilzahlungsverpflichtungen.

Irland: Bei einer Preissteigerungsrate von knapp 20 Prozent 1976, knapp 17 Prozent im ersten Vierteljahr 1977, bei „gedämpftem Lohnauftrieb", bei rückläufiger Nahrungsmittelproduktion und rückläufigen Nahrungsmittelexporten hat die Bourgeoisie einschneidende Einbrüche in der Ernährung der Lohnabhängigen erzielen können.

Frankreich: „Der entscheidende soziale Faktor ist die Verbesserung der Kaufkraft, die in den vergangenen Jahren stark zugenommen hatte", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, um sich zwei Seiten später selbst zu widerlegen: der mengenmäßige Einzelhandelsabsatz sowohl der Kaufhäuser als auch der Selbstbedienungsläden ist nicht nur von 1975 bis 1976 um rund 2 Prozent gefallen, sondern liegt noch unter dem Absatz von 1962. Dabei ist zu berücksichtigen: Einige hunderttausend Bauern, die sich ehemals im wesentlichen selbst versorgen konnten, wurden seither von ihrem Land vertrieben und in die Armee der Lohnabhängigen eingegliedert. Als Lohnabhängige kaufen sie die Lebensmittel, die sie zum Leben brauchen. Der Pro-Kopf-Verbrauch wurde also ganz erheblich gedrückt.

Italien: Der italienischen Monopolbourgeoisie ist es gelungen, die Lohnstückkosten von 30,5 Prozent 1974 auf 6 Prozent 1976 zu drücken. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und betrug im Frühjahr 1977 12,2 Prozent. 2 Millionen Arbeiter können nur leben, indem sie „schwarz" arbeiten, zu wesentlichen niedrigeren Löhnen versteht sich. Die Teuerungsrate ist im März 1977 auf 21 Prozent gestiegen. An diesen Erfolgen des italienischen Finanzkapitals orientiert sich die gesamte westeuropäische Monopolbourgeoisie. Ohne Entfaltung des Klassekampfes wäre die italienische Arbeiterklasse schon längst beim Saufutterfraß gelandet.

Die westdeutsche Bourgeoisie beklagt sich über die „Kostenexplosion im Gesundheitswesen". Da ist, bei aller absichtsvollen Demagogie, was Wahres dran: die Explosion der Krankheiten und Krankheitsanfälligkeit. Wie sollten, bei einer solchen Ernährung, bei der die lebensnotwendigen Nährstoffe mit dem Fleisch, dem Obst, dem Frischgemüse, der Milch usw. Schritt für Schritt entzogen werden, die lohnabhängigen Massen gesund bleiben! Die sinkende Lebenserwartung in allen westeuropäischen Ländern als Folge von Überarbeitung für die Kapitalisten und mangelhafter Ernährung ist augenfälliger Beweis der Fäulnis des Imperialismus. – (Z-Red.)

Truppenrückzug aus Korea – Carter in Nixons Spuren

Carters Pläne eines „Truppenrückzugs aus Korea“ nehmen Gestalt an. Es sind Pläne zur langfristigen Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung Süd-Koreas und zur Aufrechterhaltung der halbkolonialen Versklavung des Landes durch die US-Imperialisten.

Das zeigt sich schon an den Rückzugsplänen selbst. Carter erklärte jetzt in einer Pressekonferenz, es werde sich um einen „vorsichtigen, ordnungsgemäßen Abzug“ handeln, d.h. die Truppen blieben zunächst dort, wo sie sind, „um die Reaktionen der Nord-Koreaner zu beobachten“. Sodann soll über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren hinweg abgezogen werden. Abziehen sollen von den insgesamt 40 000 US-Soldaten in Korea nur die Bodentruppen, vor allem die 2. Division, die die Straße zur Hauptstadt Seoul kontrolliert. Bleiben sollen auf jeden Fall einige tausend Mann der Luftwaffe mit allem Gerät, darunter mehreren hundert Atombomben. Vor allem aber will Carter seine Sicherheitsgarantie für das Marionettenregime des Generals Park ausdrücklich erneuern und die Marionettenarmee bis an die Zähne rüsten. So sollen allein 1977 Waffen für 280 Millionen Dollar nach Süd-Korea fließen, doppelt soviel wie 1975. Einzige Neuerung: Es gibt keine „Militärhilfe“ mehr, sondern es muß bar bezahlt werden – herausgepreßt aus dem Schweiß und Blut der koreanischen Arbeiter und Bauern, zu deren Unterdrückung die Waffen dienen.

Carters Rückzugspläne sind nichts anderes als eine Wiederbelebung von Nixons Plänen 1972, die Unterdrükkung der Arbeiter- und Bauernrevolution und des nationalen Befreiungskampfs in den südostasiatischen Ländern durch eine Taktik der „Vietnamisierung“, „Thailandisierung“, „Koreanisierung“ usw. in den Griff zu bekommen. Die US-Bodentruppen sollten sich vom Boden des asiatischen Festlands zurückziehen, die dem US-Imperialismus verbundenen oder direkt von ihm ausgehaltenen Regimes sollten dafür aufgerüstet und ihre Existenz garantiert werden. Um die sofortige Heranführung neuer Aggressionstruppen zu gewährleisten, sollten die Stützpunkte auf den asiatischen Inselstaaten – in erster Linie auf den Philippinen (Subic Bay) und in Japan (Okinawa) – sowie auf den pazifischen Inseln, vor allem Guam, massiv ausgebaut werden. Diese Änderung der imperialistischen Taktik – als „Guam-Doktrin“ bezeichnet –, mit der Nixon die Niederlage in Indochina in letzter Minute abwenden wollte, wurde stattdessen durch die Siege der Volksbefreiungskräfte in Vietnam, Kambodscha und Laos völlig durcheinandergebracht. Der Rückzug vollzog sich nicht „vorsichtig und ordnungsgemäß“, sondern hastig und in äußerster Unordnung, mit den Stars and Stripes unterm Arm.



Koreanische Juger.dliche und Studenten in Japan versammelten sich am 19. April 1977 zum Gedenken an den 17. Jahrestag des Volksaufstandes gegen das Syngman-Rhee-Regime 1960. In Japan leben 600 000 Koreaner, die durch den japanischen Kolonialismus dorthin verschleppt worden sind.

Dem will Carter in Korea rechtzeitig vorbeugen. Die US-Imperialisten wollen um jeden Preis in Korea bleiben. Während Carter von „Rückzug“ redet, läßt er (so geschehen im April und Anfang Mai) B 52-Bomber von Okinawa aus Bombardierungsübungen über Süd-Korea abhalten und provozieren die Marionettentruppen neue „Grenzzwischenfälle“. Und während er von „Menschenrechten“ daherschwatzt, werden täglich Revolutionäre und Oppositionelle in Süd-Korea inhaftiert und gefoltert. Aus Sicherheitsgründen könnten die Menschenrechte auf Süd-Korea keine Anwendung finden, hat der Pfaffe schon erklärt.

Wie alle seine Vorgänger redet Carter von der „Bedrohung Süd-Koreas durch Nord-Korea“. Wie in Vietnam machen die US-Imperialisten aus weiß schwarz, um ihre Aggression zu rechtfertigen.

Korea war seit 1910 Kolonie der japanischen Imperialisten. Im Zweiten Weltkrieg erhob sich das koreanische Volk zum antijapanischen Befreiungskrieg. Aber die US-Truppen, die nach der Niederschlagung des japanischen Imperialismus 1945 ins Land kamen, errichteten im Süden sogleich ihr eigenes Kolonialregime. Der Oberbefehlshaber MacArthur verkündete im ersten Befehl: „Alle Verwaltungsfunktionen werden vorläufig von jetzt an durch meine Gewalt ausgeübt. Die Bevölkerung hat sich jetzt widerspruchslos meinen Befehlen unterzuordnen.“ Während im Norden die Arbeiter und Bauern unter Führung der Koreanischen Arbeiterpartei im breiten Bündnis mit allen demokratischen und patriotischen Kräften die Volksmacht errichteten und darangingen, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen, proklamierten die US-Imperialisten im Süden eine Marionetten-„Republik Korea“ und begannen mit der Ausplünderung des Landes. Aufs äußerste gereizt von den wiederholten Vorschlägen der Volksversammlung in Pjöngjang und des Führers des koreanischen Volkes, Kim Il-Sung, zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes, versuchten sie 1950 mit einer Söldnertruppe den Norden zu erobern. Das scheiterte kläglich. Im ganzen Land erhob sich das Volk, und binnen drei Tagen standen die Volksbefreiungskräfte in Seoul. Daraufhin verschafften sich die US-Imperialisten ein Mandat der von ihnen beherrschten UNO und marschierten mit einer 400 000-Mann-Armee, unterstützt von weiteren 13 verbündeten Staaten, in Korea ein, während die Luftwaffe Städte und Dörfer buchstäblich dem Erdboden gleichmachte. Die Militärmaschine rollte vom Süden bis zum Norden durch das Land, aber – unterstützt von chinesischen Volksfreiwilligen – warf die koreanische Volksbefreiungsarmee in heroischen Kämpfen die Aggressoren auf den 38. Breitengrad zurück, wo sie sich bis heute eingenistet haben.

1960 wurde das Synghman Rhee-Regime durch eine neue Erhebung des Volkes im Süden gestürzt, aber zwei Jahre später gelang es den US-Imperialisten, durch einen Militärputsch Park Tschung-hi, einen früheren Offizier der japanischen Kolonialarmee, an die Macht zu bringen, wo er sich seither mit blutigster Unterdrückung gehalten hat. Süd-Korea ist heute einer der bedeutendsten Anlageplätze für
der bedeutendsten Anlageplätze für
US-Kapital. Über 10 Milliarden Dollar haben amerikanische und japanische Monopole investiert, um Millionen koreanischer Arbeiter zu Hungerlöhnen auszubeuten und Waren für den Export zu produzieren. Währenddessen sind Millionen ohne Arbeit und dem Hunger preisgegeben. Die Bauern werden immer mehr ruiniert. Einst eine der „Reisschüsseln“ Asiens, muß Süd-Korea heute Millionen Tonnen US-Getreide importieren. Im Norden, der nur halb soviel Menschen hat, sind die Ernten doppelt so groß.

Die kapitalistische Krise hat den Zustand der halbkolonialen Abhängigkeit und der Teilung des Landes für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Südens vollends unerträglich gemacht. Im Januar haben die Arbeiterpartei Koreas und eine Großzahl anderer Vereinigungen und politischer Parteien des Nordens von neuem einen Aufruf an die Parteien und Organisationen aller Klassen und Schichten des Volkes im Süden gerichtet, worin sie den erneuten Aufruf Präsident Kim Il-Sungs von 1975 zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes aufnahmen und „eine große Allianz der sozialistischen Kräfte des Nordens und der demokratischen und patriotischen Kräfte des Südens“ für dieses Ziel vorschlugen, um allen Versuchen zur Schaffung von „zwei Korea“ entgegenzutreten, das faschistische Regime, wenn es starrköpfig an seiner Politil. festhält, zu stürzen und den vollständigen Abzug aller amerikanischen Besatzungstruppen zu erreichen. Dieser Aufruf hat im Süden große Zustimmung gefunden. Wöchentlich, fast täglich sind in Süd-Korea Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten, aber auch Geistliche, Journalisten, Nationalbourgeois und selbst früher mit dem Kompradorenregime verbundene Personen mit ähnlichen Aufrufen hervorgetreten, haben Demonstrationen und Versammlungen abgehalten und sich trotz regelmäßiger Verhaftungen und Repressalien nicht unterdrücken lassen. Der frühere UNO-Botschafter Parks, Herr Liem, sagte vor kurzem: „Die Wiedervereinigung ist die Leidenschaft des Volkes in Nord-Korea. Für das Volk in Süd-Korea aber ist sie nicht nur eine Leidenschaft – sie ist entscheidend für das Überleben des Landes.“

Diesen gerechten Forderungen des koreanischen Volkes hat Carter niemals entsprochen. Im Gegenteil: Seine „Truppenrückzugs“-Manöver sollen eine Verschärfung der Konterrevolution und der Aggression gegen Korea vorbereiten. – (Z-Red)

„Im Pazifik werden sich die USA auf Luft- und Seestreitkräfte verlassen, um ihre Macht von Japan, Korea und den Philippinen bis hin zum Persischen Golf und Ostafrika zu behaupten“ (US-Presse zu Korea)

Am 24.5. schickte die US-Regierung General George Brown, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, und den Unterstaatssekretär Carters Philip Habib nach Südkorea und Japan, um den angekündigten Truppenabzug weiter zu planen. Von den Militärhäuptlingen des US-Imperialismus gab es dagegen Protest. Über die Debatte um die Korea-Politik der US-Imperialisten berichtet ihre Presse:

Carter strafversetzte General Singlaub, den Stabschef der 2. Division in Südkorea, weil er übereinstimmend mit dem US-Kommandeur in Seoul, General John Vessey, erklärt hat:

„Der Truppenabzug erhöht das Risiko eines Krieges und bedroht die Stabilität in Nordost-Asien.“ Das US-Magazin Newsweek läßt General Richard G. Stilwell das Mißtrauen gegen die Fähigkeit der US-Regierung, das Volk von Korea weiter zu unterdrücken, erläutern: „In Kategorien von Abschreckung ist die Anwesenheit von Bodentruppen durch nichts ersetzbar. Sie können nicht durch Luft- oder Seestreitkräfte ersetzt werden. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die zweite Division, die Schlüsseleinheit, ist zwischen der DMZ (Demilitarisierte Zone) und Seoul stationiert, die Luftwaffeneinheiten ein gutes Stück weiter südlich von Seoul ... Damit eine Abschreckungsstreitmacht funktionieren kann, muß sie zwischen dem Feind und dem logischen Ziel postiert sein ... Wird sie nicht direkt angegriffen, braucht es einen gesonderten, positiven und mühseligen Beschluß von Washington, um Vergeltungsanstrengungen auszulösen ...“

Die US-Truppen sollten zwar nicht ewig in Südkorea bleiben, aber solange zumindest, bis das koreanische Volk die Teilung des Landes und die Existenz eines US-Marionettenregimes im Süden akzeptiert hat. „Die Voraussetzung für ihre Aufrechterhaltung (der Truppen) ist im wesentlichen die gleiche wie in Europa, da die Anwesenheit der Abschreckung eines Konflikts gleichkommt und die wirkliche Voraussetzung für ihren Abzug eine politische ist – die Verringerung der Spannungen.“ Hauptgrund dafür sei, daß von der Demokratischen Volksrepublik Korea nicht akzeptiert würde, das „es zwei Korea gibt, die miteinander auf der Halbinsel koexistieren müssen“. („Newsweek“ 6.5.77)

Mit Unbehagen unterstützt die Presse der US-Imperialisten Carter. Sie fürchten, daß der Truppenabzug ihre Herrschaft gefährdet, noch mehr jedoch, daß die weitere Anwesenheit einer großen Anzahl Bodentruppen den Widerstand gegen das US-Marionettenregime noch rascher wachsen läßt.

„General Singlaub ausgenommen, stimmt fast jedermann in Washington damit überein, daß es sicher ist, aus Südkorea Bodentruppen abzuziehen, sofern wir unsere anderen Streitkräfte und unsere Nachschub-Pipeline und unsere Diplomatie einsetzen, um das Gleichgewicht zu erhalten. Was jetzt allerdings in das Bewußtsein dringt, ist die unangenehme Tatsache, daß dafür ein Preis zu zahlen ist, – in Menschenrechten und wahrscheinlich in atomarer Aufrüstung gleichfalls.“ (29.5.77)

Das heißt, Carters „Menschenrechts“-Demagogie wird offensichtlich, sorgt sich die „Washington Post“. „Seit der letzte Amerikaner in Vietnam vor zwei Jahren starb, haben die Vereinigten Staaten versucht, die Asiaten davon zu überzeugen, daß sie eine pazifische Macht bleiben wollen. Die Haltung hat sich geändert, vom militärischen Schutzherrn, erwünscht oder nicht, zum Wirtschaftsankurbler. Von Präsident Carter erwartet man, daß er diese allgemeine Linie fortsetzt, wenn auch, wie er es genau machen will, noch nicht in zusammenhängender Weise ausgearbeitet wurde.“

„Südkorea und die Philippinen stellen delikate Probleme für Washington, wegen Carters Menschenrechts-Vorstoß. Beide Länder werden durch starke Männer geleitet und werden in weiten Kreisen als autokratisch und oft anti-demokratisch angesehen. Aber die USA haben in beiden Ländern eine wichtige militärische Position. Carter hat noch mehr als gedämpfte Kritik für den südkoreanischen Präsidenten Park Chun Hee anzubieten. Aber er begann auf das Versprechen der Wahlkampagne hin die Truppenstärke zu vermindern. ... Die Soldaten werden wahrscheinlich in Wirklichkeit nicht vor nächstem Jahr das Land verlassen, ... aber wenn sie gehen, werden sie in großen Kontingenten über eine Periode von vier bis fünf Jahren abziehen. (...)“ („Newsweek“, 23.5.77)

Mit Genugtuung stellt C.L. Sulzberger in der „International Harold Tribune“ fest: „... der Vorrang der Strategie vor der Menschlichkeit ist ein Ausdruck vernünftiger Realpolitik. Darüberhinaus dient es als Präzedenzfall für ähnliche Ausnahmen.“

Die Truppen sollen nach Europa verlagert werden, dem Zentrum des Ringens der beiden Supermächte um Weltherrschaft: „Zum ersten Mal seit Jahrzehnten stehen die USA keiner größeren militärischen Herausforderung in Asien gegenüber und glauben, es sich leisten zu können, ihre Streitkräfte dort zu veringern. ‚Die grundlegende Strategie wird nach wie vor sein, sich Asien untergeordnet zu halten‘, sagt ein hoher Pentagon-Offizier. ‚Der Hauptteil unserer militärischen Kräfte wird nach Europa verlagert, wo die Sowjets die Hauptgefahr darstellen.‘ Im Pazifik werden sich die USA auf Luft- und Seestreitkräfte verlassen, um ihre Macht von Japan, Korea und den Philippinen bis hin zum Persischen Golf und Ostafrika zu behaupten.“

Das Marionettenregime soll beschleunigt aufgerüstet werden: „Park selber sagte Habib und Brown, er würde den Abzug akzeptieren, dafür aber ... umfangreiche neue Militärhilfe fordern, ‚die Art Zeug, wie es die USA den Israelis und sonst niemanden geben‘. Die US-Luft- und Seeanwesenheit soll sichtbarer werden und der Beitrag der USA zum Militärhaushalt Südkoreas steigen. ... Und das wird schwer abzuschlagen sein.“ („Newsweek“, 27.5.77)

„... Park glaubt, daß er in einer Zeit wachsender internationaler Unsicherheit die Brut im Land niederschlagen muß. Für ihn kommt die Unsicherheit und die Notwendigkeit der Niederschlagung (der Opposition) von der ... verminderten militärischen Zurschaustellung der USA auf dem asiatischen Kontinent.“

Als den persönlichen Herrschaftsstil Parks lassen die Ideologen des US-Imperialismus erscheinen, was sie mit seiner Hilfe in Wirklichkeit selber vorhaben: die Organisierung verschärfter Unterdrückung des Befreiungskampfes des koreanischen Volkes. – (Z-Red.)

Sozialimperialisten wollen den Aufbau von Handelsflotten der Dritten Welt niederkonkurrieren

Im März dieses Jahres meldete die chinesische Nachrichtenagentur „Hsinhua“, daß die Sowjetunion durch den Aufbau von Schiffahrtagenturen in Australien und durch eine gleichzeitige Herabsetzung der Frachtgebühren um 27 % die nationalen australischen Schiffahrtgesellschaften versucht niederzukonkurrieren.

Dieser Versuch ist kein Einzelfall und er steht in engem Zusammenhang mit den abenteuerlichen Weltherrschaftsplänen der Sowjetunion. So drängte die Sowjetunion in den letzten Jahren ebenfalls rücksichtslos in die südostasiatischen Gewässer, indem sie sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der südostasiatischen Länder und ihre Opposition gegen die erhöhten Frachtgebühren der westlichen Schiffahrtsgesellschaften zunutze macht, auch hier das Mittel der Herabsetzung der Frachtgebühren anwendet und Privilegien für ihre Handelsflotte durch Abkommen zu ergattern versucht.

In der Vergangenheit wurden 40 % von Thailands Ein- und Ausfuhren mit thailändischen Schiffen befördert, die sowjetische Konkurrenz aber hat diesen Anteil bereits in der letzten Hälfte des Jahres 1975 auf 6 % gedrückt.

Ein anderes Beispiel für die infame Praxis der Sowjetunion, den nationalen Wirtschaftsaufbau in den Ländern der Dritten Welt auch im Bezug auf die Seeschiffahrt zu verhindern, ist die Schiffswerft „Alexandria“ in Ägypten. Die Werft wurde mit sowjetischer „Hilfe“ gebaut. Zunächst wurde das Projekt verschleppt und nahm ganze 8 Jahre in Anspruch. Weiter gingen 3 von den auf der Werft gebauten Frachtschiffen an die Sozialimperialisten. Da die Sowjetunion weiter die Preise für Rohstoffe und Ausrüstungslieferungen an die Werft erhöhte und ihre Preise um 50 % über den Weltmarktpreisen liegen, kommt die Werft aus den roten Zahlen nicht heraus.

Doch die Sozialimperialisten haben keinen Grund zum Jubel. Sie sehen sich einer wachsenden Front der Länder der Dritten Welt gegenüber, die sich auch in
Dritten Welt gegenüber, die sich auch in
der Frage des Seetransports zusammenschließen zum Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft.

Am 17. März trafen der Sudan und Ägypten eine Übereinkunft für den Aufbau gemeinsamer Verkehrswege entlang des Nils und des Roten Meeres. Gleichzeitig vereinbarten sie den Austausch von Fachkräften. Am 17. April unterzeichneten Algerien und Malta ein Abkommen, in dem die Unterstützung des Ausbaus von Werften auf Malta durch Algerien geregelt wurde, weiterhin die Nutzung des Trockendocks auf Malta durch Algerien und der Aufbau eines gemeinsamen Service für die Schiffahrt.

Am 4. März diskutierte die Konferenz arabischer Öltankergesellschaften aus dem Irak, Libyen, Kuwait, Abu Dhabi und Saudi Arabien die Notwendigkeit des Aufbaus einer arabischen Öltankerflotte und einer arabischen Schiffahrtsakademie.

Am 28. Februar verabschiedete die 3. Ministerkonferenz für Seetransport der west- und zentralafrikanischen Staaten, an der 150 Delegierte aus 23 Ländern teilnahmen, eine Resolution über die Schaffung einer afrikanischen Handelsflotte.

Die gemeinsame Schiffahrtsgesellschaft (namucar) der karibischen Länder Costa Rica, Mexico, Venezuela, Trinidad und Tobago diskutierte im März dieses Jahres über die bisherige Entwicklung und legte fest, daß ein neuer Containerhafen in Port of Spain gebaut wird und daß zur Befreiung des regionalen Seetransports aus der Umklammerung der Monopole im nächsten Jahr 3 weitere Containerschiffe angeschafft werden sollen.

Die Länder der Dritten Welt entwikkeln in ihren Regionen die Schiffahrt, um auch im Schiffahrtswesen ihr Recht auf Bestimmung ihres eigenen Geschicks und ihrer eigenen Zukunft wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Im Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte schreiten die Völker an allen Fronten voran. – (Z-Red.)

Die Entwicklungsländer bestehen auf ihren Wirtschaftsforderungen

„Nord-Süd-Konferenz" in Paris gescheitert

Nord-Süd-Konferenz endet – „mit Gegensätzen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), – „in der Sackgasse", meint die „Süddeutsche Zeitung", – „ohne Ergebnis" sagt die „Frankfurter Rundschau". In einem Kommentar fügt die FAZ hinzu: Das ganze sei dennoch nützlich gewesen. Das ist überhaupt der Schlußtenor der Imperialistenpresse: Die Konferenz sei nützlich, herausgekommen sei nichts, aber das sei auch schon was. Mit gespielter Überraschung läßt sich die FAZ darüber aus, was die Länder der Dritten Welt nur hätten, daß sie auf der Feststellung beharren, die Pariser Nord-Süd-Konferenz sei „ein Fehlschlag gewesen".

– Worum geht es beim Nord-Süd-Dialog?

Die sogenannte Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde ursprünglich einberufen vom französischen Ministerpräsidenten zwecks Spaltung der Länder der Dritten Welt und ihrer Front auf der Welthandelskonferenz (UNCTAD). Dazu sollten auf dieser Nord-Süd-Konferenz in Paris auch nur *bestimmte* Vertreter der imperialistischen Länder und der Länder der Dritten Welt teilnehmen.

Die ursprüngliche Absicht der Spaltung der Front der Länder der Dritten Welt ist nicht gelungen. Ihre Vertreter haben auch im Rahmen des Nord-Süd-Dialoges auf der Pariser Konferenz die Forderungen der Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung vertreten. Kernforderung ist die Forderung nach dem „Integrierten Rohstoffprogramm". Damit wollen die Länder der Dritten Welt stabilere und gerechtere Preise für ihre Waren auf dem Weltmarkt durchsetzen. Durch die Schaffung eines allgemeinen Rohstoffonds soll eine Preisstabilisierung an den Märkten der 19 wichtigsten Rohstoffe erreicht werden. Die Preisschwankungen sollen damit in Grenzen gehalten werden. Sinkt zum Beispiel Kupfer, dann soll der Fonds Kupfer aufkaufen auf eigene Rechnung und lagern und dadurch einem weiteren Preisrückgang entgegenwirken. Hauptbestandteile der Forderung nach einem Integrierten Rohstoffprogramm sind:

– ein gemeinsamer Finanzierungsfonds
– Aufbau von Rohstofflagern
– Abschluß langfristiger Kaufverträge und dadurch planmäßige Regulierung der Rohstoffproduktion
– verstärkte Rohstoffverarbeitung in den Entwicklungsländern selbst.

Weiter fordern die Länder der Dritten Welt ein Schuldenmoratorium (Stundung der Schulden) gegenüber den imperialistischen Ländern. Die Schuldenlast der Länder der Dritten Welt ist inzwischen selbst nach Angaben der Bundesregierung auf 250 Milliarden Dollar gewachsen. Über laufende Zinszahlung und Schuldentilgung müssen die Länder der Dritten Welt an die Imperialisten Tribut zahlen. Schließlich haben die Länder der Dritten Welt eine Soforthilfe von einer Milliarde Dollar gefordert. Das haben die Imperialisten zugesagt, wo es ein Bruchteil der Werte ist, die sie ständig den Ländern der Dritten Welt abpressen und außerdem in Form von Zahlung für Lieferungen aus den imperialistischen Staaten wieder zurückbekommen.

Die Ziele der Imperialisten sind denen der Länder der Dritten Welt gänzlich entgegengesetzt.

„Die Industrieländer beharren auf dem Wettbewerbsvorsprung, den ihnen die geltende Ordnung garantiert, und verlangen Sicherheit ihrer Versorgung." (Frankfurter Rundschau, 2.6.1977)

Die geltende Ordnung ist die geltende Ordnung des imperialistischen Wirtschaftssystems. Es garantiert den imperialistischen Ländern die Profite, die sie in den Ländern der Dritten Welt machen, und es garantiert ihnen die Sicherung ihres Vorsprungs auf dem Weltmarkt.

Deshalb haben sich ihre Vertreter immer den Forderungen nach dem Integrierten Rohstoffprogramm widersetzt. Ursprünglich haben sie selbst das Projekt einer Finanzierungsbank für den Rohstoffhandel unter ihrer Kontrolle vertreten. Jetzt wird davon nicht mehr viel geredet. Verbal haben die Imperialisten der Forderung nach dem Programm eines Rohstoffonds zugestimmt, und damit den Forderungen der Länder der Dritten Welt nachgegeben. Sie spekulieren jetzt auf die Kontrolle dieses Fonds durch die Imperialisten. Dazu hat die BRD beispielsweise vorgeschlagen, daß der Fonds von einer der bestehenden Institutionen verwaltet werden soll, also nicht direkt durch die Länder der Dritten Welt. Der Plan besteht darin, beispielsweise über die Weltbank den Rohstoffonds unter Kontrolle zu bringen.

Vor allem aber spielen die Imperialisten auf Zeitgewinn und versuchen sich jeder Festlegung zu entziehen. So gesehen war die Konferenz und ihr Ausgang tatsächlich nützlich für die Imperialisten. Denn sie haben jede Festlegung über die Durchführung eines Integrierten Rohstoffprogramms verhindert. Dazu behaupten sie unter anderem, dieses Programm würde 15 Milliarden Dollar zur Finanzierung erfordern, wobei sie die in ihren Ländern produzierten Rohstoffe mitberechnen. Weiter behaupten sie, ein solches Abkommen könne jetzt sowieso nicht geschlossen werden, vorher seien Einzelabkommen über alle Rohstoffe nötig.

Die Imperialisten haben die Nord-Süd-Konferenz ihrerseits zu nutzen versucht, um die Front der OPEC-Staaten aufzuweichen und zu spalten und um sich die Rechte auf ihr Kapital in den Ländern der Dritten Welt garantieren zu lassen. Dazu haben sie die Einführung eines Energieforums, einer Konferenz über die Erdöllieferung sowie Investitionsgarantien gefordert.

Diese Unverschämtheiten haben die Vertreter der Länder der Dritten Welt abgelehnt.

Der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt macht Fortschritte. Mit dem Zusammenschluß der OPEC-Staaten wurde das praktische Beispiel gegeben, wie Fortschritte im Aufbau einer Front gegen die Imperialisten erzielt werden können. Die Imperialisten sind sich ihrer schwächer werdenden Position seit längerem bewußt:

„... offensichtlich (werden) nach den Erfahrungen des Vietnam-Krieges die Erfolgschancen einer größeren militärischen Intervention der Industriestaaten im Entwicklungsländerbereich selbst in westlichen Expertenkreisen sehr zurückhaltend beurteilt. Auch eine *wirtschaftspolitische Konfrontationsstrategie* der Industrieländer mit dem Hauptziel, die Einheitsfront der Entwicklungsländer aufzubrechen, einzelne Länder und Ländergruppen zu isolieren und zu zwingen, bilaterale Arrangements mit den Industrieländern zu treffen, könnte durchaus ihr Ziel verfehlen und unerwünschte Rückwirkungen auf die Industrieländer selbst haben." (B. Engels, Weltwirtschaftsordnung am Wendepunkt, München 1975)

Es kommt jetzt darauf an, daß die Länder der Dritten Welt dem Beispiel der OPEC-Staaten folgen und entsprechende Maßnahmen im Verkauf anderer Rohstoffe durchsetzen. Es ist notwendig, daß sie das imperialistische Kapital enteignen, das aus der Auspressung der Arbeiter und Bauern angehäuft wurde. Daß die Völker sich zusammenschließen, um im nationalen Befreiungskampf die Imperialisten zu verjagen, ihre Produktivkräfte befreien und unter Führung der Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution voranschreiten. Dafür schafft die Front der Länder der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung günstige Bedingungen, denn sie schwächt die Imperialisten und verbessert die Bedingungen für den Aufbau der nationalen Wirtschaft. – (Z-Red)

Der Interessengegensatz zwischen Imperialismus und Dritter Welt ist unversöhnlich

Hunger und Elend nehmen in vielen Entwicklungsländern von Jahr zu Jahr zu. Die Verschuldung ist nach Schätzung der Bundesregierung auf 250 Milliarden US-Dollar gestiegen, obwohl die dem imperialistischen Weltmarkt ausgelieferten Entwicklungsländer von Jahr zu Jahr mehr Produkte exportieren. Die Aufrechterhaltung der Plünderung, Ausbeutung und wirtschaftlichen Erpressung der riesigen Mehrheit der Weltbevölkerung ist für die schmarotzende Finanzbourgeoisie der imperialistischen Staaten eine Lebensnotwendigkeit. Mit allen Mitteln halten sie an ihrem System des „freien Welthandels" fest.

Die Kolonialisten haben in fast allen von ihnen überfallenen und unterworfenen Ländern die bis dahin auf eigenständige Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft und handwerkliche Produktion vernichtet und die Arbeiter und Bauern gezwungen, forthin einige wenige Rohprodukte für den imperialistischen Weltmarkt zu produzieren. Seit dem zweiten imperialistischen Weltkrieg haben fast alle Länder das Joch der direkten kolonialen Unterdrückung, den damit verbundenen direkten Raub durch Sklaven- und Zwangsarbeit, Kopfsteuer und Plünderung abgeschüttelt. Aber nur wenigen ist es gelungen, durch die Vollendung der nationaldemokratischen Revolution und das Fortschreiten zum Aufbau des Sozialismus auch die Saugarme des imperialistischen Weltmarkts abzuhauen und die aufgezwungene Monokultur-Wirtschaft umzustellen auf eine unabhängige Wirtschaft.

Durch offene militärische Gewalt, Spaltung der Völker, Bestechung einer kleinen Kompradorenschicht und ökonomische Erpressung konnten die imperialistischen Staaten in den meisten Ländern der Dritten Welt die Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt erhalten und ausbauen. Geringschätzig bezeichnen sie diese ihre Produkte als „Bananenrepubliken", „Zuckerinseln" usw. Durch fortwährenden Diebstahl des Mehrprodukts, das in den Ländern der Dritten Welt produziert wird, mittels ungleichen Tauschs verhindern sie die Akkumulation von Kapital in den Händen der Länder der Dritten Welt.

Die Entwicklungsländer erhalten für die gleiche Menge gesellschaftlicher Arbeit immer weniger aus den imperialistischen Ländern – oder: für immer weniger Industrieprodukte, Nahrungsmittel usw., von deren Import aus den imperialistischen Ländern sie abhängig sind, müssen sie immer größere Mengen ihrer Rohprodukte exportieren. Ein großes Geheul stimmen die Imperialisten jetzt an über die Forderung der Entwicklungsländer nach gerechteren Austauschbeziehungen, die nichts anderes bedeuten als die Forderung nach gleichen Rechten wie die Imperialisten auf dem Weltmarkt, nach stärkerem Schutz der eigenen Wirtschaft vor den imperiallistischen Haien. Selber bedienen sich die imperialistischen Länder trotz ihres Monopols auf dem Weltmarkt seit jeher wachsender Zollschranken gegen die Konkurrenz durch Fertigprodukte aus Ländern der Dritten Welt.

Die realen Austauschverhältnisse (Terms of trade) verschlechtern sich für die Länder der Dritten Welt ständig

Die realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) sind ein Index, eine Maßzahl, dafür, welche Menge an bestimmten Produkten ein Land für den Export produzieren muß, um seine Importe zu bezahlen.

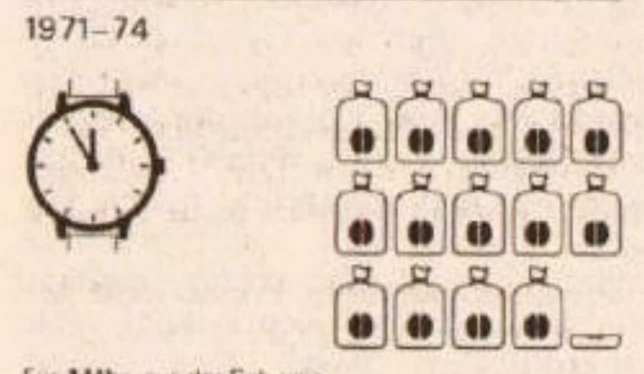
Beispiel Kaffee/Tansania 1961–74

1961–64



Fur 1 Uhr aus der Schweiz musste Tansania 7,5 kg Kaffee exportieren

1971–74



Fur 1 Uhr aus der Schweiz musste Tansania 14,2 kg Kaffee exportieren

(Quelle: Kaffee, Kupfer und Konzerne, Frankfurt 1975)

Die unterschiedlichen realen Austauschverhältnisse zwischen den Ländern der Dritten Welt und den imperialistischen Ländern sind Ausdruck des Unterschiedes des Entwicklungsstandes der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Sie zeigen im Vergleich zu den imperialistischen Ländern, daß die Produktivkräfte der Länder der Dritten Welt durch den Imperialismus gefesselt werden.

Terms of Trade 1950–1971 (1950 gleich 100)



(Quelle: Kaffee, Kupfer und Konzerne, Frankfurt 1975)

Rohstoffabhängigkeit der Länder der Dritten Welt ist eine Folge des Kolonialismus und Imperialismus

Die gewaltsame Errichtung kolonialer Wirtschaften in den Entwicklungsländern bedeutet große Abhängigkeit von einem oder zwei Exportprodukten, und damit wiederum ist von der Preisentwicklung dieses Produkts der Aufbau der gesamten nationalen Wirtschaft abhängig. Um die Abhängigkeit zu erhalten, die Weltmarktpreise niederhalten zu können, haben die Kolonialmächte dafür gesorgt, daß stets mehrere Entwicklungsländer gleichermaßen fast vollständig vom Export desselben Produkts abhängig wurden.

Anteil des Hauptprodukts des Landes am Gesamtexport

Ghana:	60,3 % Kakao
Panama:	57,3 % Bananen
Guayana:	44,1 % Bauxit (Aluminium)
Sambia:	90,6 % Kupfer
Chile:	73,0 % Kupfer
Zaire:	61,4 % Kupfer

(Quelle: Rohstoff- und Entwicklungspolitik, Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Stuttgart 1974)

Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem dient einzig und allein den Imperialisten – die gesellschaftliche Produktion ganzer Länder ist für sie ein Spekulations- und Schwindelobjekt – das Warentermingeschäft

Je mehr die Fäulnis des Imperialismus voranschreitet und die Kapitalistenklasse immer offensichtlicher zu einem Hemmnis der Entwicklung der Produktifkräfte wird, desto mehr verlegen sie sich auf Spekulation und Schwindelgeschäfte. Das Warentermingeschäft an den Rohstoffbörsen ist ein krasses Beispiel dafür. An den Rohstoffbörsen werden Rohstoffe „auf Termin" gekauft und verkauft. Dabei spekulieren die Kapitalisten auf Preissteigerungen und Preisverfall ganzer Ernten und treiben diese Entwicklung voran und bereichern sich. Kakao bzw. eine Kakaoernte wird zum Beispiel heute zu einem voraussichtlichen Preis von in zwei Monaten gekauft. Die Bezahlung wird dann in zwei Monaten fällig. In diesem Fall spekulieren die Kapitalisten darauf, daß der tatsächliche Preis bis dahin dann höher liegt und sie einen Reibach machen.

In einer Studie der Deutschen Forschungsgesellschaft für Auswärtige Politik (W. Hager, Westeuropas wirtschaftliche Sicherheit, 1976, S. 84) heißt es dazu:

„In den letzten Jahren haben Wechselkursschwankungen, Inflation und sinkende Aktienkurse zu einem Ausweichen der Geld- und Kapitalmärkte auf Termingeschäfte mit Rohstoffen geführt. Allein im Jahre 1973 stieg das Volumen solcher Termingeschäfte in den USA um 100 Milliarden Dollar auf 135 Milliarden. Zwischen 1963 und 1973 stieg das Volumen an den Londoner Rohstoffbörsen von 8 Milliarden auf 70 Milliarden Dollar."

Umsätze auf Terminmärkten
(monatliche Durchschnittszahlen)

Jahre	Zinn	Kakao	Kautschuk	Baumwolle
	(in long tons)			(in 100 Ballen)
Durchschnitt				
1936–38	7538	22443	–	–
1955	3230	15935	36622	–
1957	5041	18524	22443	–
1959	3580	24404	21431	99850
1961	8181	35034	15342	34950
1963	6119	75129	11053	19179
1965	7974	103743	–	29
1967	7021	173884	–	70304
1969	10043	414119	–	64366
1971	–	428893	–	358847

(Quelle: Vermarktung und Verteilung von Rohstoffen, HWWA – Studien zur Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik, Hamburg 1973)

Die ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse führt zu einer immer weiter wachsenden Verschuldung der Länder der Dritten Welt

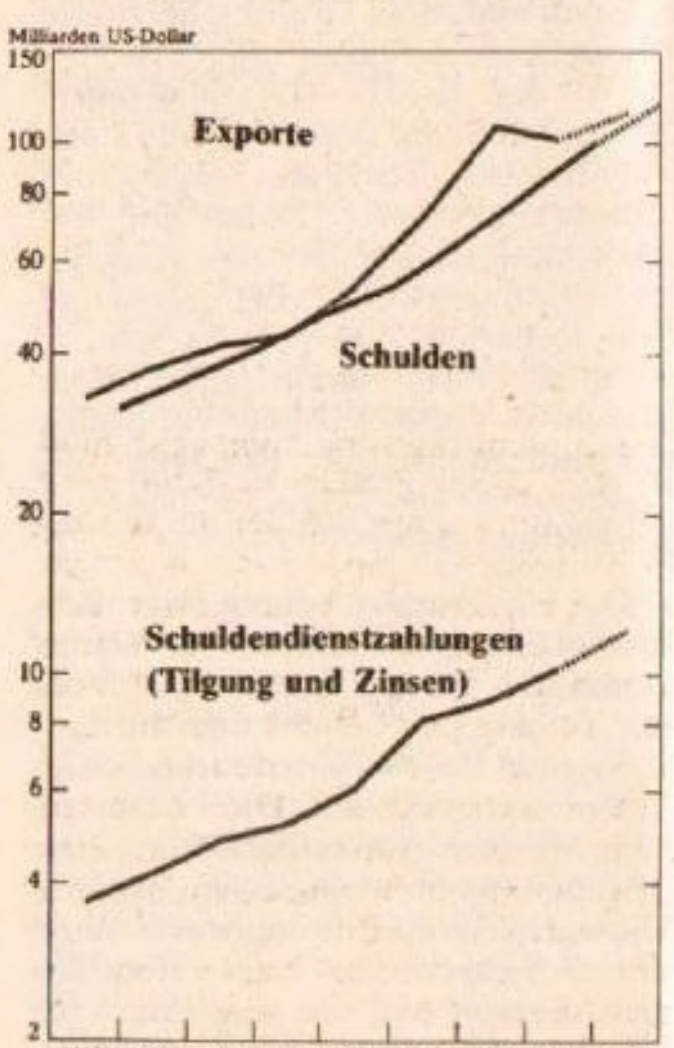
Sie führt zunächst zu laufenden Defiziten in den Handelsbilanzen, das heißt die Länder der Dritten Welt müssen mehr importieren, als sie exportieren können. Das ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Bei den Imperialisten im ganzen ist es umgekehrt, sie erzielen im wesentlichen Überschüsse gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Um die Defizite in der Handelsbilanz langfristig auszugleichen, müssen sich die Entwicklungsländer ständig bei den imperialistischen Banken verschulden. Zusätzlich müssen sie dauernd noch kurzfristige Anleihen aufnehmen, um durch Stützungskäufe den ständigen Kursverfall ihrer Währungen aufzuhalten. Bei den Imperialisten führt das ganze zu Devisenüberschüssen und zu ständig günstigeren Bedingungen des Kapitalexports. Deshalb Abfluß (–) bei der Kapitalverkehrsbilanz bei den imperialistischen Ländern und Zufluß von Kapital der imperialistischen Länder bei den Ländern der Dritten Welt.

Zusammenfassende Übersicht über die Zahlungsbilanzen aller Länder, 1973–1975
(in Milliarden US-Dollar)

		Handelsbilanz	Kapitalverkehrsbilanz
Industrieländer	1973	12,2	– 13,2
	1974	– 10,5	– 5,3
	1975	20,9	– 19,6
Wichtige Ölexportländer	1973	18,8	– 1,9
	1974	82,3	– 23,7
	1975	50,8	– 15,0
Übrige Rohstoffländer	1973	– 11,4	19,0
	1974	– 41,4	39,5
	1975	– 48,0	43,1
In Afrika	1973	0,7	2,0
	1974	0,5	2,5
	1975	– 2,4	4,0
In Asien	1973	– 2,8	4,6
	1974	– 9,7	10,4
	1975	– 10,6	10,1
Im Mittleren Osten	1973	– 4,3	3,2
	1974	– 5,9	4,0
	1975	– 7,7	4,4
In der Westlichen Hemisphäre	1973	– 0,2	8,3
	1974	– 7,3	13,0
	1975	– 8,5	14,4
Insgesamt, alle Länder	1973	19,6	3,9
	1974	30,4	10,5
	1975	23,7	8,5

Quellen: Dem IWF gemeldete Daten sowie Schätzungen des IWF-Stabs

Tributzahlung durch laufende Zinszahlung und Schuldenrückzahlung an die Imperialisten



(Die Tabelle bezieht sich nur auf einen Teil mittel- und langfristiger staatlich garantierter Auslandsschulden)

(Quelle: Jahresbericht 1976 – Internationaler Währungsfonds)

Die Imperialisten versuchen fieberhaft, das Rad der Geschichte anzuhalten und zurückzudrehen

„Die westliche Welt muß sich auch im eigenen Interesse etwas einfallen lassen ... Der Einsatz ihrer (der Entwicklungsländer, Red.) Waffen im internationalen Verteilungskampf wäre nur noch eine Frage der Zeit, sollte der Ausgleich zwischen Nord und Süd mißlingen. Die Pariser Konferenz ist eine Chance, diesen Kampf in friedliche Bahnen zu lenken. Ohne eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten sind die Aussichten für mehr internationale wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit düster." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.77)

Nur schwer verdauen die Imperialisten, daß die Epoche des Kolonialismus endgültig vorbei ist

„Den Entwicklungsländern fehlt die Fähigkeit zum Kompromiß, der allein ihnen eine Fortschritts-Politik der kleinen Schritte ermöglichen würde. Das gilt natürlich am ausgeprägtesten für die Vollversammlung der Vereinten Nationen, wo Obervolta, das verkehrsvergessene Mini-Ländchen in Afrika, ebenso eine Stimme hat wie Indien, der riesige, religions-belastete Subkontinent." (Die Welt, 26.1.1977)

Egon Bahr, vormals Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, jetzt Bundesgeschäftsführer der SPD– ölige Beteuerungen von „Verständnis", unverhüllte Drohungen

„Die oft gehörte Ansicht, unter der bestehenden Weltwirtschaftsordnung beute der Norden den Süden aus, ist eine ideologische Meinung insoweit, als es keine schlechten Menschen gibt,
es keine schlechten Menschen gibt,
die ihre Zeit damit verbringen, Pläne zur Aussaugung der Armen auszudenken. Ob es uns gefällt oder nicht, Tatsache ist, daß die bestehende Weltwirtschaft eine Marktwirtschaft ist. (...) Wir schreiben dem Markt keine Zauberkraft zu, und der Marktmechanismus hat auch keine ideologische Bedeutung für uns; wir betrachten ihn einfach als nützliches Instrument unserer Wirtschaft. Und in den letzten 25 Jahren sind wir mit diesem Instrument recht gut gefahren. Das ist der Grund, aus dem wir jede Art von Preisindexierung entschieden ablehnen. (...) Außerdem scheint es mir recht heuchlerische Einstellung zu sein, zuerst die Preise zu erhöhen – wie im Falle Öl – und dann den unvermeidlichen Preisanstieg für gewerbliche Erzeugnisse als Vorwand für weitere Preisforderungen beim Öl zu nehmen.

Ich sehe in einem weltweiten System der Inflation, aus dem niemand einen Vorteil zieht, keinen Sinn.

Weit davon entfernt, eine ‚neue Weltwirtschaftsordnung' darzustellen, verdient diese Handlungsweise eher die Bezeichnung ‚neue internationale Inflation'. Und wenn Sie mir ein Wort gestatten zugunsten der Länder der Dritten Welt, die nicht an dem Preisrennen teilnehmen können, weil sie weder Öl noch Rohstoffe besitzen, so ist es dies: Der einzige Ausblick für sie ist, soweit ich sehe, daß sie finanziell ausgesogen werden. Weiterhin steht die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer antiinflationären Politik mit an der Spitze. Wie könnten wir hinnehmen, dafür auch noch bestraft zu werden." (Aus der Rede vor der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay am 23.2.1976)



„Mein Land hat keine schlechten Erfahrungen gemacht mit der Art von Wirtschaft, die sich Marktwirtschaft nennt. Und die Menschen, die in ihm leben, empfinden keine Schuld an dem Unrecht eines Kolonialsystems, aus dem 1918 ausgeschieden zu sein Deutschland sich nicht rühmen kann ... Außerdem arbeiten die Menschen in beiden Ländern (gemeint: der BRD und der Sowjetunion, Red.) hart und weisen darauf hin, daß die Menschen in den Entwicklungsländern oft auch gar nicht so arbeiten wollen, ohne immer das genügende Verständnis da-
immer das genügende Verständnis da-
für zu haben, daß es sich um Länder handelt, in denen man nicht überall hart arbeiten mußte, um leben zu können, und oft auch, was Ernährung und Gesundheit und Klima angeht, gar nicht fähig ist, so hart zu arbeiten, wie wir das gewöhnt sind ..." (Egon Bahr vor der Akademie der Wissenschaften in Moskau, Frankfurter Rundschau, 13.5.1977)

J. Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – lächelnde Unverschämtheiten eines Bourgeois

„Der Wunsch der Entwicklungsländer nach Fortschritt und Wohlstand ist berechtigt. Ihre neue Strategie zur Erreichung dieses Zieles ist es weniger. Sie heißt nicht mehr Hilfe zur Selbsthilfe, sondern Umverteilung des Wohlstandes im Weltmaßstab durch Einführung einer planwirtschaftlichen ‚Neuen Weltwirtschaftsordnung'. (...) Schon heute läßt sich nachweisen, daß der überwiegende Teil ihrer Forderungen den Entwicklungsländern langfristig mehr Schaden als Nutzen bringen wird. (...) Allen ... Forderungen ist gemeinsam, daß sie, soweit sie überhaupt funktionieren, zur Produktion nicht absetzbarer Überschüsse, zur Festschreibung veralteter Produktionsstrukturen, zum Entstehen politisierter und teurer Bürokratien und auf der Verbraucherseite zu zurückgehender Nachfrage und verstärkter Substitution führen werden."

Carter: mit Pfaffenmiene die blutbespritze Weste des US-Imperialismus wieder weiß waschen ...

„Das Streben nach Frieden heißt auch Streben nach Gerechtigkeit. Eine der größten Aufgaben, der wir uns als Nation gegenübersehen – und damit auch eine unserer größten Chancen – besteht darin, an der Gestaltung eines globalen Wirtschaftssystems mitzuwirken, das den Menschen in allen Ländern größeren Wohlstand bringen wird." (Rede vor den Vereinten Nationen, 17.3.1977)

„Wir wollen uns mit anderen Ländern zusammenschließen, um unsere Anstrengungen, unser Wissen und un-
Anstrengungen, unser Wissen und un-
sere Mittel gemeinsam einzusetzen, um ärmeren Ländern bei der Überwindung der Probleme des Hungers, der Krankheit und des Analphabetentums zu helfen." (Botschaft an den Kongreß, 18.3.1977)

... um den Krieg vorzubereiten

„Heute abend möchte ich zu Ihnen über eine unangenehme Sache reden, über ein Problem, das ohne Beispiel in unserer Geschichte ist. Es handelt sich hier – sieht man vom Kriegsfall ab – um die größte Herausforderung, die unser Land und wir alle in unserer Lebenszeit zu bestehen haben werden. (...) Wenn wir nicht handeln, werden wir bis 1985 eine Importrechnung von etwa 550 Milliarden Dollar zu zahlen haben. (...) Wenn wir tatenlos abwarten, werden wir in Furcht vor Embargos leben. Wir könnten Gefahr laufen, unsere Freiheit als außenpolitisch handelnde Nation einzubüßen. Wir werden aber schon innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht mehr genug Öl bekommen – und zu keinem akzeptablen Preis mehr." (Rede im Fernsehen zum Energieprogramm, 20.4.1977)

„Nur wenn Frieden und Sicherheit gewährleistet sind, können freie Nationen ihre volle Energie auf die Entwicklung verwenden. Unsere Sicherheitshilfeprogramme sind auf diese Ziele abgestimmt ... Ich habe die von der vorigen Administration vorgeschlagenen Beträge für den Nahen Osten (in erster Linie Israel, Red.) erhöht. Dies wird die wirtschaftlichen Stützen verstärken, die für die Erreichung unseres Ziels des Friedens und der Stabilität in dieser lebenswichtigen Region so entscheidend wichtig sind." (Botschaft an den Kongreß, 18.3.1977)

Die Sowjetunion gibt sich unschuldig und will sich zur Schutzmacht der Dritten Welt aufschwingen, um sie noch brutaler auszuplündern

„Es gibt keine Grundlage dafür, und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen, eingeschlossen die Forderung nach obligatorischer Zurverfügungstellung eines bestimmten Teils des Bruttosozialprodukts als ökonomische Hilfe für die Entwicklungsländer. Ohne die Sowjetunion, ohne den Sozialismus und die zuverlässige Unterstützung, die er leistet, hätte der Imperialismus jeden Versuch der jetzt freien Staaten, echte nationale Unabhängigkeit zu erringen, im Keime erstickt." (Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Forderungen der Dritten Welt)

Erklärung der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) zum Überfall des Smith-Regimes auf Mozambique

„Der gegenwärtige Akt nackter Aggression Smiths gegen Mozambique ist eine List, die zeitlich beabsichtigt zusammenfällt mit der anglo-amerikanischen Initiative, insbesondere dem Besuch von Mr. John Graham und Mr. Steven Law (US-Botschafter in Sambia) in Maputo, um mit Genossen Mugabe, dem Führer der ZANU und gemeinsamen Leiter der Patriotischen Front, Konsultationen durchzuführen. Dabei handelt es sich um berechnete, provokative Handlungen, die Teil des Plans von Südafrika, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika sind, ein falsches Bild von Smith zu schaffen, als hätte er die Situation unter Kontrolle. Dadurch soll der Position Smiths in allen Verfassungsverhandlungen, die eventuell stattfinden, wirkliches Gewicht verschafft werden. Die Einschüchterungskampagne muß als Teil dieser großen Verschwörung betrachtet werden, bei der die schamlose britische Komplizenschaft und ihr Einverständnis ins Auge springt. Erst vor einer Woche wurden sie Smiths willfährige Sendboten, als sie Präsident Kaunda die Drohung nackter Aggression gegen Sambia überbrachten.

Jetzt entfesselt Smith, im Fortgang ihres Verfassungsschwindels zur Festigung des Smith-Regimes und damit zur Verteidigung ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen, mit ihrer vollen Unterstützung die nackte Aggression gegen Mozambique und die Ermordung unbeteiligter Zivilisten und mutwillige Zerstörung ihres Besitzes.

Wir können aber durch diese berechnenden, betrügerischen Handlungen, ausgeführt durch Söldner und die Saloose Scouts, nicht eingeschüchtert werden. Jeder weiß, daß unsere Streitkräfte von ihren Basen direkt innerhalb Zimbabwes aus kämpfen, und jeder weiß, daß unsere Operationen jetzt sich direkt über ein Gebiet von mehr als zwei Dritteln des Landes erstrecken und die Hauptgebiete von uns zu für die Streitkräfte Smiths nicht betretbaren Zonen erklärt haben, wo die Regierung vollständig zusammengebrochen ist. Das sind wohlbekannte Tatsachen für Smith und sein Regime, und es ist deshalb auch nicht wahr, daß seine Provokationen in direkter Verfolgung unserer Streitkräfte erfolgten. Die Wahrheit ist, daß Smith und Vorster, die mit Hilfe und Vorschub der britischen Imperialisten handeln, unter Druck reagieren, der auf ihnen lastet, insbesondere nach dem Erfolg der UN-Konferenz, die kürzlich in Maputo abgehalten worden ist. Angesichts des kürzlichen verbrecherischen Vorgehens – den letzten Tritten eines verrekkenden Pferdes – bleiben wir entschlossen, daß dieses imperialistische Pferd vollständig tot erklärt und begraben werden muß.

Unsere Solidarität mit den Frontstaaten kann durch keine berechneten Aggressionsakte zerbrochen werden. Die gerechte Sache unseres Volkes muß unweigerlich triumphieren über die ungerechte Sache der bigotten Siedlerminderheit."

Robert G. Mugabe,
Generalsekretär der ZANU,
gemeinsamer Führer der Patriotischen Front
Maputo, 31. Mai 1977

Im Kampf um ihre Wirtschaftsforderungen festigen die Völker der 3. Welt ihren Zusammenschluß

Für die Länder der Dritten Welt ist der Aufbau einer eigenen Landwirtschaft die entscheidende Voraussetzung beim Aufbau einer nationalen Wirtschaft und der Brechung des Diktats der Imperialisten.

Uganda baute bereits Reis an, bevor die Kolonialisten ins Land kamen. Die Imperialisten ruinierten die einheimische Nahrungsmittelproduktion, so auch den Reisanbau, und zwangen die Bauern, Produkte für den Export anzubauen. Auf diese Weise mußte Uganda nach Erringung seiner Unabhängigkeit, trotz seines sehr günstigen Klimas und obwohl die Masse der Menschen in der Landwirtschaft tätig war, jährlich hohe Lebensmittelimporte tätigen, darunter mehr als 10 000 Tonnen Reis. Vor allem in den letzten Jahren hat die ugandische Regierung durch Kredite den Bauern ermöglicht, sich einfache Werkzeuge zur Bodenbearbeitung zu kaufen. Mit Bulldozern und Traktoren wurde die Irrigation des Landes unterstützt. Es kam zu einigen Landverteilungsmaßnahmen. Auf diese Weise ist die Reisproduktion in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist es, was die „Spiegel"-Journalisten in einer giftigen Reportage zu Beginn dieses Jahres meinten, worin sie die absurde Behauptung aufstellten, daß unter Präsident Amin „das Wirtschaftsleben zum Erliegen gekommen" sei. Was empfindlich zurückgegangen ist, das sind die Möglichkeiten der Imperialisten, das Land hinten und vorn auszuplündern.

Ein entscheidendes Mittel der unterdrückten Völker, um im Kampf gegen die Imperialisten Erfolge zu erringen, ist ihr Zusammenschluß in Organisationen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Gemeinsam können sie die Mittel und Kenntnisse aufbringen, über die die einzelnen Länder nicht verfügen, um ihre nationalen Ressourcen zu entwickeln und die Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt zu verringern.

Für den Juli 1977 wird die Gründung der **„Arabischen Organisation für Bodenschätze"** vorbereitet, als ein Zusammenschluß aller arabischen Staaten. Gemeinsam soll daran gegangen werden, die in den einzelnen arabischen Ländern vorhandenen mineralischen Bodenschätze zu erkunden, die Lagerstätten zu explorieren und für den Ausbau vorzubereiten – insbesondere die Vorkommen an Phosphat sowie Kupfer, Zink, Blei und anderen Metallen –, sie durch aufzubauende gemeinsame Handelsgesellschaften zu vertreiben, die notwendigen Infrastruktur- und Transportmittel zu schaffen und den technischen Nachwuchs heranzubilden. Die ölproduzierenden Länder werden dazu Kredite geben.

Die imperialistische Presse steht der Entwicklung einigermaßen fassungslos gegenüber:

„Arabische Bodenschätze müßten – so die einhellige Meinung der Tagungsteilnehmer in Rabat – an erster Stelle die Bedürfnisse der arabischen Staaten befriedigen. So könnte die Eisen- und Stahlerzeugung Mauretaniens den Bedarf der gesamten arabischen Welt decken, wie etwa auch die Kupferausbeute von Oman. Augenblicklich sieht es aber noch so aus, daß die arabischen Staaten von ihren eigenen Bodenschätzen kaum profitieren. Auch an der Weiterverarbeitung der Minenprodukte sind sie wenig beteiligt. Ausländische Gesellschaften, die fündig geworden sind, schaffen zu geringen Konzessionsgebühren die geförderten Bodenschätze außer Landes. Woanders werden die Materialien dann verarbeitet und kommen zu hohen Preisen ‚veredelt' teilweise wieder zurück ins Ausgangsland."

– so der „Blick durch die Wirtschaft" am 30.4.1977. Um nach offensichtlich längerem Nachdenken zu schlußfolgern:

„Die Befürchtung, von internationalen Gesellschaften lediglich ausgebeutet zu werden, ist wohl der Hauptanstoß für diese gemeinschaftliche Bodenschatz-Gesellschaft ..."

Das erinnert stark an den weiland König von Sachsen, der, als er die erste Arbeiterdemonstration sah, erstaunt ausrief: „Ja, derfen die denn das?"

Um ihre völlige Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erkämpfen und den Weg frei zu machen für den Aufbau einer blühenden Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, die den Wünschen und Bestrebungen der Arbeiter, Bauern und des ganzen Volkes entspricht, müssen die unterdrückten Völker unter Führung der Arbeiterklasse die neudemokratische Revolution durchführen, den Großgrundbesitz und das bürokratische Monopolkapital zerschlagen und enteignen und ihre demokratische Diktatur errichten, um auf dieser Grundlage weiterzuschreiten zur sozialistischen Revolution. Dann können alle Probleme der Unterentwicklung gelöst werden.

Das Volk im Norden Koreas, in der **Koreanischen Volksdemokratischen Republik**, hat im zweifachen nationalen Befreiungskrieg, zuerst gegen die japanischen Kolonialisten und dann gegen die US-Imperialisten, einen Teil des nationalen Territoriums befreit und darauf seine Macht errichtet.

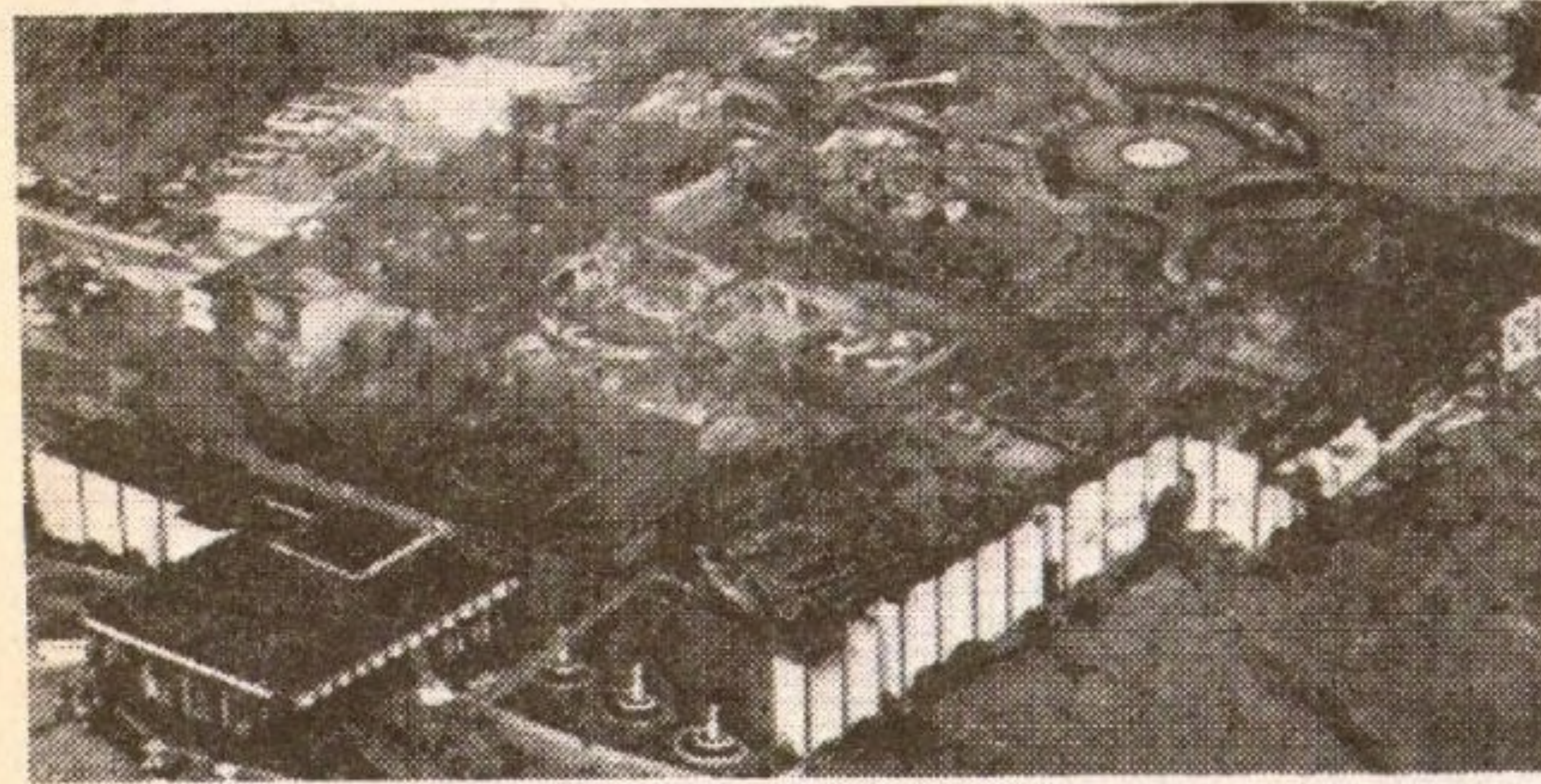


Unter Führung der Arbeiterklasse können die unterdrückten Völker sich vollständig vom Imperialismus befreien und alle Probleme der Unterentwicklung lösen. Koloniale Zwangsarbeit und imperialistische Ausbeutung fesseln die produktive Kraft der Arbeiterklasse. Bergarbeiter in einer Mine in Südafrika.

Die Erfolge des 16-Millionen-Volks im ursprünglich armen Norden Koreas beim Wirtschaftsaufbau sind nahezu einzigartig. Alle 5–6 Jahrespläne sind vorfristig erfüllt worden, der letzte 6-Jahresplan von 1970–76 eineinhalb Jahre vor der Zeit (bis auf Stahl und Zement). Die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion betrug in diesem Zeitraum 18 Prozent.

Diese Erfolge wurden allein durch die Schöpferkraft der koreanischen Arbeiter und Bauern erzielt, die unter Leitung der Partei der Arbeit und des Präsidenten Kim Il-Sung das Vertrauen in die eigene Kraft entwickelt haben. Hydraulische Pressen, schwere Lastwagen, Diesellokomotiven, 200 000-Kilovolt-Transformatoren, 20 000-BRT-Frachter, Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, chemische Erzeugnisse verschiedenster Art – alles das wird in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik selbst produziert und muß nicht im Ausland gekauft werden. Das Land ist weitestgehend elektrifiziert, die Leicht- und Textilindustrie kann die meisten Bedürfnisse der Massen an industriellen Erzeugnissen befriedigen. In der Landwirtschaft ging die Entwicklung ebenso stürmisch voran. Wurden 1974 7 Millionen Tonnen Getreide geerntet, so 1976 bereits 8 Millionen Tonnen. Auf 100 Chongbo (etwa gleich Hektar) Boden kommen 3 bis 4 Traktoren.

Unter der Diktatur der Arbeiterklasse ist Nord-Korea heute, trotz der Teilung der Nation und des Landes, einer der unabhängigsten Staaten der Welt.



Der ausgebrannte Lokalbau in Kentucky

Juli/August 1976:
„Rätselhafte Legionärskrankheit“

In der ersten Augusthälfte werden 25 Todesopfer einer bis dahin unbekannten Krankheit gemeldet. Allein an einem Tage steigt die Zahl der mit den Symptomen dieser Krankheit befallenen Patienten von 20 auf 53. Die Symptome werden beschrieben ähnlich einer schweren Lungenentzündung mit Fieber und Schüttelfrost, gefolgt von Brustschmerzen, Kopfschmerzen und Atembeschwerden. Alle von dieser Krankheit Befallenen gehören zu den Teilnehmern eines Kriegsveteranen-Treffens in Philadelphia vom 21. bis 24. Juli.

Über 1 000 Wissenschaftler, Seuchenfachleute, Ärzte und Krankenschwestern arbeiten an der Aufklärung der „geheimnisvollen Legionärskrankheit“. Ein bisher noch nicht identifizierter Virus wird als Ursache vermutet. Bachmann, Gesundheitsminister von Pennsylvenia, beschwört Erinnerungen an die spanische Grippe („Schweinegrippe“), die in einer weltweiten Epidemie 1918/19 über 20 Millionen Menschen das Leben kostete.

Am 9. August meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ als Ergebnis: „Alles deute darauf hin, daß ein Giftstoff für die Krankheit verantwortlich sei. Das betreffende Gift kann nach Ansicht der Wissenschaftler in Gegenständen des täglichen Verbrauchs wie Plastik, Papier oder Seife verborgen sein.“ In der darauffolgenden Woche verabschiedet der Senat ein Gesetz, das der US-Regierung alle Haftpflichtleistungen einer Massenimpfung gegen die „Schweinegrippe“ auferlegt: „Die Impfstoffhersteller, die bereits 100 Millionen Portionen des Impfstoffes produziert haben, lehnten bisher die Auslieferung ab, weil sie das Risiko der zu erwartenden Schadensersatzklagen nicht zu tragbaren Prämien durch Haftpflichtversicherungen abdecken konnten. Wer jetzt Schadensersatzansprüche geltend machen will, muß die Bundesregierung verklagen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

August 1976:
Hurrikan

„Hunderttausende auf der Flucht vor dem Hurrikan“, konnte man im August in Schlagzeilen über den Hurrikan „Belle“ lesen. Schwerer Sachschaden und ein Toter waren die Folge, als der Hurrikan am 8. und 9. August auf die Ostküste der USA traf. Zeitweise war mehr als eine halbe Million Einwohner New Yorks ohne Strom. Ein „großes Aufatmen“ ging nach dem Sturm durch die Reihen der bürgerlichen Politiker, daß der Wirbelsturm nicht die erwartete Stärke gehabt hätte. Von den „Vorbereitungen“ wird berichtet, daß unter anderem nach den Vorwarnungen die Autobahnen von der Ostküste weg völlig verstopft waren.

Januar/Anfang Februar 1977:
„Kältewelle“

Im kältesten Winter in den USA seit 90 Jahren kommt es Ende Januar – Anfang Februar dieses Jahres zu einem Zusammenbruch der Produktion, des Verkehrs und Transports und der Versorgung mit Energie, insbesondere Erdgas von der Ostküste der USA bis zum mittleren Westen. In über 17 Bundesstaaten wird der Notstand erklärt.

Am 2. Februar werden bereits 75 „Kältetote“ gezählt. Über 10 000 Betriebe stellen die Produktion ein aufgrund von Mangel an Erdgas oder Erdöl. 2 Millionen Arbeiter und Angestellte vergrößern das Heer der Millionen Arbeitslosen. Ganze Wohngegenden in New York und New Jersey sind ohne Heizung. Carter fordert die Verteilung der 40-Stunden-Woche auf 4 Arbeitstage, die Senkung der Raumtemperaturen unter 18 Grad Celsius am Tage und läßt ein „Energienotstandsgesetz“ verabschieden. Das Erdgas wird rationiert. Carter kündigt ein Energieprogramm an, das er Wochen später mit den Worten vorstellt: „Es ist eine Anstrengung, die ich das ‚moralische Äquivalent zum Krieg‘ nennen möchte . . .“

In den USA wie in Europa ziehen die Preise für Erdgas und Heizöl an. Am 5. Februar berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, daß Carter sich gezwungen sieht, Beschuldigungen durch „unabhängige Untersuchung“ prüfen zu lassen, „wonach die Erdgasknappheit in den Vereinigten Staaten von den Lieferanten mit Absicht herbeigeführt worden sei“. Am 3. März meldet der „Blick durch die Wirtschaft“ ein Urteil des amerikanischen Bundesberufungsgerichtes, das die 7 größten US-Gasgesellschaften entgegen ihrer Weigerung verpflichtet, der amerikanischen „Bundeshandelskommission“ bei einer Untersuchung der Gaspreise Einblick in den genauen Umfang ihrer Lagerbestände zu geben.



Eiszapfen in den Wohnungen

Mai 1977:
6 Tote für den Profit von „Pan Am“

Am Montag, 16. Mai 1977, gerade nach Büroschluß und zum Zeitpunkt des größten Verkehrs in den Straßen New Yorks verunglückt auf dem als Landeplatz benutzten Dach des 59 Stockwerke hohen Pan-American-Gebäudes im Stadtzentrum Manhattan ein 30 Passagiere fassender Sikorsky-Hubschrauber. Während die 22 Passagiere die Kabine verlassen, sackt die rechte Landekufe weg. Die Maschine kippt um, der Rotor bricht, der Motor explodiert, kurz vor dem Landekufe weg. Die Maschine kippt um, der Rotor bricht, der Motor explodiert, kurz vor dem Rand des Wolkenkratzers bleibt die Maschine liegen. 4 Menschen werden von den Rotorblättern auf dem Dach erfaßt und tödlich zerfetzt, weitere schwer verletzt. Eines der vier Blätter bricht ab, stürzt in die von mehreren tausend Menschen belebte Straßenschlucht. Zwei Frauen werden erschlagen.

„Metallermüdung im Fahrgestell der Maschine“, erklärte die „New York Airways, Tochtergesellschaft der Pan Am“. Der New Yorker Bürgermeister mußte ein vorläufiges Landeverbot auf der Plattform des Wolkenkratzers erlassen. Der amtliche Kommentar ging in Richtung „bedauerliche Einzelerscheinung“, „ein technisches Versagen, wie es gelegentlich überall vorkommen könne“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.77).

Seit ungefähr 15 Jahren kämpfen die Arbeiter und Angestellten in den Büros von Manhattan gegen dieses abenteuerliche Projekt der New Yorker Kapitalisten. 1964 haben die Kapitalisten gegen diesen Widerstand die Flugverbindung per Hubschrauber vom New Yorker Flugplatz eingerichtet. Drei Jahre später stellt die „New Yorker Airways“ den Betrieb ein, weil der Betrieb mit den kleinen Maschinen für 5 Plätze nicht genug Profit abwarf. Jetzt im Februar dieses Jahres wurde gegen den erneuten heftigen Widerstand der Flugbetrieb wieder aufgenommen mit der größeren Sikorsky-Maschine, die 30 Fluggästen Platz bietet.

Ende Mai:
Großfeuer

Bei einem Großfeuer in einem Lokalkomplex in South Gate, Kentucky, verbrannten Ende Mai mehrere Hundert Menschen. 3 500 Besucher waren in dem Gebäude, als das Feuer ausbrach. Über den Ausgangspunkt des Feuers finden sich verschiedene Angaben in der bürgerlichen Presse. Die Küche oder eines der Restaurants werden genannt. Der gleiche Bau hatte 1970 schon einmal gebrannt. 700 000 Dollar waren als Schaden gemeldet. Getötet wurde damals niemand. Die bürgerliche Presse kann sich nicht genug auslassen über die „Schrecken der Panik“. „Ein großer Teil der Opfer hätte gerettet werden können, wenn unter den Gästen keine Panik ausgebrochen wäre.“ Die Frage nach der Schuld wird damit erledigt. Vermieden wird die häßliche Feststellung, daß der Profit der den Betrieb besitzenden Kapitalisten die Ursache war. Daß das Gebäude nicht über eine Sprinkler-Anlage verfügte, die sich bei Rauchentwicklung automatisch einschaltet, ist nur eins der Beispiele dafür.

Imperialistische „Katastrophenbewältigung“

„Auch öffentliche Gebetsstunden, wie sie der Gouverneur von Ohio einberufen hat, können kurzfristig keine Abhilfe schaffen“

(FAZ, 1.2.1977, zur „Kältewelle“)

Die US-Imperialisten versuchen, sich als die großen „Katastrophenhelfer“ einen Namen zu machen. Besonders mit der „Öl-Feuerwehr“ haben sie auf die Pauke gehauen. Paul Adair haben sie wie einen Sonderbotschafter und direkten Stellvertreter von Carter auf die norwegische Bohrinsel entsandt, um sie abzudichten. Für die ganze bürgerliche Presse steht Paul Adair als „Retter“ da mit seiner „Öl-Feuerwehr“ und als das Symbol für die Bedeutung, die der Imperialismus für die Zivilisation habe. Von dem Ölteppich in der Nordsee, der ja den *Schaden* ausmacht, und von dem *nichts* durch Adair beseitigt ist, soll keiner mehr sprechen.

Während die US-Imperialisten sich mit Hilfe solcher Gestalten darum bemühen, sich gegenüber den Völkern der Welt überlegen in der Beherrschung der Produktivkräfte darzustellen, nimmt die Anzahl und das Ausmaß der Katastrophen beständig zu, die unter der Herrschaft der US-Imperialisten ihr Land treffen. Diese sind weder willens noch imstande, etwas gegen Ursachen und Folgen der Katastrophen zu unternehmen. Deshalb suchen sie nach Rechtfertigungen, nach Möglichkeiten zu Geschäften und Spekulation. Sie versuchen das Eintreten dieser Ereignisse (zum Beispiel der „Kältewelle“) zu benutzen, um ihre Expansion und ihren Kampf um die Weltherrschaft sozialchauvinistisch als „Sicherung der Energieversorgung“ und der „Wirtschaftsentwicklung“ an den Mann zu bringen.

Von den westdeutschen Imperialisten wird das unterstützt. „Die Welt“ kommentiert den Brand im Vergnügungszentrum von Ohio, der mehrere Hundert das Leben gekostet hat, in der letzten Woche unter der Überschrift: „Kopflose Panik, die psychische Infektion.“ Man braucht nicht lange überlegen, die Hunderte von Besuchern, die ihr Leben unter den Trümmern gelassen haben, sind selber schuld: Sie haben zum Beispiel in ihrer Bedrohung durch das Feuer Schilder wie „Notausgang“ und „Kein Ausgang“ entweder nicht gelesen oder verwechselt oder nicht verstanden, sonst wären sie auf „sicheren Fluchtwegen“ dem Feuer entkommen oder hätten als „größte Überlebenschance“ erkannt „das Warten auf die Rettungsmannschaft“.

Weil aber jeder weiß, daß es außer für die Profite der Kapitalisten keinerlei Probleme aufwirft, Räumlichkeiten von solchem Umfange so zu bauen, daß sie nicht nur Tausenden Platz bieten, sondern auch sicher sind gegenüber Feuern – wer bauen, daß sie nicht nur Tausenden Platz bieten, sondern auch sicher sind gegenüber Feuern – wer hat zum Beispiel schon einmal etwas von einem Großbrand in einer Bank gehört, in der ja die Kapitalisten ihre Geschäftspapiere und ihr Geld sicher aufgehoben wissen wollen? – greift der Kommentator in der „Welt“ zu folgender Verhüllung des Profitinteresses der Kapitalisten als der Ursache der Katastrophe am Ohio:

„Die Panik, genannt nach dem Entsetzen, das der griechische Hirtengott Pan mit seinem plötzlichen Urschreien bei den Sterblichen hervorrief, ist eine psychische Infektion. Sie greift bei unerwartet auftretenden tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahren um sich; vernünftige Reaktionen werden ausgeschaltet . . .“

Aus der Profitsucht des Kapitalisten, die für die Katastrophe in dem Lokalkomplex verantwortlich ist, wird die Eigenschaft Tausender von Besuchern, in die Flammen zu rennen, die sie umgeben. Diese „psychische Infektion“ haben nach ihm auch noch die Eigenschaft, sich in Übereinstimmung mit den Umschlagszeiten des investierten Kapitals zu bewegen. Das letzte Mal war der Schuppen 1970 abgebrannt. Zeugt diese „Erklärung“ der „psychischen Infektion“ unter Berufung auf die Mythen der alten Griechen nicht ebenso von der Bedenkenlosigkeit, mit der die Imperialisten in Verfolgung ihrer Profitinteressen über das Leben der Volksmassen hinweggehen, wie von der Verfaultheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Anerkennung die US-Imperialisten als Banner der „freien Welt“ überall erzwingen wollen?

Die Imperialisten, die sich gerne als „Katastrophenretter und -helfer“ feiern lassen, haben gar kein Interesse, Vorbereitungen gegenüber Katastrophenfällen zu treffen oder sie zu verhindern. Sie treibt der Profit. Dieses Interesse stellt die imperialistische Bourgeoisie in unwiderruflichen Gegensatz zum Fortschritt der Produktivkräfte, der die gesellschaftliche Organisation der Produktion durch die Arbeiter und die Aufhebung der privaten Aneignung und Verfügung der nicht produzierenden, sondern nur verzehrenden Bourgeoisie über die Produktions- und Lebensmittel verlangt.

Noch jede untergehende Klasse hat versucht, sich gegen den Fortschritt der Produktivkräfte zu stemmen und mit der Verteidigung der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klassen auch den Fortschritt der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu unterdrükken. So auch die imperialistische Bourgoisie.

Unausweichlich nimmt unter den Bedingungen der Fortexistenz der Herrschaft dieser Klasse nicht nur die Zahl der Katastrophen zu, sondern auch die Wucht, mit der sie die Gesellschaft treffen, und die Schärfe ihrer Auswirkungen. Die Folgen haben die arbeitenden Klassen zu bezahlen. Denn die Bourgeois sind wenige. Sie haben Besseres als ein Lokal, berechnet auf den Besuch Tausender. Sie sind beweglich und haben es nicht nötig, auf verstopften Autobahnen in der Furcht vor dem angekündigten Orkan zu warten, und geradeso wenig trifft sie die Kältewelle.

Im Gegenteil: Die „Kältewelle“ haben die Bourgeois nicht nur benutzt zu großen Spekulationsgeschäften mit Erdgas und Erdöl. Sie haben die Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter erheblich verschärft:

In den ersten drei Monaten dieses Jahres erhöhte sich das Bruttosozialprodukt um 5,2 %. „Nach den kältebedingten Einbrüchen hatte die Verwaltung nur mit einer Wachstumsrate von 3 bis 3,5 % gerechnet“, kommentiert der „Blick durch die Wirtschaft“ am 28. April. Die „tragende Säule“ des Produktionsanstieges war „die Autobranche, auf die knapp ein Drittel des gesamten Produktionsanstieges entfiel“. Die drei größten Autokonzerne hatten während der „Kältewelle“ von heute auf morgen 100 000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Insgesamt ist in dem Konjunkturbericht nichts mehr zu spüren über das Gejammer, das die US-Imperialisten zuvor über „Kälteverluste“ usw. gemacht haben. Es ist im Gegenteil Triumph über die gelungene Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter: Die Politik der Carter-Administration wird als „wirtschaftspolitisches Lehrstück“ gefeiert. „Als Höhepunkt verkündete sie schließlich ein umfassendes Energieprogramm, dessen tragende Säule die hepunkt verkündete sie schließlich ein umfassendes Energieprogramm, dessen tragende Säule die Energieeinsparung mittels kräftiger Preiserhöhung für Öl und Erdgas sein wird.“

Die Kapitalisten sahen sich daraufhin sogar veranlaßt, ihre „Gewinnerwartungen“ zu überprüfen, und stellten fest, daß 1977 ein um 14 % gegenüber 1976 vergrößerter „Rekordgewinn“ zu erwarten sei. Bei einer Arbeitslosenrate von über 7 % ist es den US-Imperialisten gleichzeitig gelungen, den statistisch ausgewiesenen Reallohn der amerikanischen Arbeiter gegenüber 1976 zu senken. Der Bruttostundenverdienst stieg von 4,75 Dollar im Februar letzten Jahres auf 5,09 Dollar. Davon gehen aber die seit Jahresanfang erhöhten Sozialversicherungen ab. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise bereits um 6,3 % an nach den offiziellen Angaben.

Die US-Imperialisten betreiben diese Politik, um sich im Kampf für den Höchstprofit gegen die imperialistische Konkurrenz, also im Kampf um die Weltherrschaft durchzusetzen und die Völker der Welt zu unterjochen. Die US-Imperialisten haben die feste Absicht, diese Ziele auch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen und die amerikanische Arbeiterklasse mit ihrer gewaltigen gesellschaftlichen Produktivkraft in die Waagschale zu werfen, sie für den Profit ins Elend zu treiben und als Kanonenfutter zu benutzen.

Bei Zuspitzung der „Kältewelle“ war Carter eine Woche im Amt. Er hat bewiesen, daß er es nicht nur verstanden hat, die Volksmassen für die Folgen der Herrschaft der Imperialisten wie solche Katastrophen bezahlen zu lassen. Er hat auch bewiesen, daß er weiß, was die Stunde für die US-Imperialisten geschlagen hat, und diese Katastrophe benutzt, um die Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg zu forcieren. – (Z-Red.)